Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. November 1980
Jg. 8 Nr. 45

Ausgabe für die Bezirke Hannover, Südostniedersachsen, Ostwestfalen. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Kapitalisten fordern Beseitigung gesetzlicher Schutzbestimmungen

Umrisse des SPD/FDP-Regierungsprogramms

ped. Vier Wochen, nachdem im Wahlgang die „Wende", für die CDU/CSU zur Wahl angetreten waren, eine Abfuhr erhalten hat, arbeitet die SPD/FDP-Regierungskoalition jetzt eine „Wende" aus. Innenpolitisch soll diese Wende in „einem neuen Zeitalter, weg vom Wohlfahrtsdenken" (FAZ) bestehen. Außenpolitisch werden Schmidt und Genscher am 20.11., vier Tage vor der Regierungserklärung, zur „Abstimmung" beim US-Präsidenten vorsprechen.

Die Wirtschaftsinstitute hatten ihren „Sachverstand", die Arbeitgeberorganisationen ihre „Erwartungen" in den Vorwochen zum Koalitionsprogramm beigesteuert. Nach einem Wirtschaftsrückgang in der ersten Hälfte 1981 würde die Wirtschaft in der zweiten Hälfte des Jahres wieder anziehen. Bedingung wäre, daß die neue Bundesregierung alle Weichen für diese Wirtschaftsentwicklung stelle, indem bei Subventionen und Transferleistungen erheblich eingespart werde, während die investiven Ausgaben ja nicht beschnitten würden, heißt es im Herbstgutachten der 5_ Wirtschaftinstitute

schnitten würden, heißt es im Herbstgutachten der 5 Wirtschaftinstitute

warnend, da schon im letzten Nachtragshaushalt eine Reihe von Investitionsvorhaben und -zuschüsse gestrichen worden seien. Die Investitionen als Motor der Wirtschaft müßten gestärkt werden.

Ein erheblicher Aderlaß bei den Lohnabhängigen und den Bauern ist geplant. Erhöhte Mineralöl- und Branntweinsteuer, gekürzte Sparprämien, erleichterte Mieterhöhungen, gestrichene Dieselölbeihilfen für den Personenverkehr – d.h. erhebliche Fahrtkostenerhöhungen – und für die Bauern. Den entscheidenden Vorstoß erwarten die Bourgeois aber an anderer Stelle. Der Vorschlag eines dreimonatigen Lohnstopps und eines halbjährigen Einstellungstopps im öffentlichen Dienst, riß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zum Ausruf hin, „hier hat sich Matthöfer nun wirklich erfreulicherweise ein Stückchen Revolution vorgenommen". Die Stahlkapitalisten haben sofort nachgesetzt und einen halbjährigen Lohnstopp für die Stahlarbeiter gefordert. Die Rentenanpassung soll jetzt endgültig nur noch der Form nach dem Bruttolohn folgen, real über Krankenversicherungsabschläge an den Nettolohn gekoppelt werden, nachdem die Rentenreform vor vier Jahren – als „Rentenbetrug" bekannt geworden – insgesamt die Rentenentwicklung bereits 10% unter den ehemaligen gesetzlichen Stand gedrückt hat. In der Krankenversicherung ist die Selbstbeteiligung noch nicht ganz ausgemacht, gleichzeitig haben die Ersatzkassen aber bereits erneute Beitragserhöhungen angekündigt und wird die Rentenversicherung von 18 auf 18,5% angehoben. Ein „weiteres Stückchen Revolution" ist in der Arbeitslosenversicherung angepeilt. Amerongen vom Deutschen Industrie- und Handelstag hatte hier eine Abkehr von der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik gefordert: „Der Markt muß wieder mehr Chancen zur Konjunktursteuerung bekommen". Das Handelsblatt fordert bezüglich den Weiterbildungs-, Umschulungs- und Eingliederungsmaßnahmen als Alternative dieser „Subventionierung eine stärker differenzierte Tarifpolitik,

ternative dieser „Subventionierung eine stärker differenzierte Tarifpolitik,

die der Überteuerung weniger qualifizierter Arbeit ein Ende macht".

Gesetzliche Schranken wollen die Bourgeois niederreißen. Schranken, die verhindern, daß bei Krankheit, Alter oder Invalidität der Arbeiter sich weiter verdingen muß, um zu leben. Schranken, die trotz 1 Million Arbeitslosen seit 1974 verhindert haben, daß über diese industrielle Reserverarmee der Konkurrenzdruck auf die beschäftigten Arbeiter so wächst, daß das Lohnniveau zusammenbricht. Die von den Gewerkschaften erkämpften Schutzbestimmungen der Versicherungen haben Einbrüche verhindert, und stattdessen konnte die Arbeiterklasse seit 1974 ihren Reallohn gar etwas ausdehnen. Schritt für Schritt sollen die gesetzlichen Schutzbestimmungen von den Versicherungskassen bis zur Arbeitszeitordnung fallen, um die ganze Pracht einer uneingeschränkten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu entfalten. „Eingriffe in Leistungsgesetze sind zeitaufwendig", stellt das Herbstgutachten fest, „es sollten aber die Weichen für den Konsolidierungsprozeß gestellt werden." Eine gleichzeitige „vorsichtige Lohnpolitik" würde zur Tendenzwende beitragen, und insgesamt könnte so „der für die Vertrauensbildung entscheidende Schritt getan werden."

Mit Konsolidierung des Haushalts hat das ganze soviel zu tun, daß die Kapitalisten sich darüber erhebliche weitere Vorteile gegenüber der Weltmarktkonkurrenz verschaffen wollen. Dem dienen auch die anderen, weit weniger durch die Presse verbreiteten Forderungen, die Eingang in das Koalitionsprogramm finden sollen: Erhöhung der Verlustübernahme, erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten, zügige staatliche Freigabe des Ausbaus der Kernenergie zwecks billiger Energie, weitere Senkung der Steuern auf Kapital (die Anfang des Jahres bereits erheblich gesenkt wurden). Über die Staatsschuld hat die Bourgeoisie als Kreditgeber die Bundesregierung im Griff. Diese spurt und kann nur durch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gebremst werden. Aus der Beratung des SPD-Parteivorstandes mit

gung gebremst werden. Aus der Beratung des SPD-Parteivorstandes mit

dem Gewerkschaftsrat der SPD – einem Gremium, in dem die Gewerkschaftsvorstände als SPD-Parteimitglieder vertreten sind – verlautete, daß letztere großes Verständnis für die wirtschaftspolitischen Probleme der Regierung hätten. Kluncker zum Beispiel hat es gar fertiggebracht, noch kein Wort in der Öffentlichkeit zum Lohn- und Stellenstop im öffentlichen Dienst verlauten zu lassen. Immerhin verlautete auch, daß die Gewerkschaftsvorstände in diesem Gremium zum Ausdruck gebracht hätten, daß sie die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten hätten und daß sie befriedigt seien, daß keine Einschnitte im sozialen Netz vorgenommen würden. Der IGM-Vorstand hat schroffe Worte gegen die lohnpolitischen Vorstellungen der Kapitalisten gefunden. Entscheidend ist der Kampf der Gewerkschaftsmitglieder. Die Gewerkschaftstage haben deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterbewegung hier nicht nur stehen, sondern auch durchgesetzt werden sollen.



Per Alarmliste werden 3000 Menschen nachts um 2 Uhr in den Wald mobilisiert. Sie bilden dichte Ketten, über einen Kilometer lang, warten aber vergeblich auf die Polizei.

Tag X bei der Startbahn West

Tausende demonstrieren gegen Lärm und Vernichtung von Erholungsraum durch Ausbau des Flughafen Frankfurt

acd. Am Dienstagvormittag, 28.10., ließ die Flughafen Frankfurt AG unter dem Schutz von über 1000 Polizisten die ersten Bäume für die seit 15 Jahren geplante Startbahn West fällen. Im Oktober hatte das Verwaltungsgericht endgültig grünes Licht gegeben und die sofortige Vollzugsanordnung für den Bau von Wirtschaftsminister Karry bestätigt (vgl. KVZ Nr. 43, S.6)

Die Bürgerinitiativen haben im letzten Jahr neben mehreren Großkundgebungen bisher 45000 Unterschriften gesammelt unter den Forderungen gegen den Bau der Startbahn West und für ein generelles Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr. Nach dem Urteil wurde ein erster Rodungsversuch von Demonstranten verhindert. Die Reaktionen darauf waren unter anderem: eine Kundgebung mit 3000 Teilnehmern an der Beobachtungshütte der Bürgerinitiative im betroffenen Waldgebiet; eine Fahraddemonstration, die den Terminalverkehr lahmlegte, Streiks und Demonstrationen von über 3400 Schülern im Kreis Groß-Gerau. Kommunalpolitiker in Mörfelden-Walldorf haben mit einem Hungerstreik begonnen, der unbefristet als „Hungerkette" von anderen fortgeführt wird.

Als am Montag letzter Woche der Rodungsbeginn seitens der Polizei durchsickert, wird Alarm ausgelöst. Für die Nacht um 2 Uhr werden 3000 Menschen in den Wald mobilisiert. Sie bilden Ketten am Waldrand. Aber Polizei und Holzfäller, für 5 Uhr erwartet; kommen nicht. Sie müssen warten und überwältigen dann am Dienstagvormittag die restlichen etwa 100 Bewacher. Sie leisten passiven Widerstand und werden von der Polizei weggetragen. Die Straße wird gesperrt, hinter NATO-Draht und Polizeiketten beginnen in großer Hektik die Holzfäller. Dann wird erneut Alarm ausgelöst, in Mörfelden-Walldorf läuten die Kirchenglocken. Nachmittags drücken wieder hunderte von Menschen auf die Polizeiketten. Ein etwa 200 qm großes Stück wird dabei zurückerobert, erst am Abend kann die Polizei den gesamten Streifen für die Rodungen frei bekommen, sie muß wieder Demonstranten wegtragen. Darunter ein großer Teil älterer Leute aus den umliegenden Orten (Polizeisprecher: „Ein neuer Demonstrantentypus"). Den Holzfällern kippt in der Hektik mindestens ein Baum in die falsche Richtung und fällt auf Polizei und Demonstranten, was auf beiden Seiten Verletzte fordert.

Bei diesem Rodungsgelände handelt es sich noch um 7 ha, die der FAG gehören. Sie hatte also die Rodungsgenehmigung problemlos erhalten. Die restlichen fast 400 ha Wald gehören aber drei Gemeinden, die sich außer einer weigern, zu verkaufen. Die Enteignungsverfahren laufen. Tatsächlich haben die Kommunalpolitiker als taktische Verbündete der Bewegung einen hohen Stellenwert. Mit der Entfernung vom Zentrum des Widerstands, Mörfelden-Walldorf, bröckelt diese Front aber unter dem Druck der Landesregierung und leerer Stadtkassen.

Aus dem Inhalt

Kapitalisten wollen Lohnsenkung S.3
Regierungsprogramm im Detail S.9
Präsidentenwahl in Tansania S.4
DPG fordert neues Angebot S.7
Gewerkschaftsbeschlüsse gegen die Kriegsvorbereitungen S.7
Sowjetunion und 3. Welt S.15

Flörsheim hat einem Waldtauschverfahren zugestimmt, einem Verkauf auf kaltem Wege, in anderen Gemeinden wird nun doch überlegt, ob man der FAG nicht das bisher verweigerte Gelände für Wiederaufforstungen zur Verfügung stellt. In Mörfelden-Walldorf sind die SPD- und DKP-Stadtratsfraktionen zurückgetreten, ebenso die SPD-Kreistagsmitglieder. Die Bürgerinitiative fordert die Ablehnung des Waldverkaufs und Steuerverweigerung an Land und Bund durch die Gemeinden, weiterhin keine Abführung von Mitgliedsbeiträgen durch die örtlichen Parteiebenen. Letzteres haben SPD-Gliederungen im Kreis Groß-Gerau bereits beschlossen.

Ein entscheidender Faktor für die Erfolgsaussichten der Bewegung bleibt die Haltung der Gewerkschaften zu dieser geplanten Umweltzerstörung. Die örtliche Gewerkschaftsbewegung ist gegen den Bau und hat großen Einfluß in der Bürgerinitiative. So haben über 1000 IG-Metall-Mitglieder auf einer Versammlung letzten Freitag bei Darmstadt gegen den Bau der Startbahn gestimmt, obwohl der anwesende Vorsitzende Loderer dafür Stellung bezogen hatte. Er blies ins gleiche Horn wie Ministerpräsident Börner, der im übrigen Hessen immer noch recht ungehindert mit seinem „Wirtschaftskraft- und Arbeitsplatzargumenten" auftreten kann. Der DGB-Vorstand sagt Ja mit Einschränkungen, vorerst haben sich landesweit erst die Polizeigewerkschaft und die GEW gegen den Bau der Startbahn West ausgesprochen

Ringen um die Einhaltung ues polnischen Abkommens

PVAP gegenüber der SU: Veränderungen „unwiderruflich" / DDR schottet die Grenze ab

hku. Bevor Parteichef Kania und Ministerpräsident Pinkowski vergangenen Donnerstag nach Moskau fuhren, hat das Politbüro der PVAP in einem Brief an alle Parteigliederungen erklärt, der ‚Prozeß der Veränderungen in Polen sei unwiderruflich'. Die Parteiführung stehe zu den Abkommen vom August und erwarte das gleiche von allen Parteieinheiten; diese sollen Kontakt mit den unabhängigen Gewerkschaften aufnehmen, um eine Atmosphäre der Normalisierung zu erreichen.

Das war eine eindeutige Erklärung. Die polnische Parteiführung weiß, daß die Sozialimperialisten das gerade Gegenteil von ihr erwarten, und die schriller werdende Propaganda der DDR und CSSR mahnt sie täglich. Indem sie den gesamten privaten Reiseverkehr DDR/Polen unter ihre Polizeikontrolle gestellt hat, ist die DDR inzwischen mit der Begründung einer Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit direkt zu aggressiven Akten übergegangen. Sie hat dazu u.a. erklärt: „Die polnischen Kommunisten, ... alle wahrhaft polnischen Patrioten können bei der Lösung der anstehenden komplizierten Probleme, bei der Stärkung des Sozialismus auf die uneingeschränkte Solidarität der DDR rechnen." „Wahrhafte Patrioten" – das ist die gegenwärtige Parteiführung wohl nicht.

Es scheint, als habe sich Breschnew wiederum damit zufriedengeben müssen, daß die führende Rolle der Partei und die Bündnisbeziehungen garantiert werden, im übrigen aber die PVAP selbst den Weg zur Bereinigung der Lage bestimme. Die PVAP weiß, daß sie die Arbeiterbewegung gegenwärtig nicht unterdrücken und ohne eine Zusammenarbeit mit den neuen Gewerkschaften die Krise nicht überwinden kann. Sie versucht daher, sie auf Grundlage des Abkommen in die Verantwortung zu ziehen, und gleichzeitig bei der Umsetzung des Vertrages ihre Führung wiederherzustellen.

Der Gewerkschaftsbund Solidarność hat nach der einseitigen Änderung seiner Statuten durch das Gericht – Aufnahme von Passagen über die Hegemonie der Partei und die Treue zu den Bündnisbeziehungen, Verwässerung des Streikrechts – die Einhaltung der Abkommen in 11 Punkten gefordert; andernfalls solle am 12.11. über Streikmaßnahmen beraten werden. Diese Punkte sind: Aufhebung der Statutenänderungen; Zugang der Gewerkschaften zu den Massenmedien, Möglichkeit einer eigenen Presse; rasche Rationierung von Hauptlebensmitteln, Verbesserung der Versorgung; Durchführung der Lohnerhöhungen in einer Art, die nicht die hohen, sondern die niedrigen Löhne begünstigt; Registrierung der Bauern-Gewerkschaft, die vom Gericht mit dem Argument abgelehnt wurde, Bauern seien keine Arbeitnehmer. Die Bauerngewerkschaft, die 100 000 Mitglieder angibt, will jedoch nicht nur einen „Verband" bilden, da sie damit keine Möglichkeit zur Interessensvertretung der Mitglieder hätte.

Nach Rückkehr aus Moskau hat Pinkowski mit der Gewerkschaft über die 11 Punkte verhandelt. Als Ergebnis ist bisher nur mitgeteilt worden, daß das Oberste Gericht noch vor dem 12. über die Statutenfrage beraten werde; beide Seiten hätten eine gewisse Kompromißbereitschaft gezeigt. Danach solle weiter verhandelt werden. – Die Versorgungslage wird mit dem Winter kritischer werden; nach den Nachrichten über eine schlechte Ernte (bei Kartoffeln und Zuckerrüben liegt sie ⅓ unter Plan), kommen jetzt Ankündigungen über Kohle- und Energieknappheit. Mit den 11 Punkten hat die unabhängige Gewerkschaft eindeutig erklärt, daß sie nicht bereit ist, unter innerer oder äußerer Krisendrohung die Erfolge ihres Kampfes sich nehmen zu lassen. Aber sie hat durch die Verhandlungsführung auch zu erkennen gegeben, daß sie einen Kurswechsel der Regierung nicht ausschließt; und sie weiß sehr wohl, daß die grundlegenden Differenzen zwischen ihr und der Regierung jederzeit überlagert werden können durch den Widerspruch zwischen der polnischen Nation und der Supermacht, die ein geschwächtes Polen sich nur wünschen kann. Das macht die Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage aus.

Feierlichkeit vorbei?

jük. 25 Jahre Bundeswehr, Vereidigung, Fahnen, Fackeln, großer Zapfenstreich. Der wurde in der imperialistischen Armee des deutschen Kaiserreichs eingeführt. Politiker aller Parteien am Rednerpult, „Konsequenz aus Bremen“. Bloß, das sollte nach Ansicht des Untersuchungsausschusses noch einiges mehr sein. Und da liegt die Schwierigkeit für die Bourgeoisie. Zwar kommt einige sozialdemokratische Unterstützung aus den Gewerkschaften. ÖTV-Mertens schreibt, Armee und Arbeiter seien ausgesöhnt. Die Beschlüsse in den Gewerkschaften dagegen sehen zunehmend etwas anders aus. Konsequenz aus Bremen. Anders als die Bourgeosie will: Juso-Demonstration am 8. in Bonn, an etlichen Orten Aktionseinheiten, wenngleich verschiedentlich gleich zwei. Polizeitruppen, Stacheldraht, Demonstrationsverbot in Bonn und München. In Bonn tritt Apel abends um 21 Uhr an, abgeschirmt von Polizei. Da wird die ‚Öffentlichkeit‘ nicht so richtig kommen. Einige Bourgeoispolitiker werden unruhig, SPD-Linke versucht, über die Ablehnung des Zapfenstreichs Leute einzufangen. SPD-Ehmke: „Ich bin für öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr, aber nicht in dieser Form. Deshalb werde ich an einer Podiumsdiskussion über Traditionspflege der Bundeswehr teilnehmen.“ Auch der Generaldekan der evangelischen Militärseelsorge ist besorgt: „Vielleicht gibt es einen Sound, der denen sympathischer ist“. Einige Offiziere Apels kommen auch ins Grübeln. Immerhin waren es in Bremen 15000 gegen die NATO-Feier. Major Prieß aus Köln schlägt Apel ein Volksfest vor. Feierstunde mit Präsidenten, Eltern, Gewerkschaften, dann Big Band der Bundeswehr, Diskussion, Würstchen. Und er gibt Apel zu bedenken: „Schon so manche Silberhochzeit wurde aus häuslichen und gesundheitliche Gründen verschoben“. Apel soll's bedenken, nächstes mal. Man will auch erst sehen, obs nicht doch geht so. Jedenfalls wird die Bourgeoisie ihre Anstrengungen verstärken, um die Volksmassen für ihre Kriegsvorbereitungen zu mobilisieren. Demgegenüber muß die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg eine einheitliche Stoßrichtung erst herstellen.

Koalition will „Antiterrorgesetze“ abschaffen

Keine Änderung am Kontaktsperregesetz / Stern „enthüllt“ Altbekanntes

gkr. Die Koalitionsparteien SPD und FDP einigten sich in den Verhandlungen am vergangenen Freitag auf die Abschaffung der Paragraphen 88a und 130a, wegen „Wirkungslosigkeit“. Inhalt des §88a ist die „verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalttaten“, des §130a das Verbot der „Anleitung zu Straftaten“. In der Amtszeit des 8. Deutschen Bundestages war ein Gesetzentwurf zur Abschaffung des §88a am Einspruch von CDU/CSU im Bundesrat gescheitert. Die Wirkungslosigkeit hatten die Bourgeoispolitiker schon in einer Antwort der Bundesregierung vom 17.1.1980 festgestellt, nachdem die FDP-Abgeordnete Matthäus-Maier nach den Ergebnissen der Anwendung der „Anti-Terror-Gesetze“ eine kleine Anfrage im Bundestag gestellt hatte.

Die FDP war im Wahlkampf allerdings mit einem über die Abschaffung des §88a hinausgehenden Programm angetreten: „Liberale Innen- und Rechtspolitik stärkt das Vertrauen der Bürger in ihren Staat. Sie mißt die Stärke des Staates nicht an der Zahl der Verbote, sondern daran, wie sehr sich die Bürger mit ihrem Staat identifizieren. Deshalb muß die politische Auseinandersetzung Vorrang vor dem Strafrecht haben.“ (Wahlprogramm der FDP) Sie versuchte, weitere Punkte in das Koalitionspapier zu drücken, die Abschaffung der Paragraphen 90a und b (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, Verunglimpfung von Verfassungsorgganen) mußte sie jetzt fallenlassen. Emmerlich, SPD-Rechtsexperte, machte geltend: Wie jeder Privatmann müsse auch der Staat „eine Art Ehrenschutz haben“.

Die SPD profilierte sich als Kämpferin gegen den Faschismus. Sie setzte in den Koalitionsverhandlungen ein Importverbot für Nazipropaganda durch. So oder so ist auffällig, daß diese Gesetzesänderungen gegenwärtig geringe praktische Bedeutung haben, sie vor allem einen ideologischen Zweck haben. Wobei die „Anti-Terror-Gesetze“ gegen eine revolutionäre Bewegung durchaus Bedeutung erlangen könnten, weshalb die CDU/CSU auch strikt für ihre Beibehaltung ist. Der Fahndungstätigkeit tun diese Liberalisierungsbestrebungen jedenfalls keinen Abbruch. Nach den jüngsten „Erkenntnissen“ aus der Durchsuchung der angeblichen Fluchtwohnung von Mitgliedern der RAF in Heidelberg wies die bürgerliche Presse aber sofort darauf hin: Die Kontaktsperre dürfe auf keinen Fall ganz aufgehoben werden, höchstens solle der Zutritt eines Rechtsanwaltes grundsätzlich gestattet sein. Das dürfe aber nicht der Verteidiger sein. Mit dem Ruf „Diskriminierung der Rechtsanwälte“ sagte die SPD denn gleich jegliche Änderung ab. In die Linie der FDP passen die „Enthüllungen“ des Stern über den Tod von Baader, Raspe und Ensslin in Stammheim: neu ist an den schon lange bekannten Widersprüchen zur Selbstmordthese allenfalls, daß sie der Stern nun aufgreift. Vielleicht, weil solche Widersprüche einem „liberalen Rechtsstaat“ à la FDP schlecht anstehen.



Das Streitgespräch mit Horst Mahler, das Baum Ende 1979 führte, war einer der Markierungspunkte für die Linie der FDP, die sie später dann auch im Wahlkampf eingeschlagen hat. Mahler war zu diesem Zeitpunkt noch im Gefängnis.

„Ostpolitische Gemeinsamkeit“ hüben, „Brüderliches Bündnis“ drüben

gek. Die letzte Woche von der DDR-Führung gegen den Reiseverkehr mit Polen verhängten Maßnahmen werden mit Sicherheit noch gründlicher wirken als die Heraufsetzung des Pflichtumtauschs im innerdeutschen Reiseverkehr, der sofort um die Hälfte zurück-
tauschs im innerdeutschen Reiseverkehr, der sofort um die Hälfte zurück-
gegangen ist. Jeder DDR-Bürger, der nach Polen will, muß jetzt eine Einladung vorweisen, die ihm die Vopo „bestätigen“ muß. Jeder Pole, der die DDR besuchen will, muß von dort eine Einladung vorweisen, die ebenfalls volkspolizeilich „bestätigt“ (d.h. registriert) sein muß. Daß diese Quarantäne-Maßnahmen eine direkte Drohung gegen Polen sind, ist überdeutlich und soll ja auch so verstanden werden. Mindestens dreimal hob der offizielle Fernsehkommentar den „zeitweiligen“ Charakter der Maßnahme hervor – bis bei der „Stabilisierung der Lage in Polen … Fortschritte“ zu sehen sind.

Vielleicht noch deutlicher ist der Wink an die arbeitende Bevölkerung der DDR selbst, sich von den Kämpfen der polnischen Arbeiter keine Scheibe abzuschneiden. Das sei nämlich zwecklos. So Honecker Donnerstag bei der Konstituierung eines Komitees für die Spartakiade 1983 in Leipzig: Die DDR stehe in einer von Krisen geschüttelten Welt „stabil und dynamisch“ da. „Das bedeutet nicht, daß wir von den verschiedenen Krisenherden in der Welt unberührt blieben. Dank dem engen Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten können wir diese Einwirkungen jedoch auf ein Mindestmaß reduzieren …“ Das ist wirklich echt preußischer Sklavengeist gegenüber den neuen Zaren. Das Geheimnis der relativen Stabilität der sozialimperialistischen Herrschaft über Osteuropa liegt eben gerade in der Instabilität der Regimes der neuen Bourgeoisie, ihrer äußerst schmalen, schwankenden Klassenbasis.

Ein Kommentar des Senders „Freies Berlin“ hat fein bemerkt, nach diesen
Ein Kommentar des Senders „Freies Berlin“ hat fein bemerkt, nach diesen
Maßnahmen der DDR hätten ironischerweise die Westdeutschen und die Polen etwas gemeinsam. Nun ja. Die westdeutsche Arbeiterklasse mit den Arbeitern und dem Volk Polens – sehr viel. Zum Beispiel das Interesse an einem Friedensvertrag mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs, der den Abzug der Besatzungsmächte aus beiden deutschen Staaten bringt und die westdeutsche Bourgeoisie zugleich zwingt, die heutigen Grenzen Polens ein für allemal anzuerkennen! Aber das meinte der Kommentator natürlich nicht. In Bonn bietet jetzt die CDU/CSU der Regierung „ost- und deutschlandpolitische Gemeinsamkeit“ an. Abelein hat dazu erklärt, es gehe nicht um den nächsten Schritt, sondern um die Frage, „was morgen kommt“, um gemeinsames Handeln, „wenn die Bundesrepublik als solche zu Reaktionen aufgerufen ist“. In Berlin hat der NATO-Oberkommandierende Rogers die Front inspiziert und über die „Freihaltung der Zufahrtswege“ schwadroniert, d.h. versucht, eine de-facto-Einbeziehung Westberlins in die NATO herzustellen. Bürgermeister Stobbe machte seinen Diener dazu. Mit allen solchen Plänen der US-Imperialisten und ihrer westdeutschen Verbündeten, die Klassenkämpfe in Polen und der DDR für ihre Zwecke *auszunutzen*, kann es von Seiten der Arbeiterklasse in Westdeutschland keinerlei „Ostpolitische Gemeinsamkeit“ geben.

Erste Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge

AOKs fordern Finanzausgleich / Aufhebung der Versicherungspflicht

gkr. Als erste Krankenkasse hat die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) Beitragserhöhungen beschlossen: von 11,2% soll der Beitrag ab 1. Januar 1981 auf 11,9% steigen. Andere Ersatzkassen haben ein Nachziehen schon angekündigt, für die Ortskrankenkassen (AOKs) hat der Verband der Angestelltenkrankenkassen eine Steigerung von 11,7% im Durchschnitt auf 12,2% geschätzt. Damit wäre, die beschlossenen Rentenbeitragserhöhungen um 0,5% mitgerechnet, der „Reformertrag“ der für 1981 beschlossenen Steueränderung für Lohnabhängige mit einem Bruttolohn unter 2500 DM schon längst wieder kassiert von den Versicherungskassen. Allein die DAK rechnet durch die Beitragserhöhung und die gleichzeitig in Kraft tretende Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf 3300 DM mit Mehreinnahmen von ca. 600 Mio. DM. Mit einer deutlich meßbaren Senkung der Ausgaben, besonders für Zahnersatz Heilmittel und Krankenhausaufenthalt, die durch die im November tagende Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen erzwungen werden soll, rechnen auch die Kassen nicht.

In den unterschiedlichen durchschnittlichen Beitragssätzen von AOKs und Ersatzkassen kommt die unterschiedliche Risikostruktur zum Ausdruck. Tatsächlich sind die Unterschiede noch weit krasser: die Techniker-Krankenkasse hat, auf Grund ihrer günstigen Risikostruktur, einen deutlich niedrigeren Beitragssatz von 10%, bei den AOKs reichen die Sätze von ebenfalls 10% bis zu über 13%. Unterschiedliche Risikostruktur bedeutet

a) unterschiedliche Einnahmen: Der Durchschnittslohn liegt bei den Ortskrankenkassen mit 20892 DM pro Jahr (1978) am niedrigsten, bei den Angestellten-Ersatzkassen mit 22679 DM etwas höher und bei den Betriebskrankenkassen mir 24946 DM noch einmal darüber.

b) unterschiedliche Ausgaben: Angestelltenersatzkassen und Betriebskrankenkassen geben pro beitragszahlendem Mitglied mehr für die Krankenversorgung aus als die AOKs. Dennoch ist dies, bezogen auf den durchschnittlichen Lohn weniger. Zweitens ist der Anteil an mitversicherten Familienangehörigen bei den AOKs höher als bei den Ersatzkassen. Auf 100 beitragszahlende Mitglieder kommen bei den Ortskrankenkasssen 82 mitversicherte Familienangehörige, bei den Ersatzkassen aber nur 64. Und schließlich kommt hinzu der wesentlich höhere Rentneranteil in den Ortskrankenkassen. Seit dem Kostendämpfungsgesetz ist der Beitrag für Rentner, der von der Rentenversicherung bisher gezahlt werden muß, auf 11,7% der Rentenzahlungen beschränkt. Die Ausgaben liegen aber höher, hierfür hat das Parlament denn gleich einen Finanzausgleich zwischen den Kassen beschlossen.

Die Ortskrankenkassen fordern einen solchen Finanzausgleich auch für die übrigen Versicherten. Die Ersatzkassen lehnen ihn ab, das gegliederte Versicherungssystem müsse beibehalten werden. Dies dient einzig dazu, Druck auf die Leistungen der Versicherungen wie die Beiträge auszuüben, denn während die Ersatzkassen nur Angestellte, Techniker o.ä. aufnehmen, müssen die Ortskrankenkassen jeden als Versicherten aufnehmen, woraus sich die unterschiedliche Risikostruktur ergibt. Verstärkt wird der Druck durch private Versicherungen, in denen sich jeder Angestellte mit einem Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze von derzeit 3150 DM im Monat versichern kann sofern er aufgenommen wird. Teile der SPD fordern die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze. Es wäre ein Schritt hin auf eine Einheitsversicherung, die den Kapitalisten die Spaltung der Lohnabhängigen nach Krankenversicherungen umöglich machen würde. Die Forderung nach Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten könnte duch eine einheitliche, von den Lohnabhängigen verwaltete Versicherung auch leichter durchgesetzt werden.

Bundesverfassungsgericht zum Asyl

vip. Das Bundesverfassungsgericht hat, als der Asylbewerberzustrom am höchsten war (Anfang Juli), eine weitreichende Entscheidung zum Asylrecht gefällt, deren Gründe jetzt bekannt wurden. Die Kernsätze hieraus sind: „Der verfassungsrechtliche Asylanspruch ist weder von der Herkunft und der politischen Gesinnung des Verfolgten abhängig noch von der politischen Richtung, die in dem Verfolgerstaat herrscht.“ „Auch religiös motivierte Verfolgung kann politische Verfolgung sein.“ „Wenn der Staat Einzelne oder Gruppen zu Verfolgungsmaßnahmen anregt oder derartige Handlungen unterstützt, billigt oder tatenlos hinnimmt und damit dem Betroffenen den erforderlichen Schutz versagt, weil er hierzu nicht willens oder nicht in der Lage ist, können auch ‚private‘ Handlungen als ‚politische‘ Verfolgung … anzusehen sein.“ „Politische Verfolgung verliert ihre asylrechtliche Bedeutung nicht dadurch, daß von ihr nicht nur einzelne Personen, sondern mehrere Angehörige einer Gruppe betroffen werden.“ – Dies ist eine korrekte Auslegung des Art. 16 GG. *Deshalb* sind der Vizepräsident des Gerichts, Zeidler und Richter Simon, der an der Entscheidung mitgewirkt hat, für die Abschaffung des Asylrechts als Grundrecht des Einzelnen eingetreten.

GEW-Gewerkschaftstag eröffnet

frb./s. Vergangenen Freitag wurde in Mainz der Gewerkschaftstag der GEW eröffnet. In seinem Grußwort erklärte H.O. Vetter, die Gewerkschaften ließen sich die Mitbestimmung nicht aus der Hand schlagen; auch bei der Aussperrung könne nicht nachgegeben werden. Außerdem sagte Vetter, er wolle sich gegen den Eindruck wenden, die Gewerkschaften insgesamt oder der Gewerkschaftsrat der SPD würde die „Rotstiftpolitik“ der Bundesregierung unterstützen. Die erste wichtige Entscheidung des Gewerkschaftstags trafen die Delegierten am Samstag. Mit deutlicher Mehrheit beschlossen sie die Einrichtung eines gewerkschaftlichen Kampffonds (Streikfonds). Zu diesem Zweck werden die Mitgliedsbeiträge um 10% erhöht. Mit diesem Beschluß hat die GEW die Grundlage gelegt, in Zukunft wie die anderen DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst Streik- und Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen. – Der GEW-Vorsitzende Frister hatte in seinem Eröffnungsreferat auf eine Vereinbarung mit der ÖTV hingewiesen, die die GEW gegenüber der Tarifkommission der Länder zur Tarifpartei erhebt. Des weiteren hob Frister hervor, daß die GEW gegenüber dem neuen Bundestag Schritte zur Herstellung eines einheitlichen Dienstrechts unternehmen wird. – Die Beratung der Anträge folgt diesen Montag und Dienstag.

Betrug im Zivildienst

bep. Zwei Drittel aller Zivildienstpflichtigen werden vom Staat an private Vereinigungen und Verbände (Rotes Kreuz, Caritas, usw.) vergeben, die bei der Betreuung von Alten und Kranken vor allem dadurch Kosten sparen helfen, daß sie sich auf schlecht ausgebildete und schlecht oder gar nicht bezahlte Mitarbeiter stützen. Das restliche Drittel ersetzt ohne gewerkschaftliche Rechte und für ein Taschengeld Personal in Einrichtungen der Städte und Gemeinden. Um die Zivildienstpflichtigen auf diese Stellen zu verteilen, hat das Bundesamt eigens einen privaten Verein gegründet, in dessen Vorstand wiederum Beamte des Amtes die Mehrheit hatten. Für die Betreuung jedes Zivildienstpflichtigen kassierte der Verein ein Kopfgeld – nach Meinung des zuständigen Rechnungsprüfers doppelt soviel wie zulässig. Von 1977 bis 1979 waren es immerhin 5,9 Millionen DM, 2,7 Millionen zuviel. Die oben genannten wohltätigen Vereine kassieren ebenfalls, in noch unbekannter Höhe, und hatten so doppelten Nutzen.

Bundesmarine im Nordmeer

bep. Letzten Montag ist ein Flottenverband der Bundesmarine zu einer Übungsfahrt in das Polarmeer vor der norwegischen Küste ausgelaufen. Der Verband besteht aus acht Schiffen, darunter zwei Zerstörer. Erst kürzlich hatte die Bundesregierung das Operationsgebiet der Bundeswehr im Nordmeer ausgedehnt, das früher durch den 61. Breitengrad begrenzt war. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass polemisierte gegen diese „militärische und politische Demonstration“. – Unterdessen ist der neue atomgetriebene Schlachtkreuzer „Kirow“ von der Leningrader Werft zur sowjetischen Nordflotte an der Kola-Halbinsel gestoßen und unternimmt jetzt im Eismeer Waffenerprobungen.

Mehr Geld für US-Truppen in der BRD

bep. Unter dem Hinweis auf ihre „gestiegenen Verpflichtungen“ im Mittleren Osten – sprich: Flottenaufmarsch und Ausbau von Stützpunkten – verlangt die US-Regierung höhere finanzielle Beiträge der BRD für die Stationierung amerikanischer Truppen in der BRD. Konkret handelt es sich um Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen“, wie z.B. Verbessserung der Unterkünfte der US-Truppen in der BRD, Zuschüsse zur Bezahlung deutscher Angestellter der US-Streitkräfte, Lagerkosten für das Kriegsmaterial derjenigen Verbände, die im Kriegsfall aus den USA eingeflogen werden. Der Forderungskatalog soll am Dienstag dieser Woche Verteidigungsminister Apel von US-Botschafter Stoessel vorgelegt werden. Konkrete Beschlüsse sollem im Dezember im Verteidigungsausschuß der NATO gefaßt werden.

Theoretisches der Kapitalisten zum Lohn, um ihn praktisch zu senken

Kapitalisten eröffnen Dauerbeschuß auf Positionen der Arbeiterbewegung

ges. Daß sich der Dauerbeschuß der Kapitalisten auf die Positionen der Arbeiterbewegung im Herbst, wenn sich die Laufzeit der Tarifverträge in den größten Industrien dem Ende nähert, noch einmal verschärft und die Form von Trommelfeuer annimmt, ist nicht neu. Daß die Kapitalisten in der jetzigen Situation mit ihrem propagandistischen Trommelfeuer nicht nur den Grabenkrieg zwischen Kapitalistenverbänden und Gewerkschaften verschärfen wollen, sondern der Arbeiterbewegung Positionen abnehmen wollen, wird indes immer deutlicher.

Ende Oktober führte die Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e.V. ihre ,,Unternehmertagung'' durch. Wie Otto Wolff von Amerongen das 125jährige Jubiläum der Industrie- und Handelskammer von Ulm genutzt hatte, um sich nach den Bundestagswahlen programmatisch gegenüber der Regierung als geschäftsführendem Ausschuß der Kapitalistenklasse zu äußern, so nutzte Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die ,,Unternehmertagung'', um Grundsätzliches zur
Arbeitgeberverbände, die ,,Unternehmertagung'', um Grundsätzliches zur
,,Gesellschaftspolitik zu Beginn der neuen Legislaturperiode'' aufzutischen. Direkter als Otto Wolff von Amerongen, der sich über die segensreichen Wirkungen einer industriellen Reservearmee für die Profiterwartungen der Kapitalisten ausließ, ging Otto Esser auf die Lohnpolitik im engeren Sinne ein:

,,Die Tarifpolitik muß zurückkehren zu der konsequenten Produktivitätsorientierung, die der Sachverständigenrat in seinem Gutachten 1977/78 als Grundlage mittelfristiger Lohnpolitik gefordert hat. Der Kernsatz dieser Forderung des Sachverständigenrates lautet: ,Eine im strengen Sinne kostenneutrale Lohnpolitik ist angezeigt, auch wenn Preis-Niveau-Konstanz noch fehlt, solange Vollbeschäftigung nicht wieder erreicht ist und solange die Geldpolitik alles dafür tut, daß eine Erhöhung des Preisniveaus auf das unter den Bedingungen einer solchen Lohnpolitik unvermeidliche Maß beschränkt bleibt.' '' Esser fährt fort: ,,Diese Bedingungen sind heute erfüllt.''

Was der Sachverständigenrat in dem von Esser zitierten verschlüsselten Satz forderte, war eine deutliche Reallohnsenkung. Der Sachverständigenrat hatte sich auch nicht gescheut, diese Forderung seinerseits offen auszusprechen:

,,In einer ganzen Reihe von Industrieländern ist in den vergangenen Jahren eine Korrektur in der Entwicklung der Reallöhne erreicht worden, teilweise sogar eine Senkung der Reallöhne. In der Bundesrepublik, wo wegen der im Durchschnitt hohen Produktivität Spitzenlöhne gezahlt werden, schien es eine Zeitlang, als ob die mäßige Korrektur der Einkommensverteilung, die 1976 stattfand und an die sich die Hoffnung knüpfte, eine aggressive Lohnpolitik werde sich vorläufig nicht wiederholen, auf der Kostenseite den Boden für eine kräftige Investitionskonjunktur bereitet hätte. Diese Vorstellung ist einer pessimistischeren Einschätzung der Situation gewichen ... Es muß ein Weg gefunden werden, in der Lohnpolitik zu einer Kursänderung zu kommen.''

Diese Kursänderung erschien den Sachverständigen um so leichter durchzusetzen, ,,solange Vollbeschäftigung nicht wieder erreicht ist''. Aber trotz der Existenz einer offen auftretenden industriellen Reservearmee ist es den Kapitalisten nicht gelungen, die Reallöhne nach der Krise von 1974/75 weiter zu senken, weil die Struktur des Arbeitsmarktes mit einer relativ hohen Nachfrage nach Facharbeitern in Verbindung mit der Tatsache, daß in den Gewerkschaften alle Arbeiter und Angestellte eines Industriezweigs organisiert sind, den Angriff der Kapitalisten auf die Löhne erschwerte, zumal es in der Krise nicht gelungen war, die Arbeitslosenversicherung im Kern zu knacken. Mit einem erneuten weiteren Anschwellen der industriellen Reservearmee in der jetzigen krisenhaften Entwicklung und bei fortschreitender Ersetzung von lebendiger Arbeit durch Maschinerie, sieht Esser die Chancen steigen, diese Lohnpolitik durchzusetzen:

,,Die derzeitige Arbeitsmarktsituation und vor allem die beschäftigungspolitischen Perspektiven der kommenden Jahre unterstreichen die Notwendigkeit einer konstruktiven Tarifpolitik.''

Wenn Esser von der Notwendigkeit einer konstruktiven Tarifpolitik spricht, meint er die Möglichkeit, die gewerkschaftliche Tarifpolitik zu destruieren. Sie soll nicht von den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter, sondern gleich von den Akkumulationsbedingungen des Kapitals ausgehen, in deren Rahmen sie ohnehin zwangsläufig eingesperrt bleibt trotz aller angeblichen Umverteilung. Das ,,Institut der deutschen Wirtschaft'', das von den Kapitalisten gehalten wird, um ihre Absichten in wissenschaftlicher Form an die Öffentlichkeit zu bringen, führt denn auch aus, die Lohnpolitik hätte dazu zu dienen, die Preissteigerungen bei den Importen auszugleichen: steigen z.B. die Rohstoffpreise, sollen die Löhne gleich
auszugleichen: steigen z.B. die Roh-
stoffpreise, sollen die Löhne gleich doppelt herhalten. Was die Kapitalisten mehr an konstantem Kapital vorschießen müssen, wird an den Löhnen gestrichen. Von den Lohnabhängigen müssen die gestiegenen Rohstoffpreise dann auf dem Warenmarkt dennoch gezahlt werden, aber aus niedrigeren Löhnen:

,,Aus der Sicht der Lohnpolitik heißt das: 0,8 Prozentpunkte des voraussichtlichen Produktivitätsfortschritts 1981 (Experten rechnen mit 2,5 bis 3 Prozent) genügen bereits, um 2 Prozent steigende Einfuhrpreise auszugleichen und so eine Kostenstabilisierung zu erreichen.''

Die Arbeiter werden gerührt sein, mit welch geringfügigem Opfer sie den Kapitalisten bereits beträchtliche Erleichterungen schaffen können. Sollten sich die Arbeiter aber wider alle Vernunft mit dem geringen Opfer nicht einverstanden erklären, dann sieht das Institut die Möglichkeit eines ,,Kompromisses'' darin, ,,daß die importierte Inflation nicht neutralisiert, aber jeder Beitrag zur hausgemachten Inflation von der Kostenseite her vermieden wird.'' Von den Gewerkschaften verlange dies ,,eine radikale Abkehr von ihrer bisherigen Lohnformel''. Diese ,,Lohnformel'' besteht bekanntlich in der Addition von ,,Produktivitätsfortschritt'', Preissteigerungen und einem ,,Umverteilungsbonus''. Preissteigerungen und Umverteilungsbonus sollen aus der Lohnformel gestrichen werden.

Gesamtmetall ist so großzügig, der IG Metall von vornherein den vom Institut der deutschen Wirtschaft gewiesenen Kompromiß vorzuschlagen, und verzichtet bisher auf einen Ausgleich von Importpreiserhöhungen durch Lohnsenkungen. Statt den Wert der Ware Arbeitskraft jedoch durch Lohnerhöhungen zu verteidigen, solle die IG Metall ihre Abschlüsse ,,ausschließlich an der Produktivität orientieren'' und, indem sie mit weniger als der Hälfte der Preissteigerung abschließt, darauf setzen, daß das die Inflationsrate wenigstens halbieren würde, wodurch die Reallöhne angeblich nachträglich dann auch gesichert seien:

,,Auf der geraden Trasse der Lohnpolitik kommt man auch mit einer geringeren Geschwindigkeit schneller zum Ziel als auf den bisherigen Serpentinen mit einem höheren Tempo.''

Statt zu versuchen die Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen auszugleichen, soll die Gewerkschaft also mal versuchen, ob Lohnsenkungen nicht zu Preissenkungen führen. Wer gibt, dem wird gegeben werden:

,,Wir fordern keineswegs eine Lohnpausenstrategie oder eine Nullrunde, sondern unter schwierigsten konjunkturellen Bedingungen eine Reallohnsicherung, wobei wir die zum 1.1.81 eintretenden Steuererleichterungen nicht einmal in Ansatz bringen.''

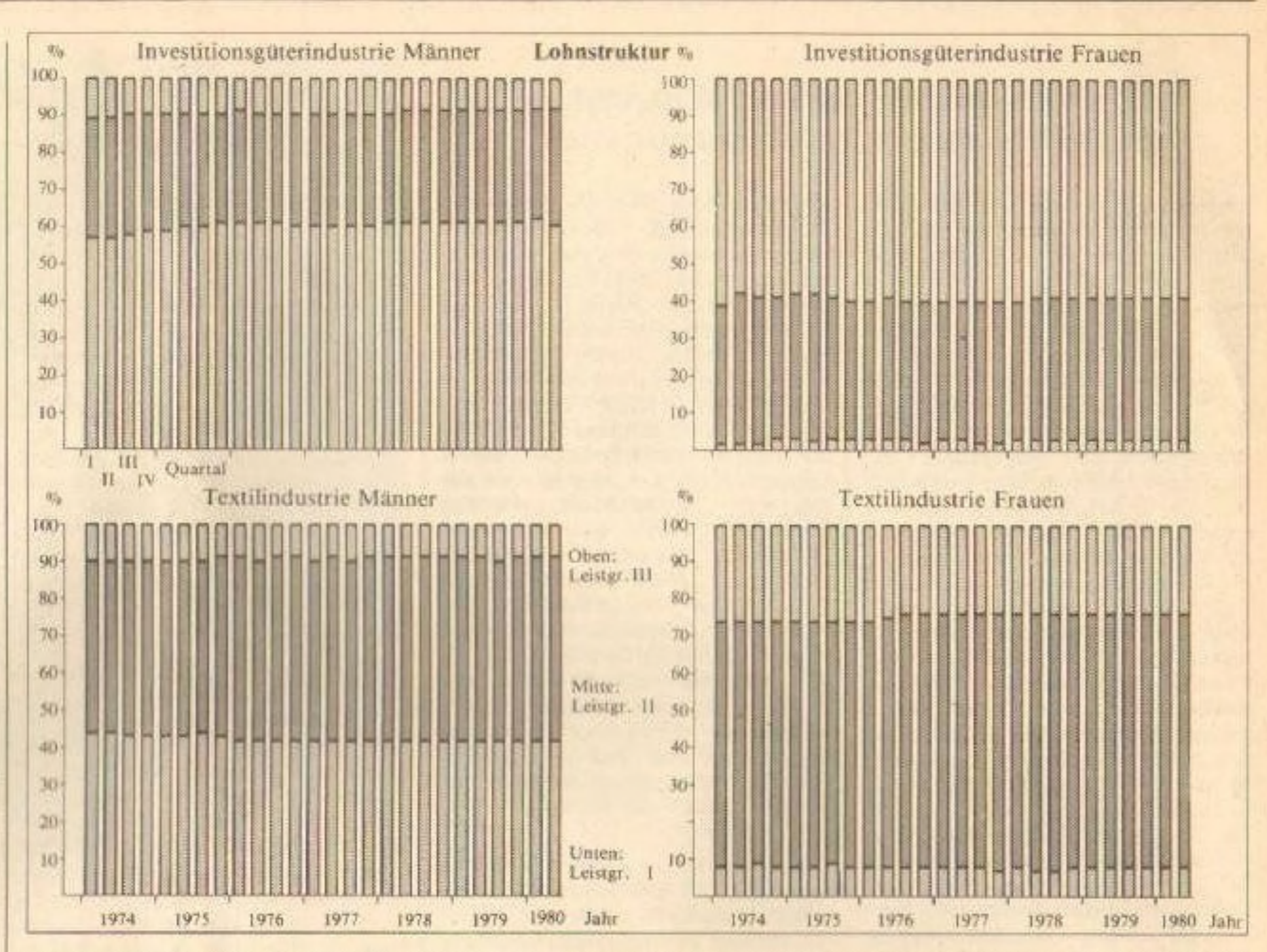
Wenn sich die Gewerkschaften auf diese Rechnung nicht einließen, so sei das, meint der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall Dieter Kirchner, ,,Flucht aus der Verantwortung'', das ,,Abwälzen der Krisenbewältigung auf andere.''

Wenn die Kapitalisten jetzt die Lohnformel der Gewerkschaften knacken wollen, dann setzen sie darauf, daß diese Lohnformel selber der bürgerlichen Ideologie verhaftet ist: Wo überhaupt von einer Verteilung des Produkts ausgegangen wird, kann nichts umverteilt werden, wenn die Produktion nicht wächst, wo die Arbeitskraft zwar Ware, im Gegensatz zu anderen Waren aber vernunftbegabt ist, warum soll da nicht mit der Senkung des Preises der Arbeitskraft begonnen werden, um die Teuerungsrate zu stoppen, und wo ,,Produktivität'' als Ergebnis gemeinsamer Anstrengung von Kapital und Arbeit erscheint, warum soll da die Lohnentwicklung nicht ausschließlich von der Entwicklung der Produktivität abhängig gemacht werden? Der Sachverhalt ist aber anders.

Der Kapitalist hat das gesamte Produkt, das die Arbeiterklasse produziert, in der Hand und bestimmt die Preise. Bei ihren Lohnforderungen muß die Arbeiterklasse davon ausgehen, daß ihre Arbeitskraft Ware wie jede andere ist, deren Produktionskosten bestimmt sind durch den Preis der Waren, die zu ihrer Erhaltung oder Wiederherstellung notwendig sind. Der notwendige Umfang dieser Waren ist unter anderem dadurch bestimmt, in welchem Maß und mit welcher Intensität die Arbeitskraft durch die Kapitalisten verschlissen wird. Dabei steigen die Reproduktionsbedürfnisse mit wachsender Intensität viel schneller als die Intensität der Arbeit selber, so daß sie zunehmend nicht mehr allein durch Konsum von Waren sondern nur noch durch wachsende Erholzeit befriedigt werden können, wenn überhaupt. Konjunktur und wirtschaftliche Lage haben lediglich Einfluß auf die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und damit darauf, ob die Arbeiterklasse die Reproduktionskosten ihrer Arbeitskraft tatsächlich erstreiten kann. Was notwendig wäre, ist aber ausschließlich durch die Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterklasse bestimmt, wobei die Arbeiter im Kapitalismus freilich grundsätzlich nur als Arbeitskraft zählen und nicht als allseitig bildungsfähige menschliche Subjekte.

Müssen die Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterklasse in eine Lohnformel umgesetzt werden und in einer Lohnformel ausgedrückt werden, die von angeblichen gesamtgesellschaftlichen Interessen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ausgeht, dann werden diese Bedürfnisse um so leichter zum Objekt der theoretischen und praktischen Angriffe der Kaptitalistenklasse. Die Kapitalistenklasse kann ihre Interessen als gesamtgesellschaftliche Interessen geltend machen, weil die ganze Gesellschaft ja durch die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise bestimmt ist. Von den Profiten wird das Ganze reguliert und die Profite sind eben desto höher, je niedriger die Löhne sind. Wird die Lohnpolitik als Teil des gemeinsamen Ganzen begriffen, dann ist sie dieser Logik ausgeliefert.

Daher die brutale Offenheit der Kapitalistenverbände in der Formulierung ihrer Forderungen und die ,maßvolle Zurrückhaltung' bei sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern. Eine ,,produktivitätsorientierte Lohnpolitik sei sozial unverantwortlich, wirtschaftlich unsinnig und beschäftigungspolitisch gefährlich'', sagt der Vorstand der IG Metall. Aber die Kappitalisten wollen ja gerade die wirtschaftliche Lage und die Existenz einer wachsenden industriellen Reservearmee nutzen, um ihre sozialen Interessen zu verwirklichen. Seine Lohnformel hat der IG-Metall-Vorstand fallen lassen und will ,,wie bisher auf der Forderung nach einem vollen Preissteigerungsausgleich bestehen''. Von mehr ist nicht die Rede. Das Handelsblatt wittert die Chance zu einem raschen Abschluß, indem man sich auf die Annahme einer niedrigen Inflationsrate einigt. Ob man den Abschluß dann als Preissteigerungsausgleich oder als Ausgleich für die Produktivitätsentwicklung laufen ließe, bliebe nur noch ein Streit um Worte. Hauptsache, der Abschluß wäre niedrig. Die Forderung der IG Metall muß in dieser Absicht entgegengesetzt sein. Nach der bisherigen Lohnformel wären das an die 10%, die bis über den Ecklohn hinaus als Festgeld gefordert werden müßten. Das könnte zur Verteidigung des Werts der Ware Arbeitskraft gerade reichen.



Leistungsgruppe 1: Arbeiter, die auf Grund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, welche als besonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind. Die Befähigung kann durch abgeschlossene Lehre oder durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Arbeiten erworben sein. – Leistungsgruppe 2: Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen meist branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehrenden oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbefähigung vorrausgesetzt werden muß. Die Kenntnisse und Fähigkeiten für diese Arbeiten haben die Arbeiter meist im Rahmen einer mindestens 3 Monate dauernden Anlernzeit mit oder ohne Abschlußprüfung erworben. – Leistungsgruppe 3: Arbeiter, die mit einfachen, als Hilfsarbeiten zu bewertenden Tätigkeiten beschäftigt sind, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden)

Differenz der Löhne und Gehälter hat sich vergrößert

Kapitalisten nutzen den Spielraum bei den Effektivlöhnen um die Spaltung voranzutreiben

gih. Die Abstände zwischen den Tariflohngruppen haben sich in den letzten Jahren, vor allem aber in dem Zeitraum von 1970 auf 1975 verringert. Das kann man besonders an der Veränderung der untersten Tariflöhne zu den Facharbeiterlöhnen sehen:

Entwicklung der Mindestlöhne in ausgewählten Industriezweigen in Westdeutschland 1960 bis 1979 in Prozent der Facharbeiterlöhne

	1960	1965	1970	1975	1979
Eisen- und Stahlindustrie	74,2	74,4	80,0	81,5	81,5
Metallindustrie	70,2	70,2	75,0	80,0	82,1
Chemische Industrie	71,6	76,5	78,5	85,0	85,9
Papiererzeugende Industrie	71,4	77,8	83,5	89,0	89,5
Feinkeramische Industrie	74,9	75,2	81,9	84,3	84,7
Bauhauptgewerbe	87,6	90,1	90,9	90,9	84,6
Druckindustrie	61,0	61,0	65,0	71,6	72,5
Holzverarbeitende Industrie	75,1	76,1	78,1	82,1	84,1

Quelle: Die Weltwirtschaft 1980 - 1

Die Unterschiede der höchsten und der niedrigsten Tariflohngruppe ist jedoch noch erheblich und unterschiedlich je nach Branche. So liegt z.B. die höchste Tariflohngruppe im Einzelhandel NRW um 91% über der untersten Lohngruppe, in der papierverarbeitenden Industrie um 69%, in der Druckindustrie um 66%, in der Süßwarenindustrie NRW um 67%, in der Metallindustrie um 62%, im Baugewerbe um 30%, in der holzverarbeitenden Industrie um 19% und in der Sägeindustrie NRW um 16%. Hier beträgt aber die höchste Tariflohngruppe nur 8,98 DM gegenüber 13,46 im Einzelhandel, und die unterste Tariflohngruppe in der Sägeindustrie liegt bei 7,72 DM gegenüber 7,05 DM im Einzelhandel.

Es ist den Gewerkschaften zwar gelungen, eine Schranke für die Kapitalisten zu setzen. Der Spielraum aber, den die Kapitalisten bei den Effektivlöhnen noch haben, haben sie auch genutzt, sodaß das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes feststellen mußte: ,,Die Differenzierung der Löhne und Gehälter hat sich nämlich in den letzten Jahren eher vergrößert statt – wie die Gewerkschaften mit ihrer Tarifpolitik beabsichtigten – verkleinert. Wie eine Auswertung der Verdienststatistik im WSI aufzeigt, hat sich die (Effektiv-) Einkommensrelation von Arbeiter- zu Angestellteneinkommen weiter zuungunsten der Arbeiter verschoben. In der Gesamtindustrie hat sich die Differenz zwischen der untersten und der obersten Leistungsgruppe weiter vergrößert.''

Wieviele Arbeiter und Arbeiterinnen mit diesen geringen Löhne auskommen müssen, zeigt die Statistik über die Verteilung der Arbeiter in die verschiedenen Leistungsgruppen. Insgesamt sind in der Leistungsgruppe 3 (ungelernte Arbeiter) in der Investitionsgüterindustrie 1980 19,2% der Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, von denen allein 12,1% Frauen sind. In der Textilindustrie sind 16,9% in der Leistungsgruppe 3 eingestuft, 4,5% Männer und 12,4% Frauen. Dafür gibt es in der Leistungsgruppe 1 (qualifizierte Facharbeiter) nur 24,9% Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber 48,2% in der Investitionsgüterindustrie.

Bombenanschläge in den Philippinen
Riskante Manöver der US-Imperialisten

mat. Sydney. Im April hatte sich Ferdinand Marcos, Präsident der Philippinen, zum ersten Mal seit Erklärung des Kriegsrechts 1972 in den USA aufgehalten. Hawaii war das Äußerste, worauf sich die USA einlassen wollten. „Wie viele Wunden ihr uns auch beibringen mögt, ihr seid unsere Blutsbrüder", sagte Marcos dort dem Verband der Zeitungsverleger, und „wer eine Blutsbrüderschaft eingegangen ist, muß an ihr festhalten, als wäre sie Gottes Wort". Am 19. Oktober hatte er gerade den 5000 in Manila versammelten Delegierten des Jahreskongresses der US-amerikanischen Reisebüros die stabile Zukunft des Landes erläutert, als im Saal eine Bombe explodierte, die eine Delegierte tötete und 64 verwundete. Die Verbindungen der US-Imperialisten zu dem Anschlag sind offensichtlich. Verantwortlich erklärt hat sich ein Gruppe „Befreiungsbewegung 6. April". Sie hat Beziehungen zum ehemaligen Senator Benigno Aquino, der von Marcos 1977 zum Tode verurteilt, im Mai aber zu einer Operation in die USA entlassen worden war und von dort nicht zurückgekehrt ist. Zum Harvard-Professor avanciert, kündigte er im August einen „neuen Guerillakrieg" an. Seitdem ist die Serie von Anschlägen nicht abgerissen.

Die US-Imperialisten, die wissen, daß das Marcos-Regime unter den Kämpfen der Volksmassen wankt, fürchten um ihre Militärbasen in den Philippinen, die größten in Südosta-

Kämpfen der Volksmassen wankt, fürchten um ihre Militärbasen in den Philippinen, die größten in Südosta-

sien. Im Süden führt die Armee der Moro-Nationalität einen nationalen Befreiungskampf, im Osten und Norden kämpft die neue Volksarmee der kommunistischen Partei, teilweise in Zusammenarbeit mit anderen nationalen Minderheiten. Um die Volkskämpfe aufzufangen und auf der Grundlage der „Blutsbrüderschaft" eine Alternative zu Marcos aufzubauen, versuchen die USA, eine radikale Opposition ins Leben zu rufen. Das Manöver hat alle Züge einer Verzweiflungstat. Anfang September meldete sich eine neue „Vereinigte Opposition" zu Wort. Oppositionssprecher Laurel, ehemals Sprecher des Repräsentantenhauses: „Ich bekämpfe Marcos, weil ich in ihn investiert habe. Ich hatte gehofft, meine Dividenden kassieren zu können, aber ich habe lange genug gewartet". Nach dem Anschlag vom 19. Oktober stritt Laurel zwar jede Kenntnis der Pläne ab, sagte aber, die Serie von Anschlägen würde „die Sache der Opposition fördern".

Daß von den Anschlägen auch Vertreter von US-Reisebüros nicht verschont bleiben, ist ein Anzeichen dafür, daß den US-Imperialisten die Kontrolle über die kleinbürgerlichen Schichten, die hinter der „Bewegung des 6. April" stehen, teilweise entglitten ist. Roxas, ehemaliger Senator und Mitglied der neuen Opposition, sagte schon im September: „Ich glaube, wir alle werden schon bald bedeutungslos sein, weil die Ereignisse uns überholen werden."

alle werden schon bald bedeutungslos sein, weil die Ereignisse uns überholen werden."

Tansania: Aufbau der nationalen Wirtschaft stockt

Konzept des „afrikanischen Sozialismus" muß überprüft werden / IWF versucht Diktat

chm. In Tansania fanden am Sonntag, den 26. Oktober, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. 111 Parlamentsmitglieder wurden für eine Amtsperiode von fünf Jahren gewählt. Ebenso der Staatspräsident Julius Nyerere. Die Hälfte aller amtierenden Parlamentsabgeordnete, die sich erneut zur Wahl gestellt hatten, sind nicht wiedergewählt worden. Von den vier Ministern, die ebenfalls Kandidaten waren, wurden nur zwei, der Finanz- und der Verteidigungsminister gewählt. Wahlberechtigt waren 8,7 Mio. Tansanier bei einer Bevölkerung von 16 Mio. Knapp sieben Mio. haben sich in den Wahllisten eingetragen. Die Wahlbeteiligung war geringer als 1975.

Bei seiner Nominierung zum Kandidaten der Einheitspartei, Chama Cha Mapindazi, Partei der Revolutionären Umwälzung, sagte Nyerere: „Unsere wirtschaftliche Lage ist tatsächlich sehr schlecht, die Menschen beklagen sich über Versorgungsschwierigkeiten, über eine Verminderung der öffentlichen Dienstleistungen und über die Korruption in unserer Gesellschaft. Wir sollten nicht versuchen, die Berechtigung dieser Beschwerden vor uns selber zu vertuschen. Unsere Verantwortung als Führer liegt darin, daraufhinzuarbeiten, diese Beschwerden der Massen zu hören und zu beseitigen ..." Versorgungsengpässe gibt es bei Zucker, Speiseöl, Seife, Streichhölzern und Bier. Vor allem aber fehlt das Grundnahrungsmittel Mais. Die Maisproduktion, die von 1962 bis 1977 fast verdoppelt werden konnte, deckt nach den

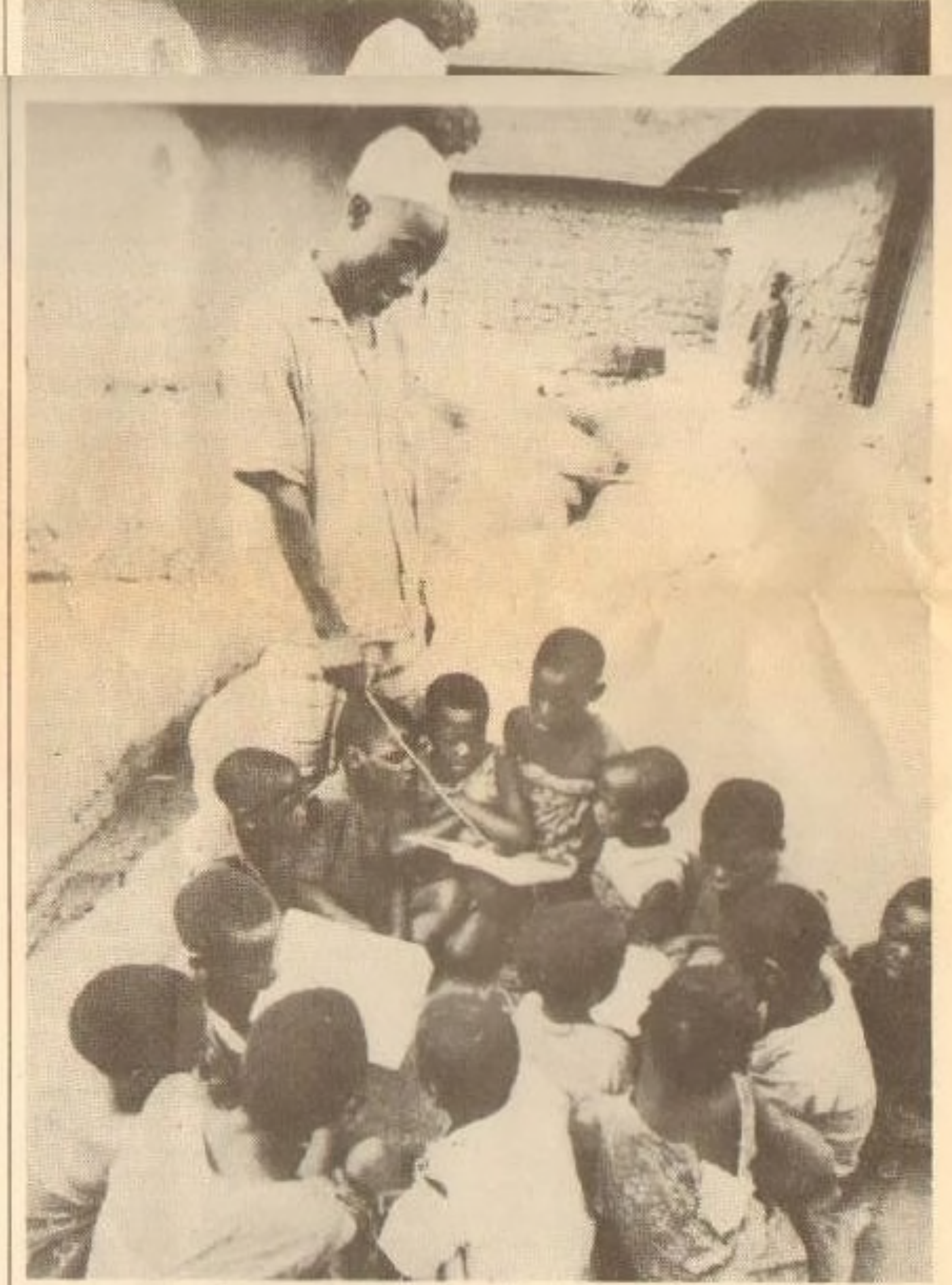
Vor allem aber fehlt das Grundnahrungsmittel Mais. Die Maisproduktion, die von 1962 bis 1977 fast verdoppelt werden konnte, deckt nach den

Dürremonaten Ende 1979 und Fehlplanungen, die dazu geführt haben, daß Mais in die Nachbarstaaten exportiert wurde, den Bedarf der tansanischen Massen nicht.

Sowohl die Dürre als auch die Manipulation der Kaffeepreise durch die imperialistischen Monopole, die steigenden Erdölpreise und die Kriegsausgaben sind wichtige Ursachen für diese Wirtschaftskrise. (10000 tansanische Soldaten sind in Uganda stationiert, die bis jetzt über 500 Mio. $ gekostet haben). Entscheidend scheint jedoch zu sein, daß der Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft auf der Grundlage der Theorie vom „afrikanischen Sozialismus" stockt. Dieses Konzept, das seine Wurzeln im Gemeineigentum der Stammesgesellschaft hat, Nyerere spricht auch von ‚tribalistischem Sozialismus', ist von ihm 1962 entwickelt worden: „Grundlage und Ziel des afrikanischen Sozialismus ist die sich immer ausdehnende Familie ... (Der wirkliche afrikanische Sozialist) betrachtet alle Menschen als Brüder, als Mitglieder einer sich immer ausdehnenden Familie. Ujamaa oder Familienwesen beschreibt unseren Sozialismus."

TANU, eine der zwei Vorläuferparteien der CCM, legte richtig fest, daß die Landwirtschaft die Grundlage für den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft in einem Land der Dritten Welt ist. Die Verstaatlichung des Bodens 1967 entmachtete die reichen Bauern, auf die sich vor allem die britischen Imperialisten bei ihrer Ausplünderung der landwirtschaftlichen Ressourcen Tansanias stützen konnten – Kaffee, Sisal, Cashew Nüsse und in Sansibar Gewürznelken. Das Land wurde in 0,5 und 1 ha-Parzellen aufgeteilt, die gemeinsam produzieren sollten, zusammengefaßt in „Plandörfern", nach dem Ujamaa-Ideal organisiert: Alle zehn Hütten zu einer Zelle zusammengefaßt, die sich einen Leiter wählt. Die Zelle ist zuständig für Fragen der Sicherheit, regelt kleinere Streitigkeiten und berät wirtschaftliche und soziale Probleme. Im Dorf werden kleine Industriebetriebe aufgebaut. Die Besiedlung Tansanias war aus vielfältigen historischen Gründen wie z.B. willkürliche Grenzziehungen durch Großbritannien, tradionelle Stammesgebiete usw. unterschiedlich. Die Regierung begann große Umsiedlungsaktionen, vor allem 1974/75, in deren Verlauf über 10 Mio. Landbewohner umgesiedelt worden sind. Dort, wo noch Stammesstrukturen mit Subsistenzwirtschaft herrschten, fand das Konzept der Ujamaa Unterstützung, aber nicht die teilweise erzwungene Umsiedlung. Dagegen dort, wo schon unter britischer Herrschaft für den Markt produziert wurde wie z.B. in den Kaffeeanbaugebieten in Arusha, Kilimandsharo und Mera, stieß dieses Konzept auf Ablehnung. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt hat einen gegenteiligen Effekt erzeugt: Nicht die Gebiete, die Entwicklung brauchen und wo die Grundnahrungsmittel Reis und Mais angebaut werden, erhielten die meiste Förderung, sondern gerade die bereits entwickelten Kaffee- und Sisalanbaugebiete: 63% der Kredite der landwirtschaftlichen Entwicklungsbank von Tansania entfielen auf 5 von zwanzig Regionen.

Tansania hat einige Erfolge im Aufbau einer nationalen Wirtschaft erzielt: Alle imperialistischen Konzerne sind verstaatlicht worden, auch die Banken. Mit Unterstützung der VR China beginnt es jetzt, seine Kohlevorräte abzubauen. Die algerische Erdölgesellschaft Sonatrac bohrt vor der Küste nach Erdöl und Erdgas. Die jetzigen Schwierigkeiten zwingen die tansanische Regierung, einen Kredit bei dem IWF aufzunehmen. Über den IWF versuchen die Imperialisten solche Bedingungen zu diktieren, die diese Erfolge bedrohen. Die Kredithöhe bewegt sich bei 375 Mio. $. Sofort versuchten die Imperialisten ihre Bedingungen zu diktieren: Abwertung des tansanischen Shillings, Verringerung der „unproduktiven" Staatsausgaben und Subventionen und eine Lockerung der staatlichen Preiskontrollen. Präsident Nyerere hat es bis jetzt abgelehnt, auf die Bedingungen der Weltbank einzugehen und bemüht sich um Unterstützung bei den arabischen und afrikanischen Staaten.



Die Zahl der Grundschüler in Tansania ist von 825000 1967 auf 1532000 1975 gestiegen. Hier eine Dorfschule

Callaghans Rücktritt drückt verschärfte Klassenauseinandersetzungen in der Labour-Partei aus

doj. Der Parteitag der englichen Labour-Partei im Oktober spiegelte die Schwierigkeiten der bürgerlichen Labour-Führung wider, die politischen Forderungen der Arbeiterklasse niederzuhalten. Callaghans Rücktritt als Parteivorsitzender war reif. „Er überschätzte seine Fähigkeiten, mit den Gewerkschaften fertig zu werden" kritisierte die „Financial-Times" für die englische Bourgeoisie. Für die Wahl des nächsten Parteivorsitzenden haben die mehrheitlich aus den Gewerkschaften entsandten Labour-Delegierten das repräsentetive Wahlrecht aller Parteimitglieder statt nur der Labour-Parlamentarier wie bisher durchgesetzt. Sie begehren dagegen auf, zu 90% die Partei zu finanzieren und noch nicht einmal die elementarsten Rechte zu besitzen, während die Parlamentsfraktion sich jederzeit praktisch über die Parteitagsbeschlüsse hinwegsetzt oder der Parteivorsitzende z.B. kraft Veto das Wahlprogramm bestimmen kann.

Eindeutig wurde Callaghans Vorschlag, die Löhne an den Produktivitätsfortschritt zu binden, mehrheitlich abgelehnt, die Stahl- und Bergarbeitergewerkschaften haben Lohnforderungen von 21 bzw. 35% aufgestellt und fordern die Rücknahme der Anti-Streik Gesetzte der konservativen Regierung.

Ein Zugeständnis der bürgerlichen, in der Geschäftsführung der Bourgeoisie erfahrenen Parteiführung, an die Arbeiterbewegung drückt auch der Parteitagsbeschluß für einseitige atomare Abrüstung aus. Die USA stellten besorgt fest, daß diese Forderung zusammen mit der nach Verbot der Stationierung der cruise missiles gegen das NATO-Bündnis gerichtet ist ebenso wie die mehrheitliche Forderung des Parteitages nach Austritt aus der EG das westliche Bündnis objektiv schwächt. Die chauvinistische Begründung der Labour für den EG-Austritt – man wolle keine Gelder an die Landwirtschaft und Industrie der Konkurrenten verschwenden – zeigt allerdings die Schwäche der englichen Arbeiterbewegung auf, ebenso wie man vergeblich nach politischer Unterstützung der Forderungen der Befreiungsbewegungen und der Länder der 3. Welt sucht.

So konnten Healey und Foot – die „aussichtsreichsten" Kandidaten für den Parteivorsitz aus dem rechten Flügel – letzte Woche noch in einem groß aufgemachten Auftritt im Unterhaus nach bürgerlich-oppositionellen Attacken gegen die Konservativen die gemeinsame Forderung nach Zinssenkung der Banken für die Kapitalisten ziemlich unbehelligt als im Interesse der Arbeiter ausgeben.

Japan: Demonstrationen am Antikriegstag

wos. Größere Demonstrationen als in den vergangegen Jahren kennzeichneten den diesjährigen 21.10., den Antikriegstag in Japan. An rund 450 Orten im ganzen Land versammelten sich Hunderttausende, davon in Tokyo 100000. Während die öffentliche Diskussion über Rüstung und Verteidigung immer lebhafter wird – z.B. ein früherer Aktivist der pazifistischen Bewegung jetzt sogar Atomwaffen verlangt – forderten die Versammelten: „Gegen jede negative Abänderung der Verfassung", „Verhindert die politische Reaktion", „Aufhebung des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages", „Gegen Wehrpflicht und Truppenentsendung ins Ausland", und „Rettet Kim Dae-jung und die anderen Angeklagten!". In Tokyo rief der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes Sohyo, Makieda, den Versammelten zu: „Junge Männer, nehmt nicht das Gewehr; Männer und Frauen, schickt eure Kinder nicht in den Krieg!" Er forderte zur baldigen Gründung eines „Nationalen Rates gegen die Verschlechterung der Verfassung" auf. Positive, revolutionär-demokratische Forderungen waren nicht vorherrschend. Außerdem kam auf den Versammlungen der wachsende Gegensatz zwischen der Sozialistischen Partei und der KPJ zum Ausdruck. (Asahi-Shimbun, 22.10.80)

Verhaftungen von Pathet-Lao-Kadern in Laos

wos. Noch vor dem bevorstehenden 5. Jahrestag der Errichtung der Pathet-Lao-Regierung am 2. Dezember 1975 sollen über 500 Personen, unter ihnen zahlreiche Kader der Pathet Lao, verhaftet worden sein. Die Pathet Lao war früher die führende Kraft im Kampf um nationale Unabhängigkeit gegen den US-Imperialismus gewesen. Die Verhafteten werden als „Reaktionäre" bezeichnet, die den jetzigen Kurs der Regierung, der Laos in große Abhängigkeit von Vietnam geführt hat, bekämpfen. Sie sollen mit der Politik der VR China sympathisieren und auch von Erziehung und Herkunft her „chinesische Verbindungen" haben. (NZZ, 23.10.80) – Die Maßnahme zeigt die Nervosität der Führung, die sich angesichts von rund 50000 vietnamesischen Besatzungssoldaten zunehmendem Widerstand der Bevölkerung gegenübersieht. Erst vor kurzem haben sich mehrere Widerstandsgruppen, die auch bereits bewaffnete Aktionen gegen die vietnamesische Oberherrschaft durchführen, in einer gemeinsamen „Nationalen Einheitsfront zur Befreiung des laotischen Volkes" (FUNLPL) zusammengeschlossen.

Sowjetische Überfälle auf Afghanische Flüchtlingslager

chm. Die sowjetischen Invasionstruppen in Afghanistan haben in der letzten Oktoberwoche mehrere Angriffe gegen afghanische Flüchtlingslager auf pakistanischem Territorium durchgeführt. Die Operationen gingen aus von ihrem Stützpunkt in Gardez, südöstlich von Kabul. Sie verfolgten zwei Ziele: Die Provinz Logar, die unter der Kontrolle der Moudjahedin steht, zurückzuerobern und die Verbindungen der Widerstandsbewegung zu Peshawar zu kappen. Begleitet wurden die sowjetischen Truppen bei diesen Angriffen von „Freiwilligen-Milizen" der beiden Parteifraktionen Khalq und Parcham und Söldnern aus den Reihen der Stämme. Die Sozialimperialisten bereiten sich auf die Zeit der Schneefälle vor. Sie haben ihre Truppen um 3000 verstärkt – alles Angehörige der Spezialeinheiten, die für den Antiguerillakrieg ausgebildet worden sind. Um die Städte herum bauen sie die Winterquartiere auf. Die Moudjahedin treffen ebenfalls ihre Vorbereitungen für die kommenden Monate. Sie haben die Zahl ihrer Operationen in den Städten verringert und befestigen ihre Stellungen im Gebirge. Ihre Ausrüstung hat sich ein wenig verbessert. Einige ihrer Stellungen sind mit Flugabwehrraketen und Panzerfäusten ausgestattet. Bei ihrer letzten Operation in Kabul haben sie zwei sowjetische Offiziere und einen hohen afghanischen Beamten hingerichtet.

Truppeneinsatz in nordirischen Gefängnissen geplant

bep. Der Streik der englischen Gefängniswärter (s. Seite 7), der auch auf nordirische Gefängnisse ausgedehnt werden soll, trifft die Regierung in einem kritischen Moment. Letzten Montag begannen nämlich 7 politische Häftlinge im Maze-Gefängnis bei Belfast den angekündigten Hungerstreik gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen. Die Regierung befürchtet explosive Unruhen in den Haftanstalten. In Nordirland werden deshalb Armeeeinheiten für den Einsatz in den Gefängnissen in Bereitschaft gehalten. Ermöglicht wird das durch ein 1964 erlassenes Notstandsgesetz, das solche Truppeneinsätze auch ohne Parlamentsbeschluß gestattet. Zuletzt vor 48 Jahren wurde Militär zur Niederschlagung eines Aufstandes im Zuchthaus von Dartmoor eingesetzt.

Todesurteile in Südkorea

bep. Im Zusammenhang mit dem Volksaufstand in der südkoreanischen Provinzhauptstadt Kwangju im Mai, bei dem mehrere Hundert Menschen vom Militär niedergemacht wurden, hat ein Militärgerichtshof in einem Prozeß gegen 255 Angeklagte unter Ausschluß der Öffentlichkeit fünfmal die Todesstrafe, siebenmal lebenslänglich und in 163 Fällen Haftstrafen zwischen 5 und 20 Jahren verhängt. Die 5 Todesurteile sind inzwischen bestätigt worden. Im Revisionsprozeß gegen Kim Dae-Jung hat die Anklage ebenfalls die Bestätigung des gegen ihn ergangenen Todesurteils gefordert.



Blick vom irakischen Westufer des Schatt al Arab auf das iranische Ostufer. Der Schatt al Arab ist die gemeinsame Mündung von Euphrat und Tigris. Für den Irak ist er der Zugang zum Hafen von Basra und dem Ölhafen Fao, den einzigen irakischen Häfen, die für Seeschiffe geeignet sind. Für den Iran bildet er die Zufahrt zum Hafen von Khorramschar und Abadan.

Iran und Irak im zweiten Kriegsmonat

Weiterhin militärische Offensive des Irak, politische Offensive der Sowjetunion

bep. Über einen Monat nach Beginn der massiven Kriegshandlungen zwischen Iran und Irak gibt es noch keine konkrete Perspektive für eine Einigung oder einen Waffenstillstand. Die Vermittlungsbemühungen zahlreicher Regierungen der 3. Welt gehen weiter. Beide Seiten haben bereits gewaltige materielle Schäden erlitten. Der größte Teil der Raffinerien und der Öltransport-und Ölverlandeanlagen, sowie weitere Industrieanlagen, vor allem an den Ufern des Schatt al-Arab, sind durch Luftangriffe und Artilleriefeuer zerstört; ebenso die iranischen Städte Khorramschar und Abadan. Schwerwiegender noch ist der politische Schaden: der tiefe Gegensatz zwischen zwei Staaten der 3. Welt, der noch lange wirken wird, und neue schwere Spannungen unter den arabischen Ländern. Die beiden Supermächte haben bereits jetzt erheblich davon profitiert.

Die militärische Lage

Die gesamt Front ist ca. 480 km lang. Die Kampfhandlungen am Boden konzentrieren sich aber im wesentlichen auf zwei Abschnitte. Im Norden auf ein Gebiet zwischen den zwei iranischen Grenzorten Mehran und Qasr-e-Shirin. Hier ist das Gelände überwiegend hügelig. Die irakischen Verbände sind nur einige Kilometer tief eingedrungen. Das iranische Oberkommando berichtet von erfolgreichem Widerstand und Gegenangriffen. Im Süden hat der Angriff des Irak zwei Hauptstoßrichtungen: einmal auf die gut 80 km im Landesinneren liegenden Städte Dezful (Garnisonsstadt) und Ahwaz (Provinzhauptstadt). Zum anderen auf die direkt am Schatt al-Arab liegende Hafenstadt Khorramschar und die Stadt Abadan mit der größten Raffinerie des Iran. Hier im Süden herrschen Wüsten- und Sumpfgebiete vor. Die irakischen Truppen haben einen breiten, ca. 65 km tiefen Geländestreifen zwischen der Grenze und den Städten Dezful und Ahwaz besetzt; in Richtung auf Dezful wird eine Straße gebaut. Khorramschar und Abadan sind durch irakische Panzertruppen umgangen und eingeschlossen worden. Khorramschar wurde im Straßenkampf erobert, in Abadan halten sich noch iranische Truppen und Milizen. Der Vormarsch der Iraker ist zwar äußerst langsam; dennoch sind sie immer noch in der Offensive. Der Irak führt den Krieg angeblich immer noch mit nur einem Viertel seiner Kampftruppen und hat verkündet, seine Ersatzteil- und Munitionsvorräte würden noch lange reichen. Der Iran stützt sich in erheblichem Umfang auf Milizverbände, die zu Verzögerungsgefechten (besonders wirksam in den Städten), aber offenbar nicht zu größeren Gegenoffensiven in der Lage sind. Seit der Krieg sich in die Städte selbst verlagert hat, sind die Verluste auf beiden Seiten offenbar stark gestiegen.

Die politische Position der beiden Staaten

Der iranische Staatspräsident Bani-Sadr ist inzwischen zum Vorsitzenden des Obersten Verteidigungsrates berufen worden und ist ebenfalls Oberkommandierender der Streitkräfte. Damit ist ein größeres Ausmaß an Regierungsgewalt in den Händen des Präsidenten konzentriert als früher. Obwohl Parlament und Regierung wegen innerer Gegensätze in bezug auf die Geiselfrage immer noch nicht handlungsfähig zu sein scheinen, gibt es wohl in bezug auf die Verhandlungsbedingungen gegenüber dem Irak eine einheitliche Position: Bedingungsloser Rückzug der irakischen Truppen auf die Grenzen des Vertrags von Algier (1975) als Vorbedingung jeder Verhandlung. Gerade dieser Vertrag, der u.a. die Grenze im Schatt al-Arab auf die Flußmitte verlegt hatte, ist aber vom Irak einseitig gekündigt worden, da der Iran sich durch fortgesetzte Grenzprovokationen sowie Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak, vor allem Unruhestiftung unter Kurden und Schiiten, den Vertrag seinerseits gebrochen habe. Allerdings ist die völkerrechtliche Position des Irak zweifelhaft. Die iranische Regierung hat Bestimmungen des Vertrags veröffentlicht, die im Falle von Streitigkeiten ausführliche Schlichtungsverfahren vorsehen, die vom Irak offentsichtlich nicht in Anspruch genommen worden sind.

Mit seinem Einmarsch will der Irak gerade die Revision der in diesem Vertrag festgelegten Grenzziehung erreichen und zu den Bestimmungen des Vertrages von 1937 zurückkehren, die ihm die volle Souveränität über den Schatt al-Arab verliehen. Außerdem fordert er die Rückgabe von drei kleineren Gebieten an der Grenze, die der Iran widerrechtlich besetzt halte, und die Rückgabe der drei Inseln in der Straße von Hormuz „unter arabische Kontrolle". Inzwischen scheint die irakische Regierung ihre Forderungen allerdings ausgeweitet zu haben. In einem Brief an UN-Generalsekretär Waldheim forderte der irakische Außenminister Hammadi die Kontrolle auch über Gebiete am Ostufer des Schatt al-Arab, um die Kontrolle des Wasserwegs gegenüber möglichen iranischen Übergriffen zu gewährleisten. Außerdem verlangte der Irak nicht näher bestimmte Garantien „die eine überraschende militärische Aggression des Iran ausschlössen". Der Irak wird sich nicht als Vorbedingung für Verhandlungen den Verzicht auf diese Forderungen abhandeln lassen, solange er noch militärisch relativ stark ist. Er fordert einen Waffenstillstand und Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der UN; Voraussetzung für einen Rückzug sei die Erfüllung dieser seiner Forderungen. Wenn auch unter diesen Gesichtspunkten keine Einigung absehbar ist, so hat es doch eine erste Auflockerung der Fronten gegeben, als letzte Woche beide Staaten unter Vermittlung des Roten Kreuzes einer Regelung zugestimmt haben, die eine Feuerpause vorsieht, um den im Schatt al-Arab festliegenden ausländischen Schiffen die Ausfahrt zu ermöglichen.

Aktivitäten der Sowjetunion

Die UdSSR hat in den letzten Monaten weitgespannte diplomatische Aktivitäten im Gebiet um den persisch-arabischen Golf und das Horn von Afrika entwickelt. Im April gelangte im Südjemen, der von allen arabischen Staaten am stärksten von der Sowjetunion abhängig ist, wieder ein neuer Präsident an die Regierung, der auch kurz darauf seinen Antrittsbesuch in Moskau machte.

Am 10. Oktober war der syrische Staatspräsident Assad in der SU, um einen Freundschafts- und Beistandspakt abzuschließen. Eine Woche später war die afghanische Marionette Babrak Karmal bestellt. Letzte Woche war der äthiopische Präsident Mengistu Haile Mariam an der Reihe; bei den Verhandlungen ging es wahrscheinlich auch um Stützpunktrechte der Sowjetunion auf den Dachlak-Inseln vor der Küste Eritreas im Roten Meer; die SU hat mit dem Ausbau schon begonnen. Ebenfalls letzte Woche fand auf Zypern eine Konferenz nicht näher genannter Befreiungsbewegungen der arabischen Golfstaaten statt, die ebenfalls die freundliche Aufmerksamkeit der sowjetischen Regierung fand. Das Netz des Sozialimperialismus um den Iran und die arabischen Staaten zieht sich sichtlich enger.

Der Widerstand gegen die Militärjunta in Bolivien muß erneut aufgebaut werden

gkr. Am 15. Oktober hat der „Legislative Beratungsausschuß" in Bolivien seine Arbeit aufgenommen. Er war auf Geheiß der Militärjunta am 10. Oktober gebildet worden mit dem Ziel, die Macht der Militärs zu festigen. Seine Aufgabe ist neben der Ausarbeitung einer neuen Verfassung sowie von Wahlgesetzen vor allem die Vorlage eines neuen Statuts über gewerkschaftliche Betätigung. Der Zerschlagung der Gewerkschaften galt von Anfang an das besondere Augenmerk der Junta. Waren diese doch eine führende Kraft bei der Niederschlagung des Putsches von Oberst Natusch Busch Anfang November vergangenen Jahres und ging von ihnen auch nach dem Putsch General Mezas der entscheidende Widerstand aus. Vor allem die Arbeiter der Zinnminen leisteten erbitterten Widerstand, der nur durch Aushungern und Einsatz von Militär gebrochen wurde. Die Minenstadt Caracoles im Nordwesten ist heute von Militärs besetzt, nachdem 900 von etwa 5000 Minenarbeitern verschwunden sind.

Daß ein Großteil der Führer des COB, des bolivianischen Gewerkschaftsbundes, frühzeitig umgebracht oder gefangengenommen wurden und teilweise inzwischen ausgewiesen wurde, hat dabei die Organisierung des Widerstandes erschwert. Zusätzlich haben die Generäle 4500 Gewerkschaftsführer in den Betrieben durch 17000 „Koordinatoren" ersetzt. Die COB forderte ihre Mitglieder auf, diese „Vertreter für Arbeitnehmerfragen" nicht anzuerkennen. Den Widerstand gegen General Meza organisieren gegenwärtig in erster Linie die auch innerhalb der Gewerkschaften bestehenden „Komitees zur Verteidigung der Demokratie" (Conade). Die Kirche unterstützt teilweise den Widerstand. Sprecher der Kirche, die Folterungen durch die Militärs verurteilt hatte, betonten Anfang Oktober, die Kirche werde eine festere Haltung einnehmen und die Rechte des Volkes verteidigen. Gegen den Widerstand kündigte vor wenigen Tagen Luis Arce Gomez, der Innenminister, schärfere Gesetze zur „Inneren Sicherheit" an.

Ein Großteil der Führer des COB wie auch der politischen Parteien mußte das Land verlassen. Vor allem von Peru aus, das wie andere Staaten des Andenpaktes den Widerstandskampf unterstützt, arbeiten sie an der Bildung einer Einheitsfront. Siles Zuazo, designierter Präsident Boliviens, und inzwischen ebenfalls in Peru, hat dort eine „Regierung der nationalen Einheit" gebildet. In den Komitees zur Verteidigung der Demokratie, die sich auch außerhalb Boliviens zusammengeschlossen haben, sind Mitglieder der verschiedenen demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der Kirchen zusammengefaßt. Der Außenminister der Regierung der nationalen Einheit, Jaime Paz Zamora, hatte sich vor kurzem am Rhein der Unterstützung des Widerstandskampfes durch die gestürzte Präsidentin Lidia Gueiler, die in Paris lebt, versichert. Der Hungerstreik des Generalkonsuls von Bolivien in Hamburg, Juan Emilio Sanchez, gegen die Militärdiktatur wird von Conade unterstützt.



Demonstration gegen die Militärjunta in einem bolivianischen Dorf

Griechenland wieder in die NATO

Erweiterte Machtansprüche der USA im östlichen Mittelmeer

nik. Bereits während der Verhandlungen zum Beitritt Griechenlands in die NATO verhandelten die USA separat über den Weiterbetrieb ihrer Militärstützpunkte in Griechenland. Die USA unterhalten z.Z. 4 größere militärische Einrichtungen in Griechenland, darunter einen beträchtlichen Teil des internationalen Flughafens von Athen, Ellinikon, als Luftwaffenstützpunkt, eine hochmoderne Horch- und Fernmeldestation in Nea Makri bei Athen und eine Kaserne in Langadas bei Thessaloniki, in welcher Atomwaffen gelagert werden. Die 6. Mittelmeerflotte verfügt über Anlegerechte in griechischen Häfen und bei jeder größeren Bodenradarstation der griechischen Armee ist US-Armeepersonal abkommandiert.

Über die NATO-Verträge hinaus haben sich die USA ihre Truppenstationierungsrechte in Griechenland in einer Reihe von zweiseitigen Verträgen festschreiben lassen. Mit der Nichtverlängerung dieser Verträge hatte die griechische Regierung seit 1976 unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis gedroht, falls die USA ihren Einfluß auf die Türkei nicht dazu nutzen sollten, diese zum Rückzug ihrer Besatzungstruppen aus Zypern zu bewegen.

Im Sommer 1974 putschte die griechische Militärjunta gegen die zypriotische Regierung unter dem Erzbischof Makarios. Der Putsch schlug fehl, die türkische Armee intervenierte und besetzte über die Hälfte der Insel, darunter auch große Landesteile, die der griechischen Volksgruppe auf Zypern gehörten. Der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei stand vor der Tür. Das griechische Militärregime ordnete die Generalmobilmachung an und brach unter dem Druck der Ereignisse zusammen – große Teile der Bevölkerung bewaffnet, das Offizierskorps nicht funktionstüchtig, die wirtschaftliche Lage des Landes katastrophal. Der Empörung der Massen gegen den Hauptschuldigen der 7jährigen Diktatur, die USA, und die Zypernninvasion des NATO-Mitglieds Türkei, mußte der aus Frankreich eingeflogene Karamanlis Rechnung tragen und die erste griechische Regierung beschloß den Austritt aus dem militärischen Flügel der NATO.

Während in den Jahren nach 1974 der militärische Bewegungsspielraum der USA in Griechenland stark eingeschränkt wurde, verstärkten die USA mit der Entwicklung im Nahen Osten und vor allem nach der iranischen Revolution den Druck auf die Regierung Karamanlis, um einen Ausbau ihrer Militärstützpunkte zu erreichen. In die Verhandlungen über die Zukunft der US-Basen, die Mitte letzter Woche beginnen sollten, ging die griechische Regierung mit folgenden Forderungen hinein:

Grundlegende Revision der Artikel, die die griechische Gerichtsbarkeit von der Strafverfolgung US-Militärpersonals ausschließen; Reduzierung des Armeepersonals auf den vier weiter bestehenden Stützpunkten; Erhöhung der Militärhilfe für Griechenland angesichts der türkischen militärischen Überlegenheit.

Bis zum 15.11.80 verlangen die USA den Abschluß der entsprechenden Verträge. Der erneute Beitritt Griechenlands in die NATO und die sklavische Haltung der Regierung gegenüber den USA zum Thema Militärstützpunkte, lösten in Griechenland Massendemonstrationen in allen Landesteilen aus. Nachdem der Inhalt der NATO-Verträge immer noch nicht veröffentlicht ist und der Abschluß der Verträge über die Stützpunkte bereits vorweggenommen wird – womit praktisch keine der Forderungen, die seinerzeit die griechische Regierung zum Verlassen der NATO veranlaßten, erfüllt wäre – besteht im griechischen Volk die berechtigte Befürchtung, daß die USA zum nächsten Coup ansetzen: Zur endgültigen Teilung Zyperns.

Angesichts der Lage, daß die Türkei die Forderung Griechenlands nach Anerkennung der 10-Meilen-Lufthoheitszone um die Ägäischen Inseln nicht erfüllen will, Besitzansprüche auf einige griechische Inseln erhebt und den den Inseln vorgelagerten Festlandssockel streitig macht, ergeben sich für die NATO und die USA vielfältige Einmischungsmöglichkeiten in die Angelegenheiten der beiden Länder. Auf Zypern, das auch als der „unsinkbare Flugzeugträger" im östlichen Mittelmeer bezeichnet wird, unterhält der US-Imperialismus auf einem Teil des britischen Marine- und Luftstützpunktes eine seiner größten Radarstationen. Am 27.10. liefen Teile der 6. US-Mittelmeerflotte zusammen mit dem Flugzeugträger „Kennedy" im Hafen von Pireus ein. Die sowjetische Mittelmeereskadra hat Teile ihres Verbandes auf internationales Gewässer außerhalb des Peloponnes stationiert.

Kleinste Weinernte seit 1962

frb. Die westdeutschen Winzer werden in diesem Jahr vorraussichtlich die kleinste Weinmosternte seit 1962 einbringen. Nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes soll die gesamte Ernte rund 4,7 Millionen Hektoliter betragen. Die Durchschnittsernte der letzten Jahre betrug etwa neun Millionen Hektoliter. 1979 waren es 8,2 Mio. Hektoliter. 1962 waren 3,9 Millionen Hektoliter geerntet worden. Die niedrige Ernte in diesem Jahr ist eine Folge des langen Regens in der Hauptreifezeit Juli/August. Die Früchte schimmelten frühzeitig und fielen ab. Zwar liegen die Preise für Weinmost dieses Jahr deutlich über denen des vergangenen Jahres, und auch die Preise für ältere Weine steigen an. Für die Winzer allerdings nützt dies nichts. Schon die beiden letzten Jahre waren in den meisten Gebieten schlecht, und Verluste werden mitgeschleppt. Die Keller sind weitgehend geräumt, und von den höheren Preisen für eingelagerten Wein profitieren nur die Weingüter.

Verhandlungen über Kakao-Abkommen

frb. Vergangene Woche wurden in Genf unter Schirmherrschaft der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) Verhandlungen zwischen Kakao-Produzenten und Verbraucherländern eröffnet. Das zweite Kakao-Abkommen war am 31. März ausgelaufen, die Verhandlungen über eine Verlängerung waren gescheitert. Erstmals seit 1972 besteht damit keine Regulierung für den Kakao-Handel. Die Verhandlungen waren gescheitert, weil keine Einigung über einen Mechanismus zur Stabilisierung der Preisschwankungen erzielt wurde. Insbesondere über den Interventionspreis war keine Einigung erzielt worden. Die war keine Einigung erzielt worden. Die Erzeugerländer forderten preisstützende Aufkäufe, sobald die Preise unter 120 Cents je Pfund fallen. Die Verbraucherländer, insbesondere die USA, BRD und Großbritannien wollten erst bei einem Preis zwischen 110 und 120 Cents Interventionen unterstützen. Seit 1977 ist der Kakao-Preis nicht so stark gesunken wie derzeit. 1977 lag er bei 171 Cents, 1978/79 bei 159 und ist nun während der letzten Ernte auf 128 Cents gedrückt worden. Die EG will in Genf keinen höheren Interventionspreis als 110 Cents akzeptieren, der Vorsitzende des westdeutschen Vereins der am Rohkakao beteiligten Firmen forderte die westdeutsche Verhandlungsdelegation auf, höchstens 90 Cents zuzustimmen. Die Exporteinnahmen mehrerer Länder der Dritten Welt sind von den Einnahmen aus Kakaoverkäufen abhängig. Der stellvertretende Vorsitzende der UNCTAD unterstrich, daß ein Scheitern der Genfer Verhandlungen der globalen Kooperation schweren Schaden zufügen würde.

Proteste gegen Quoten für Kaffee-Erzeuger

mat. Sydney. Die von der Internationalen Kaffeeorganisation festgelegten Exportquoten, mit denen der durch steigendes Angebot gefallene Erzeugerpreis stabilisiert werden soll, sind am 1. Oktober gegen den Protest mehrerer Erzeugerländer in Kraft getreten. Protestiert haben die afrikanisch-madagassische Kaffeeorganisation, Papua-Neuguinea und Ekuador. Um das Einkommen der kleinen Kaffeepflanzer zu sichern, will z.B. Papua-Neuguinea jetzt aus dem Preisstabilisierungsfonds des Landes Lagerhallen errichten, in denen die nicht absetzbare Ernte bis zur nächsten Saison gelagert werden soll.

Larzac: Widerstand gegen Militärübungsplatz ungebrochen

pem. Seit 10 Jahren soll der Militärübungsplatz in Larzac von 3000 auf 17000 ha erweitert werden. Im Mai 1980 hatte der Oberste Gerichtshof das Enteignungsverfahren von 103 Bauern, denen 8000 ha des Landes gehören, wegen eines Formfehlers gestoppt. Die Regierung hat ein neues Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet, das innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein muß. Die entsandten Beamten, die eine Erhebung über das zu enteignende Land durchführen sollen, mußten sich die Türen der Bürgermeisterämter von Einheiten der CRS öffnen lassen, da sie von mehreren Hundert Bauern blockiert wurden. Der Bürgermeister von La Couvertoirawe hat jetzt eine „wilde" Bürgermeisterei eröffnet und erklärt, er werden solange nicht in sein altes Gebäude zurückkehren, wie dies von der Regierung besetzt sei.

Jutepreis auf niedrigstem Stand seit 20 Jahren

Konkurrenz der imperialistischen Chemiekonzerne wirkt sich aus / Konferenz der Produzentenländer

cht. Sydney. Der im Lauf dieses Jahres dramatisch gesunkene Weltmarktpreis für Jute stürzt die juteproduzierenden Länder in große Schwierigkeiten. In Jhapa, im Südosten Nepals, führten die verzweifelten Kleinbauern, die Jute für den Export anpflanzen und von dem erzielten Verkaufspreis nicht leben können, im September Demonstrationen durch, gegen die die Polizei mit Schußwaffen und Massenverhaftungen vorging. Die Bauern forderten die Anhebung des Erzeugerpreises und Subventionen als Ausgleich für den niedrigen Weltmarktpreis. Die Regierung mußte schließlich die Erzeugerpreise um 15,38% erhöhen, und setzte damit den Mindestpreis für 40 kg auf 6 US-Dollar fest.

Nepal gehört zusammen mit Indien, Bangladesh, Burma und Thailand zu den wichtigsten juteproduzierenden und -exportierenden Ländern. Der Juteexport beträgt 30% vom Gesamtexport Nepals, 70% vom Gesamtexport Bangladeshs, und hat einen bedeutenden Anteil am Export Indiens, Thailands und Burmas. Die Juteproduzenten Brasilien und die VR China verbrauchen ihre Produktion selber. Große Preis- und Absatzschwankungen einer für die Handelsbilanz so entscheidenden Ware müssen für die betroffenen Länder verheerende Wirkungen haben.

Jute ist eine Bastfaser, die ähnlich wie Flachs, durch einen arbeitsintensiven Prozeß vom holzigen Stiel der Pflanze getrennt und verarbeitet wird. Sie wird z.T. in den Ursprungsländern weiterverarbeitet zu Säcken, Matten und Taschen für den Export, und wird roh exportiert, vor allem für die Verwendung im Grundgewebe von Teppichwaren, Linoleum und Möbelstoffen. Seit Beginn der sechziger Jahre benutzen die importierenden Industrieländer neben der Rohfaser Jute synthetische Fasern: die vorwiegend auf Handarbeit beruhende Kleinproduktion in den asiatischen Ländern muß im Preis mit der industriellen Produktion der Chemiekonzerne konkurrieren. Eine Studie 1969 der FAO (Welternährungsorganisation) empfahl den juteproduzierenden Ländern eine Preissenkung von 35–50% bis 1975 anzustreben, um konkurrenzfähig zu bleiben. Diese Preissenkung ist nicht durch Umstellung der Produktion und Steigerung der Produktivität möglich gewesen. Preissenkungen gingen nur zu Lasten der kleinen Produzenten und führten zu ihrer größeren Verelendung. Tatsächlich konnte die Jute nicht mit den Chemiefasern konkurrieren, und die Industrieländer haben, trotz steigendem Bedarf in der weiterverarbeitenden Industrie, den Import von Jute von 1,6 Mio. Tonnen 1962 auf weniger als 1,1 Mio. Tonnen gesenkt und entsprechend Jute durch Chemiefaser ersetzt. Beständige Abnehmer von Juteproduktion sind die Entwicklungsländer, doch ihre Bedeutung ist, entsprechend ihrem Anteil am Welthandel, gering. Nachfrage und Preise für Jute unterliegen damit ganz besonders großen Schwankungen: zusätzlich zu Veränderungen des Ölpreises wirken sich Schwankungen der Weltproduktion und des Handels von Getreide, Reis und anderen Produkten aus.



Jutefasern beim Trocknen

Das Steigen der Ölpreise und geringere Produktion haben 1978 den Juteproduzenten vorübergehend einen angemessenen Verkaufspreis ermöglicht. Jan. '79 wurde eine britische Tonne Rohjute (1061 kg) für 215 Pfund gehandelt. Gefallene Chemiefaserpreise und große Vorratslager der Abnehmer haben seitdem den Preis drastisch gedrückt. Im Herbst 1970 lag er bei 160 Pfd., obwohl die zwischenstaatliche Kommission der FAO für Jute, Kenaf und verwandte Fasern 210 Pfd. als Preis empfohlen hatte. Im September 1980 fiel der Preis für die Tonne Jute auf 130 Pfd. und ist damit auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Auf einer vor einem Monat in Decca von der FAO durchgeführten Konferenz der juteproduzierenden Länder schlug der Jute-Minister von Bangladesh Habibullah die Gründung einer Organisation der Juteproduzenten vor. Verbindliche Absprachen über Preise und Festlegung von Quoten sind für die Länder die einzige Waffe, sich vor der räuberischen Preispolitik der imperialistischen Importeure zu schützen. Als ersten Schritt einigte sich die Konferenz darauf, daß die UNO-Kommission für Asien und den Pazifik aufgefordert wird, ein weiteres Treffen zwischen den Ländern zu organisieren, auf dem sie gemeinsam die Lösung der Probleme durch Zusammenarbeit anstreben wollen. Die UNO-Kommission soll ein Modell-Statut für die Organisation der Produzenten vorlegen.

Die Förderbandfabrik der Volkskommune an der Luguo-Brücke

VR China: Industrialisierung des flachen Landes durch Entwicklung der kommuneeigenen Industrie

jon. Beijing. Auf einem weiten Gelände an einem Bahndamm zwei langgestreckte, ebenerdige Gebäude, in der Mitte dazwischen eine Reihe teils noch offener, meist aber mit Türen und Fenstern versehener aneinandergereihter Hütten mit den für Stallbauten in Nordchina charakteristischen Tonnendächern. Es sind ehemalige Pferdeställe der Volkskommune an der Luguo-Brücke bei Beijing (s. KVZ 29), in denen heute die Verwaltung der kommuneeigenen Fabrik für Förderbänder untergebracht ist. In der linken Werkhalle stehen vor allem die Drehbänke der Teilefertigung, rechts befinden sich Schweißerei und Montage. Hier hat man den Eindruck, daß Arbeitsvorrichtungen und Transportmittel knapp sind, die Arbeit also besonders schwer ist. Zwischen den Gebäuden lagern sowohl Material wie fertige Produkte: Förderbänder verschiedener Länge und Breite für den Bergbau oder für Steinbrüche, die von Elektromotoren aus einer anderen Fabrik der gleichen Kommune angetrieben werden. Die Jahresproduktion liegt bei 10 000 m Förderband.

Leiter der Fabrik ist ein junger Arbeiter Anfang der Dreißig, Zhang Baoli. Er und 40 seiner Kollegen haben vor der Gründung dieses Betriebes in einem staatlichen Werk gelernt und als Facharbeiter gearbeitet. Die gesamte Belegschaft von heute 310 Mann, davon 70 Lehrlinge, besteht aus meist jungen Kommunemitgliedern, darunter vielen Frauen, die also fast alle in der Fabrik selbst ausgebildet wurden. Wie in der staatlichen Industrie arbeiten sie acht Stunden an sechs Wochentagen, in der Regel ohne Jahresurlaub. Es besteht ein neunstufiges Lohnsystem zwischen 41 und 75 Yuan im Monat. Der Durchschnittslohn liegt bei rund 60 Yuan, etwa in der gleichen Höhe wie in der staatlichen Industrie. Hinzu kommen noch Prämien, die jährlich zwischen 100 und 120 Yuan ausmachen.

Neben der Produktion für den staatlichen Plan darf die Fabrik heute einen Teil ihrer Produkte zu festen Preisen selbst verkaufen. Die Nachfrage sei groß, sagt Zhang Baoli, denn die Qualität sei gut. Auch die Produktivität sei dank der guten Disziplin eher höher als in der staatlichen Industrie.

Die Förderbandfabrik ist der größte von insgesamt 73 kollektiveigenen Betrieben der Volkskommune. 15 davon unterstehen der Kommune direkt, 57 gehören den einzelnen Produktionsbrigaden, den Unterabteilungen der Kommune zumeist auf Dorfebene. In diesen Betrieben arbeiten insgesamt 5000 Kommunemitglieder, 20% der Arbeitskräfte der Kommune. 300 der Beschäftigten sind Verwaltungsangestellte. Außer den Förderbändern werden dort u.a. produziert: Elektromotoren, Geldschränke, Büromöbel, Zement, Betonbauelemente, Kühlanlagen, Ziegel, Holzartikel, landwirtschaftliche Geräte, Teile für die Kraftfahrzeugindustrie, Schmuckwaren, Kunsthandwerksartikel.

Der wichtigste Unterschied zur staatlichen Industrie liegt in den Eigentumsverhältnissen. Die Kommunebetriebe gehören den landwirtschaftlichen Kollektiven, die für Gewinn und Verlust und für die Betriebsführung allein verantwortlich sind. Entwicklung der kollektiveigenen Industrie auf dem Lande bedeutet Verbesserung der Versorgung mit Industriegütern entsprechend den örtlichen Möglichkeiten und dem örtlichen Bedarf, beschleunigte Mechanisierung der Landwirtschaft und Beschäftigung für das ländliche Arbeitskräftepotential. Dabei wird der staatlichen Planung die nicht zu lösende Aufgabe abgenommen, in einem unter- und ungleichmäßig entwickelten Land den gesamten Bedarf und die gesamte Produktion von Industriegütern im einzelnen befriedigend festzulegen. Ebenso wird die staatliche Finanzwirtschaft von der Belastung durch riesige Investitionssummen befreit, die sie im übrigen durch Besteuerung und Zentralisierung der Einkommen der Landwirtschaft aufbringen müßte. Für die Kollektive hat dieser Weg der sozialistischen Industrialisierung den Vorteil, daß sie ihre Gewinne und Finanzreserven selbst entsprechend ihren Bedingungen und zum eigenen Vorteil einsetzen können.

Nach der Darstellung von Du Kewen, dem Vizeleiter der Industriegruppe der Kommune an der Luguo-Brücke sieht das dort so aus: Alle Betriebe der Kommune wurden mit eigenen Mitteln errichtet. Sie erwirtschafteten 1979 einen Bruttoproduktionswert von rund 20 Mio. Yuan, etwa die Hälfte des Ergebnisses der ganzen Kommune (Einschließlich der Brigadebetriebe waren es sogar zwei Drittel). Als Gewinn wurden berechnet: 4,83 Mio. Yuan. Davon wurden 700 000 Yuan als Steuern an den Staat abgeführt. Der Rest verblieb der Kommune und wird zur Hälfte für die Mechanisierung der Landwirtschaft und zur Hälfte für den weiteren Industrieaufbau verwendet.

Bei der Errichtung der Betriebe werden sowohl der Eigenbedarf der Kollektive wie die Vorschläge und Anforderungen des Staates berücksichtigt. Die Landmaschinenfabrik – der erste nach 1958 gegründete Betrieb – oder eine brigadeeigene Drahtzieherei z.B. produzieren fast ausschließlich für den Eigenbedarf der Kommune, die Förderbandfabrik für die staatliche Wirtschaft. Bis 1978 wurden die Rohstoffe durch den Staat zugeteilt, ebenso wie das Quantum der Produktion eng durch den staatlichen Plan bestimmt und freier Verkauf praktisch nicht möglich war. Heute beschaffen sich die Kollektivbetriebe Rohstoffe und Vorprodukte im wesentlichen auf dem Markt, und nur noch 30–40% der Produktion sind durch den Staatshaushalt festgelegt. Künftig sollen vor allem die Nähe Beijings und die Zusammenarbeit mit staatlichen Betrieben genutzt werden. Geplant sind mit staatlichen Betrieben gemeinsam betriebene Fabriken für Kühlanlagen und zur Verarbeitung von Fleischprodukten. Dabei wird die Kommune das Land, die Gebäude und die Arbeitskräfte stellen, die staatlichen Betriebe die Maschinen und das Know how. Die Gewinne sollen entsprechend den Investitionsanteilen verteilt werden.

Die Arbeiter der Kommunebetriebe bleiben wie die Bauern Mitglieder des Kollektivs. Z.B. behalten sie ihre Privatparzellen. Eine gewerkschaftliche Organisation gibt es daher in den Betrieben nicht. Stattdessen nehmen die Arbeiter an der genossenschaftlichen Demokratie teil, die jetzt nach ihrer Liquidierung während der Kulturrevolution wieder hergestellt wird, und beteiligen sich in den Fabriken an den Entscheidungen über Produktionsplan und -ziel.

Wir hatten schon in der KVZ Nr. 29 dargestellt, daß die Volkskommune an der Luguo-Brücke dank ihrer Spezialisierung auf Gemüseproduktion für die Hauptstadt relativ reich und fortgeschritten ist. Aber in ganz China werden heute ähnliche Anstrengungen zur Industrialisierung gemacht. Ende 1979 gab es 1,48 Mio. kollektiveigene ländliche Betriebe mit 30 Mio. Arbeitern, 9,4% der gesamten ländlichen Arbeitskräfte. Die Produktion dieser Betriebe hatte einen Wert von 49,1 Mrd. Yuan, ein Drittel des Werts der gesamten Produktion aller Kommunen. Sie war 1979 um 20% gewachsen.





Links: Eine Textilfabrik einer Kommune bei Beijing bearbeitet Aufträge eines staatlichen Werkes – *Rechts:* Eine kollektiveigene Teppichweberei in Tibet.

Mehrere Gewerkschaftsbeschlüsse gegen die Kriegsvorbereitungen

jük. Auf den jüngst stattgefundenen Gewerkschaftstagen haben heftige Debatten über Kriegsgefahr, Abrüstung und Entspannung stattgefunden. In etlichen Einzelgewerkschaften waren in den Untergliederungen Beschlüsse gefaßt worden, die zwar zum Gutteil nicht auf die Gewerkschaftstage gelangt sind, mit Forderungen revolutionär-demokratischen Charakters gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten. Deutlich war dabei, daß der direkte Einfluß der DKP-Revisionisten bei diesen Beratungen etwas zurückgegangen ist, gerade nach dem Einmarsch der SU in Afghanistan. Etliche Aktionseinheiten mit Sozialdemokraten sind ihnen danach geplatzt in den Gewerkschaften. Im Unterschied zu den Gewerkschaftstagen der vergangenen Jahre sind auch deren Entschließungen, teilweise von den Hauptvorständen eingebracht, direkter gegen die Kriegsvorbereitungen und Aufrüstungspolitik der beiden Supermächte. Dabei wird allerdings meist peinlich vermieden, die Allianzpolitik des westdeutschen Imperialismus direkt anzugreifen, auch Forderungen der Dritten Welt nach Auflösung der Militärblöcke, Verbot der Kernwaffen usw.; Forderungen, die die Politik der Supermächte auch in der BRD direkt durchkreuzen würden, werden nicht aufgegriffen, auch wird die Frage der Bundeswehr unter dem Gesichtspunkt, wer verfügt über die Waffen und in welchem Interesse werden sie geführt, nicht aufgeworfen. Gleichwohl sind etliche Abschnitte konkret genug, um sie für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu nutzen und stellen einen Fortschritt im Bemühen der Gewerkschaftsbewegung dar, diesen Kampf aufzunehmen. Im folgenden werden einige dieser Abschnitte oder Forderungen dokumentiert:

IGM-Gewerkschaftstag: „Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt die(se) militärische Aggression der Sowjetunion, er fordert den vollständigen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ... Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen ... Der Gewerkschaftstag verurteilt deshalb die neuesten rüstungstechnologischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, die die Einführung eines begrenzten Atomkrieges ermöglichen. Die Sowjetunion wird aufgefordert, die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die NATO ihren Nachrüstungsbeschluß annullieren kann." (E3)

ÖTV-Gewerkschaftstag: „... sich für den Stop und die schrittweise Senkung des Rüstungshaushaltes der Staaten des Warschauer Paktes und der NATO um 10% einzusetzen ..." (Hier wird angeknüpft an Forderungen, die auch auf der UNO-Abrüstungskonferenz 1978 von Ländern der 3. Welt erhoben worden sind.) Als Material zum vorherigen Antrag Nr. 264 wurde verwiesen: „Der Gewerkschaftstag der ÖTV verlangt von der Bundesregierung mit Entschiedenheit den Verzicht auf den Bau und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in unserem Land." (Nr. 265)

IG Druck und Papier-Gewerkschaftstag: „Aufhebung des Beschlusses, eurostrategische Atomwaffen in der BRD zu stationieren ... Internationales Verbot aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungsmittel ..."

Deutsche Postgewerkschaft: „Die Delegierten des 13. Kongresses der Deutschen Postgewerkschaft erwarten von den politisch Verantwortlichen in der ganzen Welt, insbesonders aber von den politischen Führern der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, daß die weltpolitischen Konflikte friedlich gelöst werden ... Ziel einer aktiven Friedenspolitik muß es sein, den Stopp des Rüstungswettlaufs und die schrittweise Senkung der Rüstungshaushalte der Staaten des Warschauer Paktes und der NATO um zunächst 10% – gemäß den Beschlüssen der UNO – durchzusetzen ..." (Nr. 23) Die Bundesjugendkonferenz der Postgewerkschaft hatte gefordert: „Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern und sonstigen Atomwaffen auf dem Boden der BRD und der übrigen europäischen Länder ..."

GdED Bundesjugendkonferenz: „Der Hauptvorstand und der DGB werden aufgefordert, sich verstärkt gegen die Rüstungsanstrengungen des Warschauer Paktes und der NATO auszusprechen. Dies würde in der derzeitigen Situation bedeuten: 1. Die UdSSR stellt die Produktion und die Stationierung von SS 20 Raketen in Reichweite Europas ein. 2. Die NATO verzichtet auf die Modernisierung des derzeitigen Raketensystems und auf die Stationierung von Lenkflugkörpern in Europa."

Dem noch stattfindenden *Gewerkschaftstag der GEW* liegt u.a. folgender Antrag vor: „In Anbetracht der letzten internationalen Entwicklungen erklärt der Gewerkschaftstag sein Eintreten für die Prinzipien der nationalen Souveränität, der territorialen Integrität und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Der Gewerkschaftstag verurteilt entschieden jede Einmischung anderer Staaten in die inneren Angelegenheiten Dritter Länder und verurteilt derartige Aggressionen oder Aggressionsvorbereitung. Er wendet sich gegen alle Bündnisse, die diese Zwecke einschließen ..." (G1)

DPG-Warnstreiks für neues Angebot der Post

Matthöfer bereitet Boden für Reallohnsenkungen in den öffentlichen Diensten

vol. Mit Warnstreiks in Münster, Offenbach und Fankfurt hat die Deutsche Postgewerkschaft die Forderung nach einem neuen Angebot des Postministeriums bis zum Montag den 3.11. unterstrichen. In Münster hat die Postdirektion zum ersten Mal versucht, den Streik in der Telefonvermittlung durch den Einsatz von Beamten zu brechen. Dies ist ihr nicht gelungen. Das Handelsblatt wirft dem Postministerium vor, mit der eigenen Untersuchung über die Schichtarbeit die Gerechtigkeit der Forderungen der Postgewerkschaft bewiesen zu haben und jetzt nichts gegen die „wilden Streiks" zu unternehmen. Wenn schon ein Zugeständnis gemacht werden muß, so soll dies auf die Dauernachtschichtler und -wechselschichtler beschränkt werden.

Gscheidle hat Mitte der letzten Woche behauptet, daß der Überschuß bei der Post 1979 um 1 Mrd. DM niedriger sei als im Vorjahr. Die zu hohen Kosten sollen als Hauptargument gegen die Forderungen der DPG auf Ausdehnung der Regelung auf alle, die nachts, d.h. zwischen 20 und 6 Uhr, und am Wochenende arbeiten, eingesetzt werden. Gscheidle hat dabei einen Bilanztrick verwandt: um den Gewinn der Post auf 2,7 Mrd. DM zu drücken, hat er die Abführungen an den Bund in Höhe von 3,509 Mrd. DM einfach als Kosten gebucht. In den 3,509 Mrd. DM steckt eine Sonderabgabe von 1,1 Mrd. DM, die die Regierung von der Post aufgrund der schlechten Haushaltslage zusätzlich im Nachtragshaushalt eingefordert hat. Aber selbst der jetzige Überschuß würde noch 5mal ausreichen, um die 500 Mio. DM aufzubringen, die die Forderungen der DPG nach Gscheidles Angaben kosten. Es gibt auch von daher überhaupt keinen Grund für die DPG, auf eine einheitliche Regelung für alle Nachtschichtler und Wochenendarbeiter zu verzichten. Die DPG hat dementsprechend erneut ihre Forderungen bekräftigt und gleichzeitig mit den Vorbereitungen für Urabstimmung und Streik begonnen.

Bundesfinanzminister Matthöfer hat zu Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP den Vorschlag gemacht, zur Einsparung die Beamtenbesoldungserhöhung um 3 Monate zu verschieben und im öffentlichen Dienst generell für 6 Monate entlassene oder ausgeschiedene Arbeitskräfte nicht zu ersetzen. Durch die Verschiebung der Besoldungserhöhung – so hat er errechnen lassen – würden den Beamten dieses Jahr 350 Mio. DM weggenommen. Danach geht er von einer Lohnerhöhung von 2,4% aus. Der DGB und alle Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, sowie der Beamtenbund haben diesen Vorschlag scharf zurückgewiesen. Die FDP hat



11 550 Briefe verteilt die Sortiererin in 8 Stunden Arbeit. Durch ungeheure Steigerung der Arbeitsintensität hat die Post ihre Gewinne auf über 5 Mrd. DM geschraubt.

aus Furcht vor dem Verlust ihrer gerade gewonnenen Wähler im höheren Beamtenapparat ihr Veto eingelegt. Aber Matthöfer hat das Hauptziel, daß jetzt über die nächste Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst unter dem Gesichtspunkt der Einsparungen spekuliert werden kann, erreicht. Eine Verschiebung der Tariferhöhung z.B. um 3 Monate im öffentlichen Dienst würde nicht nur den Verlust der Lohnerhöhung für 3 Monate bedeuten. Während dieser 3 Monate wird durch das Wirken von Inflation der Reallohn gesenkt – je nach der Höhe der Inflationsrate bei 4% um 0,98%, bei 6% schon um 1,46%. Die Lohnerhöhung – wenn der Prozentsatz oder DM-Betrag gleichbliebe – wird so auf einen niedrigeren Reallohn gezahlt, was zusätzlich Lohnsenkung bedeutet.

Der Einstellungsstopp von 6 Monaten würde dann zusätzlich die Intensität der Arbeit in die Höhe schnellen lassen. Nach einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes über die Personalfluktuation beim Bund 1978/1979 werden im Jahr ca. 6% entlassen oder scheiden aus. Hochgerechnet auf den gesamten öffentlichen Dienst (4,5 Mio. Beschäftigte) ergibt dies Entlassungen und Pensionierungen von 270000 pro Jahr oder 135000 pro Halbjahr. Um 3% würde also im Durchschnitt die Intensität der Arbeit steigen, wenn die gleichen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst gemacht werden sollen.

Mit diesen Drohungen ist Matthöfer auch auf die Sitzung des sogenannten Gewerkschaftsrates der SPD gegangen, unter anderem in Gegenwart Klunckers. Nach der Sitzung hat die SPD verbreiten lassen, „Einvernehmen herrsche auf beiden Seiten, daß die Tatsache des nicht vorhandenen Arbeitsplatzrisikos im öffentlichen Dienst auch in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommen müsse ... Die Tarifabschlüsse könnten sich nicht mehr auf dem Niveau der letzten Jahre bewegen." Dies hat die Presse zum weiteren Nachstoßen ermuntert. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schlägt Matthöfer vor, einen Gesetzentwurf zu verabschieden, der die Besoldungserhöhung der Beamten an die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagene Inflationsrate von 3,5 bis 4% für das Jahr 1981 anbindet. Die vollständige Streichung eines Ortszuschlages bei Verheirateten im öffentlichen Dienst ist ein weiterer Vorschlag in Fortsetzung der Beschlüsse des Haushaltsstrukturgesetzes von 1975.

Trotz aller Freude über den SPD-Finanzminister herrscht noch Unsicherheit über die Durchsetzbarkeit. Die Gewerkschaftsvertreter – so berichtet der SPD-Pressedienst – hätten deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie die Interessen ihrer Mitglieder vertreten.

DDR: Jahresprämie vom Gesamtverhalten abhängig

hku. Ein Arbeiter, der zu Jahresbeginn wegen eines Vergehens mit Gefängnis bestraft wird, hat keinen Anspruch auf die Endprämie des *vorangegangenen* Jahres. In seinem Urteil hat das Oberste Gericht der DDR grundsätzlich ausgeführt: die Jahresendprämie ist kein 13. Monatslohn, sondern eine Anerkennung für Leistungen, die möglichst differenziert vergeben werden soll – so erhalten z.B. Angehörige der Betriebskampfgruppen mehr. Es sollen „Elemente der gesellschaftlichen Würdigung des Gesamtverhaltens eines Werktätigen" enthalten sein. Daher soll bei Verbrechen und „schweren Verstößen gegen die sozialistische Arbeitsdisziplin" – wozu jede Form des Protestes zählt – keine Prämie gezahlt werden; bei einfachen Vergehen dann nicht, wenn der Betriebsdirektor sie für „schwerwiegend" hält. Das gilt auch dann, wenn zum Zeitpunkt der Auszahlung nur „konkrete Anhaltspunkte" für ein Vergehen vorliegen.

Ungarn: Tagungen der Gewerkschaftsverbände

krk. Noch nie hat die Berichterstattung über die Gewerkschaftstätigkeit einen so breiten Raum in der ungarischen Presse eingenommen wie in der letzten Zeit. Vor kurzem erst versicherte Gáspár Sándor, Vorsitzender des Dachverbandes Ungarischer Gewerkschaften, streiken könne man in Ungarn, wenn man wolle, nur einen Sinn hätte es nicht. Ganz im Sinne dieser „staatserhaltenden Funktion" verlaufen gegenwärtig die Kongresse der Einzelgewerkschaften, wo die Delegierten für den Kongress des Dachverbandes bestimmt werden. Nicht etwa über die Löhne war die Rede auf dem Kongress der Bauarbeiter, sondern wie man mehr Qualität erzwingen kann. Dabei gab man sich kritisch – den Arbeitern gegenüber. Der Generalsekretär der Lederarbeiter forderte mehr Lohndifferenzierung – um mehr Gerechtigkeit walten zu lassen. Zum tapferen Auftreten gegen Bürokratismus und Willkür rief der Vorsitzende der Druckergewerkschaft auf, aber ganz im Rahmen der „produktionsstützenden Tätigkeit" der Gewerkschaften.

IGM-Kundgebung zu den Manteltarifverhandlungen

han. Am 1.11. fand in Hannover eine von 1500 Funktionären, Betriebsräten und Vertrauensleuten besuchte Saalkundgebung der IGM zu den seit sechseinhalb Jahren laufenden Tarifverhandlungen zum Manteltarif statt. Die anwesenden Mitglieder der Tarifkommission griffen die Verzögerungstaktik der Kapitalistenvertreter in den Verhandlungen an und bekräftigten nochmals die Forderungen der IG-Metall. Eine Betriebsrätin unterstrich die besondere Bedeutung dieser Verhandlungen für die weiblichen Arbeiter, da sie besonders von der zermürbenden Nacht- und Schichtarbeit sowie von den niedrigen Lohngruppen betroffen seien. Das Vorstandsmitglied der IGM, Janßen sagte, daß mit dem Abwarten jetzt Schluß sei und rief zu Protestdemonstrationen und Kundgebungen am Tag der nächsten Verhandlungen, dem 17. November, auf.

Unbefristeter Generalstreik der Minenarbeiter Perus

mow. Seit dem 9.10. führen die Minenarbeiter von Southern Peru, Centromin, Cerro Verde und anderen kleinen Minen einen unbefristeten Generalstreik durch, der von der Gewerkschaft der Minenarbeiter organisiert wird. Die Minenarbeiter kämpfen für: Lohnerhöhung von 25000 soles (ca. DM 150), Wiedereinstellung aller Entlassenen, bessere Arbeitsbedingungen für die Minenarbeiter, die untertage arbeiten, keine Entlassung der Teilzeitarbeiter. Von August 1979 bis August 1980 sind die Lebenshaltungskosten auf 54,26% gestiegen. Die Inflationsrate für dieses Jahr wird ca. 65% sein. Allein die Minenarbeiter von Southern Peru produzieren 75,1% der gesamten Kupferproduktion. Der Export von Kupfer betrug 1979 380000 t, 5,1% des gesamten Weltkupferverbrauchs.



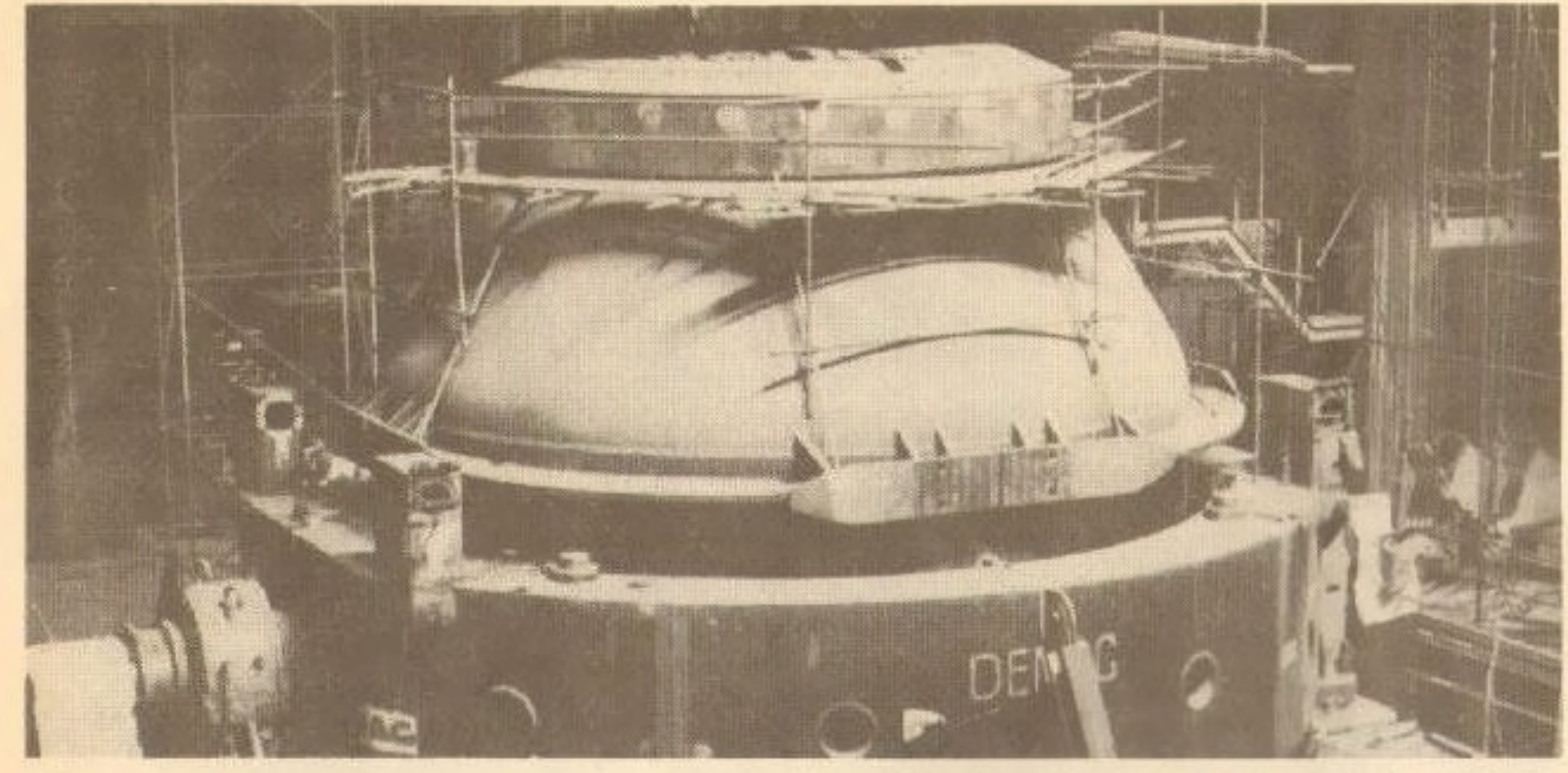
Seit Dienstag voriger Woche streiken die 20000 Beschäftigten des Fahrzeug- und Karosseriehandwerks in den Bundesländern Niedersachsen und Bremen. In der Urabstimmung hatten sich 94% für den Streik ausgesprochen. Die Gewerkschaft hat eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von 10,5% gefordert. Die Kapitalisten hatten bei der letzten Verhandlung 6% angeboten. Einige Kapitalisten haben versucht, durch Haustarife die Front zu spalten, was aber nicht gelang.

21000 Gefängniswärter streiken seit 3 Wochen

gih. Seit 3 Wochen streiken rund 21000 englische Gefängniswärter und kämpfen für einen Ausgleich für die geleisteten Überstunden. Innenminister Whitelaw hat mit dem Einsatz von Soldaten in den Strafanstalten gedroht, falls die Wärter ihre Aktionen weiter verschärfen wollen. Die Gespräche zwischen Vertretern der Streikenden und dem Minister waren erfolglos verlaufen. Die Gefängniswärter betonen, daß sie weitere Aktionen einleiten würden, damit ihre Forderungen erfüllt werden. Am 25. Oktober haben sich die nordirischen Gefängniswärter dem Streik angeschlossen.

Gerichte nehmen Einschränkung des Streikrechts vor

pem. Freispruch und Verurteilung zu 6 Millionen Schadensersatz lauten die beiden Urteile in den Prozessen gegen CGT und die CFDT (KVZ 41). In beiden Urteilen versuchen die französischen Gerichte, das Streikrecht einzuschränken. In der Begründung für die Verurteilung wird das Langsamarbeiten für illegal erklärt, da es nicht durch das Streikrecht abgedeckt sei. Im Freispruchurteil werden CGT und CFDT nur deshalb nicht verurteilt, weil das Streikrecht „ein individuelles Recht" sei und den Gewerkschaften keine mutwilligen Beschädigungen, Gewalttätigkeiten oder Behinderungen von Arbeitswilligen nachzuweisen seien. Solche Beweise in der Zukunft bereitzuhalten, dürfte den Kapitalisten nicht schwerfallen.



Das Bild zeigt einen Sauerstoff-Aufblaskonverter im Bau. 60% der Weltstahlproduktion werden heute mit diesem Verfahren hergestellt. Mittels einer Sauerstofflanze wird der Stahl gefrischt, d.h. Kohlenstoff, Schwefel etc. entfernt. Neben dem Roheisen kann auch Schrott mitverarbeitet werden. Mit diesem Großkonverter können am Tage 13000 t und 4 Mio. t im Jahr produziert werden. Links kann man die Achse sehen, mit deren Hilfe der Konverter gedreht werden kann.

Stahlkapitalisten auf Expansionskurs

BRD-Stahlmonopole konnten Sonderregelung bei EG-Quotenfestlegung durchsetzen

geh. Am 30.10.80 hat sich der EG-Ministerrat auf eine Quotenregelung gemäß Art. 58 des EGKS-Vertrages für die Stahlproduktion geeinigt. Nachdem die Bundesregierung mit einem Veto gedroht hatte, konnte sie eine Steigerung der westdeutschen Quote von 30% auf 32,25% durchsetzen, was ungefähr dem jetzigen 32%-Anteil an der gesamten EG-Stahlproduktion entspricht. Entscheidend war, daß sie durchsetzen konnten, daß folgende Bereiche aus der Quotierung herausgenommen werden: Röhrenmaterial, wo 1979 in der BRD 56,6% der EG-Produktion hergestellt wurden und im 1. Vierteljahr 1980 57,1%; der Bereich

reiche aus der Quotierung herausgenommen werden: Röhrenmaterial, wo 1979 in der BRD 56,6% der EG-Produktion hergestellt wurden und im 1. Vierteljahr 1980 57,1%; der Bereich

Oberbaumaterial (Eisenbahnschienen etc.), wo 1979 34% und im 1. Vierteljahr 1980 41% der EG in der BRD produziert wurden; der Edelstahlbereich zumindest teilweise, wo 1979 41% der EG-Produktion in der BRD geschmolzen wurde, und der Weißblechbereich.

Das umfaßt etwa 25% der gesamten Stahlproduktion, und das sind die Bereiche, wo die westdeutschen Stahlmonopole einen Vorsprung vor ihren Konkurrenten haben. Streit gibt es noch um den Satz, um den die gesamte EG-Produktion verringert werden soll: Lambsdorff will 5%, die EG-Kommission zwischen 13 und 20%.

Als Begründung für den aggressiven Kurs der Bundesregierung hat Lambsdorff erklärt, die Stahlbetriebe hätten aus eigener Kraft investiert und dürften dafür nicht bestraft werden. Das Kapital, das für die neuen Produktionsmittel vorgeschossen wurde, drängt profitlich in der Produktion vernutzt zu werden. Umso drängender ist die Ausweitung des Absatzes.

Nach der Krise 1974/75 bestand in der EG, Großbritannien bereits eingerechnet, folgende Produktionskapazität:

Jahr	Produktionskapazität (Mio. t)	Ausnutzungsgrad in %
1975	190,0	66
1976	197,6	68
1977	199,9	63

In der BRD sah es nicht viel anders aus.

1975	62,9	64,3
1976	65,8	64,4
1977	67,7	57,6
1978	68,9	59,9

1975 .... 62,9 64,3
1976 .... 65,8 64,4
1977 .... 67,7 57,6
1978 .... 68,9 59,9

1979 konnte die Ausnutzung um 7,7 Punkte verbessert werden, auch in diesem Jahr wird sie leicht steigen.

In der Zeit nach der Krise sind die westdeutschen Stahlmonopole mit hohen Investitionen daran gegangen, ihre Produktionsmittel umzuwälzen: 2708 Mio. DM in den Jahren 1975 – 78, das waren 24% der Investitionen in der EG. Allein in den Jahren 1977, '78, '79 haben die 4 großen deutschen Stahlmonopole Klöckner, Thyssen, Salzgitter und Krupp durchschnittlich zusammen 911 Mio. DM investiert. Abgeschlossen ist die Umwälzung weitgehend im Schmelzbereich, weniger als 10% des Rohstahls werden noch in Siemens-Martin-Öfen verarbeitet, mehr als 76% im Oxygen-Verfahren – mehr als bei allen anderen EG-Konkurrenten. Mit 43% in Stranggießanlagen verarbeitetem Rohstahl liegen die BRD-Monopole ebenfalls an der Spitze. Im Zuge dieser Umwälzung wurden die Belegschaften um 18000 verringert.

Damit und mit der höheren Produktionsquote und somit besseren Ausnutzung der Anlagen konnte nicht nur der Anstieg der Rohstoffpreise (Erz und Öl) aufgefangen werden, sondern der Kostpreis verringert werden. Zwar hetzen die Stahlkapitalisten gegen den Billigpreis-Kurs der Italiener – betreiben aber selber einen Niedrigpreiskurs. Seit der Ratstagung letzten Dezember haben sie alle Mindestpreise aufheben lassen – ausdrücklich mußte die EG-Kommission jetzt darauf verzichten – und so das EG-Preisniveau um 15% unter US-Niveau und 9% unter Japan-Niveau gedrückt. So haben sie die Stahlproduktion 1979 um 5 Mio. t (12%) gesteigert bei nur 9% der Japaner. Nach Rückgang in den ersten Mo-

unter US-Niveau und 9% unter Japan-Niveau gedrückt. So haben sie die Stahlproduktion 1979 um 5 Mio. t (12%) gesteigert bei nur 9% der Japaner. Nach Rückgang in den ersten Mo-

naten 1980 konnten sie in den letzten Monaten über den Export die Produktion leicht steigern.

Jetzt brüstet sich Lambsdorff, er habe 3000 Arbeitsplätze gerettet. Daß die westdeutschen Stahlmonopole glauben, ihre Konkurrenten in der freien Konkurrenz aus dem Feld schlagen zu können, hat eine entscheidend verschärfte Ausbeutung der Arbeiter zur Grundlage. Die Stahlkapitalisten halten die Stunde für günstig, jetzt erneut einen Angriff zu führen: Die Stahlarbeiter sollen für 6 Monate auf eine Lohnerhöhung verzichten. Am Geld mangelts nicht, die Investitionen gehen weiter. Hoesch hat angekündigt, die ¼ Milliarde DM, für die der Bund auch eine Bürgschaft übernommen hat, sollten nun in die Stahlweiterverarbeitung gehen. Das wird sich auch auf die anderen Monopole auswirken. Trotz Blockstillstand der meisten Stahlwerke zu Jahresende und Kurzarbeit können so die Arbeiter die innere und äußere Konkurrenz der Stahlmonopole nutzen.

48 000 marokkanische Grubenarbeiter streiken in Frankreich

hth. 48000 Grubenarbeiter gibt es in den überwiegend staatlichen französischen Bergwerken. 11000 von ihnen sind Ausländer. 1970 waren es noch 19000, aber ein Anwerbestop der französischen Regierung hat 1977 den Zufluß gestoppt. Mit ca. 5000 sind die marokkanischen Arbeiter die stärkste Gruppe unter ihnen.

Am 6. Oktober waren zunächst die 1130 Marokkanischen Arbeiter in Merlebach unter der Forderung nach einem vollen „Grubenarbeiterstatus" in den Streik getreten. Sie stellen dort 20% der Belegschaft, die Produktion wurde deshalb eingeschränkt, aber nicht stillgelegt. Staatssekretär Stoléru drohte im Fernsehen, man werde die Arbeitsverträge nicht verlängern, allen Beteiligten die Aufenthaltsgenehmigung entziehen und sie ausweisen. Eine Streikdelegation fuhr daraufhin in den Norden nach Dovai. Dort bilden die 3493 Marokkaner 60% der Belegschaft unter Tage. Sie schließen sich dem Streik am 23. Oktober an. Am 24. beteiligten sich Delegationen beider Werke an einer nationalen Demonstration der Grubenarbeiter in Paris unter Transparenten „Franzosen, Immigranten – dieselben Kapitalisten, derselbe Kampf". Am 29. wird eine Vereinbarung zwischen „Charbonnage de France" und marokkanischer Botschaft geschlossen: Wer bereits 2 befristete Arbeitsverträge hatte, erhält sofort einen unbefristeten. Ein relativer Sieg: In Dovai arbeiten wegen des Anwerbestops alle schon länger als 4 Jahre. In Merlebach jedoch nur ein Teil.

Um Forderung und Zähigkeit des Kampfes zu verstehen, muß man sich die besondere Lage der marokkanischen Arbeiter vor Augen halten. Als einzige Ausländergruppe erhielten sie bis jetzt keine unbefristeten Arbeitsverträge. Eingestellt für zunächst 18 Monate, dann nach einem unbezahlten Zwangs„urlaub" in Marokko für weitere 24 Monate, waren sie jederzeit kündbar. Die Feststellung, daß eine Reihe kurzlebiger Arbeitergenerationen dem Zweck der Ausbeutung genauso dient, läßt sich an ihnen bis ins Detail studieren. Durchschnittsalter 30 Jahre, später ohne jede Versorgung nach Marokko abgeschoben. Einsatz ausnahmslos als Hauer, der härtesten Arbeit unter Tage, und zwar in Wechselschicht. Im Fall von Krankheit oder Arbeitsunfall keinerlei Lohnfortzahlung, sondern sofortige Abschiebung. 300 solcher Fälle hat es in den letzten fünf Jahren in Merlebach gegeben – das ist mehr als ein Viertel der dort arbeitenden Marokkaner. Jede gewerkschaftliche Betätigung kann die (nicht begründungspflichtige) fristlose Kündigung zur Folge habe. Die Rechtlosigkeit führt zu Hungerlöhnen: 3000 FF (= 1260 DM) bis 3500 FF (= 1470 DM) brutto einschließlich Schichtzulagen in der höchsten erreichbaren Lohngruppe. Das sind über 200 DM weniger als bei einem französischen Grubenarbeiter.

CGT und CFDT verhandeln jetzt über die Anwendung des Abkommensns auf *alle* marokkanischen Grubenarbeiter.

In der Produktion von Fotokopiergeräten werden schädliche Stoffe verwendet

In der Produktion von Fotokopiergeräten werden schädliche Stoffe verwendet

güj. Etwa 380000 Normalpapier-Kopiergeräte wurden 1979 in Westeuropa und den USA verkauft. Bei der Xerographie wird die Vorlage durch Belichtung auf einen fotoempfindlichen Zylinder als Staubbild aufgetragen und dieses dann von dort durch elektrische Entladung (ca. 1000 Volt) auf das Papier gebracht und durch Hitze eingebrannt. Bei diesem Verfahren werden sowohl schädliche Stoffe verwendet als auch produziert. Das Staubbild besteht aus sogenanntem Toner, einem Gemisch aus Ruß und verschiedenen chemischen Zusätzen. Daß dieser Toner krebserzeugend wirkt und verschiedene Mutationen auslöst, ergaben Untersuchungen der Universität Stockholm und der Xerox Corporation in New York. Veröffentlicht wurden die Untersuchungsergebnisse in der amerikanischen Zeitschrift „Science". Verschiedene aus Trockenkopien herausgelöste Stoffe, erwiesen sich im Bakterientest als mutagen und krebserzeugend. Der verwendete Ruß enthält Anteile von aromatischen Kohlenwasserstoffen. Durch unvollständige Verbrennung bei der Herstellung von Ruß aus organischen Verbindungen entstehen Gifte.

Bei der elektrischen Entladung während des Kopiervorganges entsteht zudem Ozon (O_3) – eine chemisch stark aktive Form des Sauerstoffes. Die Kopiergerätefirma 3 M deckte dies kürzlich im Konkurrenzkampf der Kapitalisten auf, *nachdem* sie ein neues Verfahren ohne Ozonbildung entwickelt hatte. Ozon in schwacher Konzentration führt zu Kopfschmerzen und Augenbrennen. In höherer Konzentration wirkt es wie Nitrosegase und kann ein Lungenödem hervorrufen.

In einer Hamburger Kopiergerätefirma, wo diese Zusammenhänge nach und nach bekannt wurden, haben die Beschäftigten Aufklärung und geeignete Maßnahmen gefordert und erste Erfolge errungen: Die Ozonkonzentration wurde gemessen, die Ergebnisse aber noch nicht bekannt gegeben.

Kapitalistische Rationalisierung im Büro: Auf dem Weg zur aktenlosen Bearbeitung

frn. Die Entwicklung neuer Kommunikationstechniken macht eine grundlegende Umwälzung der technischen Infrastruktur im Büro möglich. In Forschungsprojekten wird die „papierarme", die „aktenlose" Bearbeitung erprobt. Die „Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung" (GMD), eine Großforschungseinrichtung des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen, hat in ihrem Programm für die 80er Jahre zwei von fünf Schwerpunkten in diesen Bereich gelegt: „Textkommunikation" und „Alternativmodelle für informationstechnisch unterstützte Verwaltung".

Büroarbeit besteht zu einem großen Teil aus kommunikativen Tätigkeiten. Ihre technischen Hilfsmittel sind Schreibmaschine, Telefon, Rechenmaschine. Papier herrscht vor als materieller Träger von Nachrichten und Texten. In Akten und Karteien werden sie geordnet aufbewahrt.

Mit dem Einsatz von Computern und der dadurch bedingten Datenerfassung hat sich hieran zwar einiges geändert. Die Änderungen betreffen aber nicht die Büroarbeit *allgemein*. Sie betreffen die am meisten *formalisierten* Tätigkeiten, wie Rechnungswesen, Lagerhaltung, Personalbuchhaltung. Der Computer wird eingesetzt, wo Büroarbeit Daten zu verarbeiten hat. Die Verarbeitung von Texten liegt noch weitgehend in der Hand von Sachbearbeitern und Schreibkräften.

Änderungen ergaben sich mit der Bausteinkorrespondenz, die mittlerweile bis zur Formulierung von Scheidungsurteilen vorgedrungen ist. Sie wird eingesetzt, wo Texte aus normierten Bestandteilen mit wenigen freien Einfügungen zusammengesetzt werden.

Bei der beginnenden Umwälzung des technischen Apparates der Büroarbeit geht es aber um mehr als die Vervollkommnung der halbautomatischen Texterstellung auf Papier-Dokumenten. Es geht um die „schlecht strukturierte" Tätigkeit der Sachbearbeiter.

Das Papier ist als Träger von Texten relativ schwerfällig. Seine Aufbewahrung kostet Raum, sein Transport ist mit viel Arbeit verbunden. Der systematische Grund: obwohl der Zweck der Übermittlung eines Briefes die Mitteilung einer *Nachricht* ist, ist dies organisiert als Übermittlung von *Materie*.

Um gezielt Rationalisierungshebel ansetzen zu können, wüßten die Kapitalisten gerne mehr darüber, welcher Anteil der Betriebskosten auf einzelne Büroarbeiten entfällt. Bei ihren Versuchen, dies feststellen zu lassen, müssen sie erneut die bittere Lehre ziehen, die ihnen F.W. Taylors Forschungen um die Jahrhundertwende beschert hatten. Er stellte fest, daß die Betriebsleitung praktisch nichts über die konkrete Arbeit in der Produktion wußte. Anlaß genug, dieses Wissen aus den Arbeitern herauszuholen und – wissenschaftlich verallgemeinert – gegen sie einzusetzen. Am Beginn einer ähnlichen Entwicklung befinden sich heute die ca. 8 Millionen Büroarbeiter in der BRD.

In der für vertraulich erklärten Studie „Büro 1990" von Siemens wird geschätzt, daß nur etwa ein Viertel des Informationsstromes, der im Betrieb entsteht, nach außen geht. IBM schätzt, daß Sekretärinnen 58% ihrer Zeit mit Papier zu tun haben, Sachbearbeiter zu 60%. Bei Fachkräften fallen 74% der Zeit auf kommunikative Tätigkeiten, davon 9% auf Reisen und Konferenzen.

Die technischen Voraussetzungen zur grundlegenden Umgestaltung dieser Arbeiten liegen weitgehend vor. Die Mikroelektronik ist die Basis, auf der vereinheitlichte Büroarbeitsplätze konstruiert werden. Diese Aufgabe soll in dem Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Textkommunikation" der GMD bis 1984 von etwa 35 Wissenschaftlern vor allem für den öffentlichen Dienst beispielhaft gelöst werden.

Die Bourgeoisie erhofft sich viel. Über 40% der Erwerbstätigen, so das BMFT, sind im „Informationssektor" der BRD tätig. Die Steigerung der Produktivität in der Verwaltung – gemessen am Bruttosozialprodukt – ist 5% in den letzten 10 Jahren, verglichen mit 25% in der Fertigung. In der Fertigung wurden pro Arbeitsplatz 40000 bis 50000 DM investiert, im Büro nur 3000 bis 4000 DM. Auf 100 Büroarbeitsplätze kamen 1977 bei den Versicherungen 12 Terminals, bei den Banken 9, in der Industrie 4,5, in Handel und Dienstleistungen 2 und in der öffentlichen Verwaltung ein Terminal.

Die rapide Entwicklung der Mikroelektronik hat die Preise für Terminals sinken lassen. Sie stehen bereit, um in den Büros die Vielfalt der Hilfsmittel zu ersetzen durch *ein* Arbeitsgerät. Dieses wird kein reiner Datenerfassungsarbeitsplatz sein, sondern Sachbearbeitung. Diese selbst wird allerdings vereinfacht und standardisiert. Bei allen Formulararbeiten ergeben sich Beschleunigungen. Der Transport der Akten entfällt. Die Datenübermittlung an andere Behörden geschieht in bereits maschinenlesbarer Form, so daß viele doppelte Datenerfassung wegfällt. Es wird ein ständiger Überblick über den Geschäftsanfall möglich und damit eine Kontrolle der Beschäftigten, wie sie bisher nur in der Produktion möglich war. Automatisch lassen sich Terminkalender führen, lassen sich Räume buchen, kann der Stand jedes Geschäftsganges verfolgt werden. Der Versand der Post fällt weitgehend weg, Reisen und Besprechungen werden durch „Computer-Konferenzen" teilweise überflüssig.

Belegschaften und Gewerkschaften entwickeln verstärkten Widerstand und kämpfen um Schutzbedingungen. Daneben gibt es aber auch noch technische und juristische Hindernisse. Im öffentlichen Dienst sind etwa 20% des Schriftgutes vermischt mit Graphik. *Schrift und Graphik* an den geplanten Arbeitsplätzen beliebig verfügbar zu machen, stößt augenblicklich noch an ökonomische Grenzen. „Bürographik", so erwartet die GMD, wird erst in einigen Jahren verfügbar sein.

Genauer muß auch noch die Verbindung von *Text- mit Datenverarbeitung* erforscht werden. Es geht darum, beide im System so zu verschweißen, daß der Sachbearbeiter den Unterschied nicht zu kennen braucht, was ihm als besondere Qualifikation ja einen höheren Lohn einbringen würde. Unsicher sind die Forscher noch, ob sie *Sprache* in das System einfügen können.

Ganz ungeklärt sind juristische Fragen, die sich auf die Verbindlichkeit und Anerkennung von Dokumenten beziehen. Die gesamte Gesetzgebung setzt das Papier als Informationsträger voraus. Wird es ersetzt durch elektronische Speicherung, verschwinden Akten und Karteien in Magnetplatten und optischen Speichermedien, so sind zunächst alle rechtlichen Normen, die Dokumente betreffen, verletzt. Der Verkehr der Kapitalisten untereinander und die Maßnahmen ihres Staatsapparates gegen das Volk würden empfindlich verunsichert. Zweck des Forschungsprogramms ist es deswegen auch, „zuverlässige und rechtssichere papierarme Verfahren der Textkommunikation" zu entwickeln. Oberstes Ziel aber ist der Nachweis, „daß die informationstechnisch gestützte Textkommunikation der papiergebundenen leistungsmäßig deutlich überlegen ist."

Erste Amtshandlung der neuen Regierung: Steuererhöhung

Im Zenturm des Angriffs die Sozialversicherung / Eine Zusammenstellung der Maßnahmen in einzelnen

frb. Geheimnisvoll wie die Wahl des Papstes geht das Zusammenzimmern des Programms für die kommende Bundesregierung vor sich. Noch ist der weiße Rauch nicht gestiegen, der Zeitplan ist im Verzug, der Termin der Kanzlerwahl aber soll gehalten werden. Selbst Parteitagsbeschlüsse und Wahlprogramme haben jetzt wenig zu sagen. Jetzt bestimmt die Kapitalistenklasse, die die Produktionsmittel besitzt, was das Interesse der Gesellschaft ist. Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, hat näher ausgeführt, was darunter zu verstehen sei. Die neue Regierung mahnte er „der Wahlkampf ist vorüber; die Demokratie zeigt wieder ihr Alltagsgesicht". Wenn auch nicht in allen Punkten, so folgt das Regierungsprogramm, wie es sich jetzt aufgrund der verschiedenen Presseberichte abzeichnet, der Tendenz nach seinen Forderungen.

● Die Lohn- und Gehaltserhöhungen im Öffentlichen Dienst sollten laut Matthöfers Vorschlag vom 1. März auf den 1. Juni verschoben werden.

● Als sicher kann gelten, daß die Regierung ein Gesetz zur Erhöhung der Mineralölsteuer um nunmehr 7 Pfg. je Liter bei Benzin und um 3 Pfennig je Liter bei Dieselöl vorlegen wird. Die Branntweinsteuer soll um 3 DM je Liter angehoben werden. Beides soll zum 1. April in Kraft treten. Der Kraftstoff verteuert sich damit um 1,76 Mrd. DM 1981 und 2,7 Mrd. DM in den folgenden Jahren. Branntweingetränke werden 1981 um 750 Mio. DM teurer, 1982 um 900 Mio. DM. Einschließlich der Mehrwertsteuer, die auf die beiden Verbrauchssteuern gezahlt werden muß, sind die Kosten der Steuererhöhung sogar noch um 13% höher. Auf

muß, sind die Kosten der Steuererhöhung sogar noch um 13% höher. Auf

die Abschaffung der Kfz-Steuer zugunsten einer Erhöhung der Mineralölsteuer wie in der Regierungserklärung vom 4. Juli 1979 angekündigt soll offenbar verzichtet werden. Weiterhin gehandelt wird auch eine Erhöhung der Tabaksteuer, obwohl Matthöfer dies noch vor den Koalitionsverhandlungen ausdrücklich abgelehnt hatte.

● Die Beiträge zur Rentenversicherung werden, wie im 21. Rentenanpassungsgesetz ermöglicht, von 18% auf 18,5% des Bruttolohns erhöht. Die Hälfte dieser Erhöhung geht direkt vom Bruttolohn ab, macht 1981 3,5 Mrd. DM. Der gesetzlich festgelegte Zuschuß aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung soll um 3,5 Mrd. DM gekürzt und dieser Betrag zur Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung benutzt werden.

● Das Spar-Prämien-Gesetz wird 1983 völlig abgeschafft, nur laufende Sparverträge bleiben ausgenommen. Die Bauspar (-Grund-) Prämien werden von 18 auf 14% gekürzt. Für rund 92% der Lohnabhängigen sind Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen, die zumeist in Sparverträgen angelegt werden, in Kraft.

● Die Dieselölbeihilfe für den öffentliche Personennahverkehr und schienengebundene Fahrzeuge, die eine Befreiung von der Mineralölsteuer bedeutet hatte, wird 1982 beseitigt. Fahrpreiserhöhungen werden folgen. Die Dieselölbeihilfe für die Landwirtschaft wird ab 1981 erst nachträglich erstattet. So werden die Bauern für die Traktorbenutzung 200 Mio. DM an den Fiskus zu zahlen haben, nachdem ihnen erst zu Jahresmitte die Einkommenssteuer im Durchschnitt verdoppelt wurde. Ab 1984 soll die Beihilfe ganz gestrichen werden (ca. 600 Mio. DM). Auch die Mineralölsteuerbefreiung für Flugzeugkraftstoff für Inlandsflüge soll nach Matthöfers Papier aufgehoben werden. Dies dürfte so ziemlich das einzige sein, wovon hauptsächlich die Kapitalistenklasse betroffen ist.

● Die Ausgaben für „Agrarstruktur und Küstenschutz" sollen um 200 bis 300 Mio. DM gekürzt werden. Dafür wurde offenbar von der Streichung des Zuschusses an die landwirtschaftliche Unfallversicherung abgesehen.

● Die gesetzlichen Renten sollen zwar ab 1982 wieder scheinbar entsprechend der Entwicklung der Bruttolöhne angepaßt, gleichzeitig aber durch einen im kommenden Jahr genau festzulegenden Abschlag gekürzt werden. Der CDU-Finanzminister Gaddum in Rheinland-Pfalz hat gleich nachgesetzt. Ein Abschlag sei nicht das Richtige, denn dieser fülle nur die Rentenkasse. Besser wäre eine Besteuerung der Renten, so entspräche es auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März. Jenes hat in seinem Urteil zur unterschiedlichen steuerlichen Behandlung von Beamtenpensionen und Renten eine höhere Besteuerung der Renten verlangt. So wäre also der weitere Weg abgesteckt. Zunächst jedenfalls werden die Renten zum 1. Januar wiederum nur um 4% erhöht.

● Im Mietrecht sind in jedem Fall erste Lockerungen des Mieterschutzgesetzes vorgesehen. Wohnugsbaukapitalisten soll ermöglicht werden, bei Neubauten die Mieter sogleich auf Zahlung höherer Mieten in der Zukunft zu verpflichten. Bei der Modernisierung von Wohnungen sollen die Mieter in Zukunft ein Vetorecht haben, wenn sich die Miete verdoppelt oder um einen noch festzulegenden Prozentsatz erhöht. Bisher müssen die Mieter in jedem Fall die Modernisierungen, die aus dem Staatshaushalt gefördert werden, dulden und Geschäftemacher haben dies tausendfach zur Umgehung des Kündigungsschutzgesetzes genutzt. Die angekündigte Änderung des Mietrechts wird dagegen freilich kaum helfen und ist wohl eher gedacht, um die „Staffelmiete" leichter durchzusetzen. Mieter in Sozialwohnungen, die die Einkommensgrenze überschreiten, sollen eine Abgabe von 50 Pfg. bis 2 DM je m² zahlen.

Dies sind die wichtigsten bisher bekannten Maßnahmen. Im Gerede ist auch eine Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung und die Einschränkung der beruflichen Förderung durch die Arbeitslosenversicherung, sowie eine Verkürzung der Rückzahlfristen bei BAFÖG-Krediten.

Folgende konkrete Gründe gibt es für die Steuererhöhungen und die Eingriffe in erkämpfte und bisher gesetzlich gesicherte Leistungen. Erstens führt die wirtschaftliche Krise zu verminderten Steuereinnahmen. Zweitens gehen allein 31 Mrd. DM für Zinszahlungen auf die Staatsschuld drauf. Dieser Posten steht mit plus 12,5% an der Spitze der Ausgabensteigerung. Er macht weit mehr als ein Viertel der gesamten Lohnsteuer aus (27,5%). Drittens steigen die Ausgaben für Militär und Polizei, die auch Wolff von Amerongen ausdrücklich von allen Sparmaßnahmen ausgenommen sehen will, unaufhaltsam. Viertens werden eine Reihe Steuersenkungen für die Kapitalisten wirksam, allein die Abschaffung der Lohnsummensteuer und Gewerbesteuersenkung machen 4 Mrd. DM aus. Für all dies sollen die Volksmassen zahlen, die Kapitalisten erhalten allein aus den gestiegenen Zinsen auf die Staatsschuld mehr (nämlich 3,5 MRD. DM) als die Steuererhöhungen ausmachen. Weshalb ja zusätzlich auch noch Leistungen gestrichen werden müssen. Aber nicht nur dies, die Maßnahmen sind auch streng gezielt. Mehr noch als über die Löhne jammern die Kapitalisten über die „Lohnnebenkosten", über jenen Teil des Lohns, der über die Versicherung wie über einige staatliche Ausgaben einen gewissen Schutz gegen die Degradation bietet. Hier setzt die Regierung an und hier wollen die Kapitalisten etwas sehen. Esser z.B. wollte die Beitragserhöhung zur Rentenversicherung ausgesetzt sehen. Kürzungen wären ihm auch hier lieber gewesen.

Daten aus dem Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute
Einkommensentstehung und -verteilung

	1979	1980	1981	1979	1980	1981
	in Mrd. DM			in % gg. Vorjahr		
Bruttoeink. unselbst. Arbeit	766,0	824,5	861,0	7,3	7,5	4,5
Bruttolohnsumme	625,1	672,5	699,5	7,4	7,5	4,0
Nettolohnsumme	443,2	469,5	488,0	7,7	6,0	4,0
Empf. lfd. Übertrag.	234,9	249,0	266,0	5,9	6,0	7,0
Bruttolohns. je Besch.	–	–	–	5,6	6,5	5,0
Nettolohns. je Besch.	–	–	–	5,9	5,0	5,0
Bruttoeink. Unternehmertätigk. u. Verm.	324,4	340,0	353,0	10,3	5,0	4,0
Nettoeink. Unternehmertätigk. u. Verm.	257,5	274,0	283,5	12,0	6,5	3,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseink.	220,5	244,5	260,0	10,8	11,0	6,5
Nichtentn. Gewinne	37,0	29,0	23,5	–	–	–
Volkseinkommen	1091,2	1165,0	1214,0	8,2	6,5	4,0
Bruttosozialprodukt	1404,2	1506,0	1579,5	8,5	7,0	5,0
Preisveränderg Sozialpr.				3,9	5,0	4,5

Einnahmen und Ausgaben des Staates

	1979	1980	1981	1979	1980	1981
	in Mrd. DM			in % gg. Vorjahr		
Einnahmen						
Steuern	355,2	379,0	393,0	7,2	6,5	3,5
Sozialbeiträge	214,1	231,0	246,0	7,8	8,0	6,5
Erwerbseinkünfte	13,6	14,5	15,5	13,6	7,0	5,5
Sonst. lfd. Übertr.	14,9	15,5	16,0	0,0	3,5	3,0
Empf. Vermög.-Übertr.	6,0	6,5	6,5	2,6	7,5	–1,5
Einnahmen insgesamt	*603,8*	*646,5*	*676,5*	*7,3*	*7,0*	*4,5*
Ausgaben						
Staatsverbrauch	277,9	300,5	320,5	8,0	8,0	6,5
Zinsen	24,2	27,5	31,0	11,8	14,0	12,5
Lfd. Übertragungen an	267,9	283,5	302,0	6,2	6,0	6,5
Private Haushalte	218,6	232,0	248,5	5,9	6,0	7,0
Unternehmen	28,6	29,5	30,0	6,4	3,5	0,0
Ausland	20,7	22,0	24,0	9,0	5,5	10,0
Gel. Vermögensübertr.	32,7	35,0	34,0	10,1	7,0	–3,0
Nettoinvestitionen	43,4	49,5	49,5	16,9	14,0	0,5
Ausgaben insgesamt	*646,1*	*696,5*	*737*	*8,0*	*8,0*	*6,0*
Finanzierungssaldo	–42,3	–50,0	–60,5			

Energiesparmaßnahmen: „Weg vom Öl"

Mit hohen Kosten wird geflickt, was zuvor aus Profitinteressen unterlassen wurde

dog. Mit 4,35 Mrd. DM will die Bundesregierung von 1978 bis 1982 Energiesparmaßnamen an Wohnungen und Gebäuden subventionieren. Finanziert werden sollen damit nachträgliche Einrichtungen zur Verbesserung der Kontrolle des Energieverbrauchs wie eine bessere Ausnutzung der Energie insgesamt. Eine Vielzahl von bereits beschlossenen Gesetzen und Verordnungen erhöhen die Mindestbedingungen beim Wohnungsneubau. So muß nach der Wärmeschutzverordnung vom 11.7.1977 für jeden Neubau eine Wärmenachweisberechnung erbracht werden und dem Bauaufsichtsamt vorgelegt werden. Dasselbe gilt für An- und Umbauten von bestehenden Gebäuden, die genehmigungspflichtig sind und für die nur im Härtefall Ausnahmeregelungen zugelassen sind. Nach dem Energieeinsparungsgesetz vom Juni 1980 muß die Abrechnung der Heizkosten in nicht preisgebundenen Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und gewerblich genutzten Räumen noch dem Verbrauch vorgenommen werden, statt wie bisher vielfach nach der m³-Zahl oder nach dem Volumen umbauten Raumes. Desweiteren werden in der Heizungsanlagenverordnung Regelungen für die energiesparende Ausstattung von Heizungsanlagen in Neubauten vorgeschrieben wie z.B. die Isolierung von Warmwasser führenden Leitungen. Die Heizungsbetriebsordnung schreibt den Einbau von Zählern und Meßsystemen vor.

Bis zur Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC-Staaten 1973/74 stieg der Anteil des Mineralöls am Primärenergieverbrauch ungebrochen und mit Zuwachsraten, die über denen des gesamten Primärenergieverbrauchs lagen. „Aufgrund der niedrigen Energiepreise waren Energieeinsparungsmaßnahmen, ... vom Markt her nicht durchsetzbar. Dies war deshalb nicht möglich, weil bei der weitgehenden wechselseitigen Substituierbarkeit von Energie, Arbeit und Kapital Maßnahmen zur Energieeinsparung von ohnehin preiswerter Energie damals nur zu einem volkswirtschaftlich nicht vertretbaren Zusatzbedarf an Arbeit und Kapital geführt hätten. Nur in wenigen energieintensiven Wirtschaftszweigen, bei denen die Energie immer ein wichtiger Kostenfaktor war, hatten die Bemühungen um einen rationellen und sparsamen Energieeinsatz von jeher einen hohen Stellenwert." (Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik" vom 27.6.80)

Zu Schleuderpreisen hatten die Kapitalisten das Öl zur Verfügung. Nichts, was ihren Profit nicht schmälerte, konnte der Verschwendung Grenzen ziehen. So wirkten die Beschlüsse der OPEC-Staaten, den Preis für das Rohöl heraufzusetzen, um ihre eigenen Ressourcen zu schützen, in erster Linie als eine Einschränkung dieser Verschleuderung des Rohöls Anders als über den Geldbeutel sind die Kapitalisten nicht zu treffen. 1979 betrug der Anteil des Mineralöls an dem Primärenergieverbracuh noch 51% (1975: 52,1%, 1973: 55,2%). Dabei versuchten die Imperialisten einerseits durch die Einschränkung des Ölverbrauchs und damit einhergehende Verringerung der Ölimporte, Druck auf den Ölmarkt und -preis auszuüben, wie sie sich andererseits den Ersatz oder die rationellere Nutzung von Energie vom Staat vergolden ließen, z.B. mit Zuschüssen aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen.

Rund 45% der in den Haushalten verbrauchten Energie lassen sich nach Schätzungen des Bundesforschungsministeriums einsparen. Daß diese Schätzung nicht aus der Luft gegriffen ist, ist nicht der Vorliebe der Volksmassen für geheizte Zimmer zu verdanken – ihnen gegenüber wurde die Einsparung von Energie über die Erhöhung der Preise schon lange betrieben – sondern zeigt, daß der „volkswirtschaftlich nicht zu vertretende Zusatzbedarf von Kapital und Arbeit" die Wohnungsbaukapitalisten veranlaßte, den Einsatz von Kapital möglichst niedrig zu halten und Wohnsilos hochzuziehen, deren Isolierung sich an den Heizkostenabrechnungen ablesen ließ. Den Wohnungsbaukapitalisten und den Hausbesitzern winkt nun zusätzlicher warmer Regen: 25% der Kosten für Wärmedämmung und energiesparende Modernisierungen z.B. durch Einbau von neuen Türen und Fenstern werden aus den Mitteln des Wohnungsmodernisierungsgesetzes (1,17 Mrd. DM vom Bund und die gleiche Summe von den Bundesländern dazu) finanziert. Sicher werden besser isolierte Türen und Fenster den Energieverbrauch senken. Sicher aber auch, daß diese Investitionen den Wert der Wohnung erhöhen und Anlaß für Mietsteigerungen sind. Nach dem Gesetz sind die Mieter verpflichtet, die Modernisierungsmaßnahmen zu dulden und die Vermieter berechtigt, dafür zu kassieren; 11% der Modernisierungskosten können jährlich auf die Miete umgelegt werden. Der Mieter hat ein besonderes „Kündigungsrecht" in diesem Fall. Damit ist auch gleich noch ein Schritt zur Aufhebung der Beschränkungen für Mietsteigerungen und Kündigung getan.

Primärenergieverbrauch 1967 – 1979: Zuwachsraten in %

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Gesamtverbrauch	0,0	8,1	9,2	6,9	0,8	4,4	6,8	–3,3	–5,2	6,5	0,5	4,5	4,9
Darunter Mineralöl	4,3	11,9	12,6	11,5	3,8	5,8	6,4	–9,9	–3,9	8,2	–1,0	4,9	1,7

Anteil am Endenergieverbrauch in %

	1970	1973	1975	1977	1978	1979
Industrie	39,4	37,7	35,9	35,3	34,2	34,3
Verkehr	17,1	18,0	19,7	20,5	20,9	20,8
Haushalte, Kleinverbraucher u. sonst. Verbrauch	43,5	44,3	44,4	44,2	44,9	44,9

Grundig: Stillegungen, Konzentration auf Videorecorder

gas. Während die meisten westeuropäischen Konkurrenten in der Unterhaltungselektronik bereits im Geschäftsjahr 79/80 tief ins Minus absanken, sank beim westdeutschen Branchenführer Grundig der Gewinn um ⅔, von 96 Mio. ausgewiesenem Konzernjahresüberschuß auf 34 Mio. DM. Der Umsatz sank um 6% auf 2,77 Mrd. DM (1979: + 7%). Der eingeschlagene Kurs – Stillegung der Werke Fleurance (Frankreich), Dunmurry (Nordirland) und Neuburg/Donau – soll verstärkt fortgesetzt werden. Von den 38440 Beschäftigten Ende März 79 soll der Belegschaftsstand auf ca. 30000 abgebaut werden. Angekündigt hat Grundig jetzt die Schließung der Werke Landau/Isar (850 Beschäftigte), Ascha (150), Augsburg (500), Karlsruhe (600) und 400 Entlassungen in den italienischen Grundigwerken. Die gesamte HIFI-Anlagenfertigung wäre damit nach Portugal verlagert, wo die Personalkosten niedriger sind. Die Fernsehgeräteproduktion wird eingeschränkt. Der Fernsehgerätemarkt sei schon jetzt weitgehend gesättigt, der Markt für HIFI-Anlagen bis 1983 zu ca. 80% abgedeckt. Gegen den Hauptkonkurrenten Japan plant Grundig im Vidoerecordergeschäft anzutreten und seinen bisherigen Marktanteil (18%) auf mindestens 50% zu steigern. Im Grundigwerk Nürnberg/Langwasser, wo derzeit täglich 650 Videorecorder vom Band laufen, soll bis Frühjahr 81 die Produktion auf 1000 gesteigert werden. Die Verdoppelung der Tagesproduktion werde anvisiert, so Marketing-Chef Bartmann, denn dann komme man mit der Stückzahl „allmählich in die Zone befriedigender Gewinne". Der Pro-Kopf-Umsatz solle von 77045 DM 1979 auf mindestens 85000 DM steigen.

Baukapitalisten: „Zu

Baukapitalisten: „Zu Dramatisierung kein Anlaß"

ulw. Die Baukapitalisten widersprechen der Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), daß für 1981 im Baugewerbe mit einem Abbau der Beschäftigten um 100000 zu rechnen sei. Zwar sei ein Rückgang der Bauproduktion um 4% zu erwarten, dem Abbau der Beschäftigung stünden aber entgegen, daß die Kapitalisten versuchen, die Facharbeiter zu halten. Weiter sei mit einem Beschäftigungsausgleich zwischen den verschiedenen Bausparten zu rechnen, da die Nachfrageschwächung jeweils unterschiedlich sei. Zum Dritten sei zu erwarten, daß die Entlassungen zunächst stärker durch den Abbau von Subunternehmertätigkeit erfolgten. (Pressinfo Bauindustrie 27.1080)

BRD-Imperialisten holen „gute Aufträge" mit SU

frb. Dieser Tage ging die bislang größte Ausstellung westdeutscher Werkzeugmaschinen in Moskau zu Ende. Die 202 Firmen hätten „durchweg gute Abschlüsse getätigt" und seien mit der Gewißheit nach Hause gefahren, daß sie „in Zukunft mit Aufträgen aus der Sowjetunion bedacht werden". Werkzeugmaschinen für 624 Mio. DM gingen vergangenes Jahr in die UdSSR, rund 12% der gesamten westdeutschen Ausfuhr an Werkzeugmaschinen. Am sowjetischen Bedarf machen die Lieferungen etwa 10% aus. Auf dem Industriesektor sei von Ost-West-Vereisung bislang nichts zu spüren, sagen die Lieferanten.

Bundesbahn plant Preiserhöhung von 8%

frb. Dienstag dieser Woche berät der Tarif- und Verkehrsausschuß des Verwaltungsrates der Bundesbahn über eine Vorlage des Vorstands, die Preiserhöhungen im Personenverkehr von 8% für Mitte Januar vorsieht. 1979 und 1980 hatte die Bahn die Fahrpreise um je 3,9% angehoben. Jetzt will sie 390 Mio. DM mehr abkassieren. Eingeplant hierbei ist bereits der Wegfall der Gasölbeihilfe über 262 Mio. DM, den Finanzminister Matthöfer durchsetzen will. Mit Personaleinsparungen sei jetzt nach dem Abbau von 1974 nichts mehr zu holen, erklärte Präsident Vaerst. Und der Bundeshaushalt könne zukünftig weniger zuschießen. 3,9 Mrd. DM Defizit macht die Bundesbahn, ungefähr jenen Betrag, den sie an ihre Gläubiger Zins zahlen muß. Auch der Intercity-Zuschlag in der 2. Klasse soll von 3 auf 5 DM erhöht werden. Über Erhöhungen beim Gütertarif ist bislang nichts bekannt. Hier sei die Konkurrenz härter, erläutern kundige Journalisten.

Berufsschüler kämpfen um bessere Lernbedingungen

Gewerkschaften müssen führende Rolle im Kampf um das Volksbildungswesen wahrnehmen

ulw. Die Situation an den Berufsschulen hat sich seit Beginn des neuen Schuljahres weiter zugespitzt. Das bringt zahlreiche Kämpfe der Berufsschüler hervor. Sie richten sich gegen die Lernbedingungen, die sich mit steigenden Schülerzahlen bei gleichzeitigen Sparmaßnahmen des bürgerlichen Staates rapide verschlechtert haben. Seit 1976 steigt die Klassenfrequenz an den Berufsschulen wieder an. Die Steigerung von 23 Schülern pro Klasse 1976 auf 23,6 1979 scheint zwar wenig, bringt aber die wirklichen Verhältnisse auch nur gebrochen zum Ausdruck. Sie beruht in Wirklichkeit auf erheblichen Einschränkungen der Stundenzahlen bei gleichzeitiger Überarbeit der Lehrer.

Einige Beispiele für die Lage und für die Kämpfe, die dagegen geführt werden:

An den gewerblichen Schulen in *Dillenburg* hat sich die Zahl der Metallerklassen von 48 auf 60 erhöht. Alle Labors und der letzte Kartenraum sind als Klassenräume in Benutzung. Der Unterricht in den Metallklassen wurde um eine Stunde auf 8 Wochenstunden gekürzt. Die durchschnittliche Wochenstundenzahl für Teilzeitberufsschüler beträgt 7,3 Stunden. Den Jungarbeitern ist die Schulausbildung auf 3 Wochenstunden zusammengestrichen worden. In der Mehrzahl der Klassen beträgt die Schülerzahl zwischen 30 und 40. Die Schule, 1968 für 2000 Schüler geplant, ist mit jetzt 3200 Schülern hoffnungslos überbelegt. Die IGM-Jugend hat dazu eine Veranstaltung durchgeführt, auf der diese Zustände enthüllt wurden.

In *Bremen* haben Anfang Oktober 500 bis 600 Berufsschüler des Berufsschulzentrums, ausgehend von einer Klassensprecherversammlung eine Demonstration zum Bildungssenator durchgeführt. Auf der Klassensprecherversammlung waren zuvor die miesen Lernbedingungen angegriffen worden. So sind für einige Maschinenbauklassen und die Optiker die Stunden von 12 auf 9 gekürzt worden. Die Friseusen, die sowieso nur noch 6 statt 12 Stunden in der Woche unterrichtet werden, sollten zum Teil nur noch drei Stunden haben. Der Senat streicht dabei zuerst da, wo es sich nicht auf die fachliche Qualifikation auswirkt. Deshalb sieht die Lage in verschiedenen Berufen in Bezug auf die fachliche Ausbildung auch ganz unterschiedlich aus. Wo die notwendigen theoretischen Grundlagen relativ hoch sind, wie bei den Radio- und Fernsehmechanikern, wird der Fachunterricht aufrechterhalten, wo diese Anforderungen niedriger sind, z.B. bei den Friseusen, wird gestrichen. Aus dem gleichen Grund werden auch nur Lehrer eingestellt, die neben dem Fachunterricht auch noch allgemeinbildende Fächer unterrichten. Der Mangel an Lehrern, der sich regelmäßig, im 2. Halbjahr, wenn das neue Lehrjahr anfängt, die Abschlußklassen aber zum großen Teil noch nicht fertig sind, verschärft, wird dann durch Streichung bei den allgemeinbildenden Fächern halbwegs ausgeglichen. Mehr als für ihre bestimmte Lohnarbeitertätigkeit notwendig müssen die Schüler ja nicht unbedingt wissen, nach der Logik der Kapitalisten.



GEW-Demonstration, November 1979 in Frankfurt. Berufsschüler unterstützen die Forderungen der Lehrer.

Bei der Eröffnung einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte, an der auch Bildungsminister Schmude teilnahm, hatte am Tag vor der Demonstration ein Schülervertreter in seiner Rede eine Resolution mit den Forderungen der Schüler verlesen. Die Vertreterversammlung der IG Metall Bremen hat am 4. Oktober folgende Entschließung einstimmig verabschiedet: „Die IGM Vertreterversammlung begrüßt die Aktivitäten der jungen Kollegen und Kolleginnen an der Berufsschule gegen die Kürzung der Unterrichtsstunden. Es kann nicht sein, daß den Auszubildenden kurz vor der Facharbeiterprüfung bis zu 25% des wichtigen theoretischen Unterrichts gestrichen wird. Wir fordern den Bremer Senat auf, durch sofortige Einstellung zusätzlicher Lehrer und Ausschöpfung aller möglichen finanziellen Mittel die gesetzlich festgelegte Anzahl der Berufsschulstunden von 12 Stunden an zwei arbeitsfreien Wochentagen bzw. 480 Stunden im Block zu gewähren."

In *Frankfurt* hat die DGB-Kreisorganisation eine Untersuchung zur Lage an den Berufsschulen durchgeführt. Im Durchschnitt fallen an den erfaßten Schulen mehr als 30 Prozent des Unterrichts aus. Der DGB-Kreis plant jetzt Aktionen für das Frühjahr 1981. Der Kreisjugendausschuß hat dazu Vorschläge gemacht. In der Vorbereitung der Aktionen soll jetzt die Zeit genutzt werden, die konkreten Schritte zwischen Schülervertretungen und DGB-Gewerkschaften abzustimmen. (Welt der Arbeit, 44/80)

Der November ist Aktionsmonat der DGB-Jugend. An verschiedenen Orten werden Vorbereitungen getroffen, ihn für den Kampf um bessere Lernbedingungen und Rechte zu nutzen. So in Gießen, wo die DGB-Jugendgruppe für den 1.11. Aktionen vorbereitet hat. In einer Einkaufsstraße sollen am Modell einer Berufsschule aus Karton die Mißstände an den Gießener Berufsschulen demonstriert werden. In Wandzeitungen sollen die Forderungen der Schüler, wie „Kantine" und „Fahrtkostenrückerstattung" erläutert werden. Weiter plant die Jugendgruppe ein Wochenendseminar mit den Schülervertretern der Berufsschulen. Die Erfahrungen und Ziele der SVen sollen diskutiert werden.

In *Lübeck* mußte die Stadt auf Grund der katastrophalen Zustände an den Berufsschulen den Bau eines Berufsschulzentrums einleiten. Weil die kommunale Aufsichtsbehörde die Neuverschuldung der Stadt reduziert hat, wurde jetzt eine Kürzung der Bürgschaft für den 1. Bauabschnitt vorgenommen. Schüler der Gewerbeschule haben daraufhin mit einer symbolischen Sargbeerdigung demonstriert, daß die Stadt den Ausbau abschreiben will.

Hier zeigt sich, worauf sich die Bewegung der Schüler, die Gewerkschaften wie die Volksmassen überhaupt im Kampf um Ausbildungsbedingungen gefaßt machen müssen. Ihre Forderungen sollen im Gestrüpp des bürgerlichen Staatsapparates gefangen und abgewürgt werden.

„Wir Kinder vom Bahnhof Zoo"

sih. Das Stern-Buch „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo" ist mit einer Auflage von über 1 Million Exemplaren ein Renner geworden, der dem Verlag mit dem Einzelpreis von 18 DM die Kassen gefüllt hat. In vielen Schulen wird das Buch im Unterricht behandelt. Gegenwärtig wird das Buch verfilmt und soll ab Frühjahr 1981 in den Kinos anlaufen.

Zum Inhalt: Als Christiane F., Erzählerin und Hauptperson des Buches, 6 Jahre alt ist, zieht sie mit ihren Eltern nach Berlin, wo ein besseres Leben anfangen soll. Sie wohnen in der Gropiusstadt – „das sind Hochhäuser für 45000 Menschen" – in der man den Rasen nicht betreten darf, nicht in den Treppenhäusern, Kellern und Fahrstühlen spielen darf und überhaupt alles verboten ist. Die ersten Gegner werden die Hauswarte. In der Familie gibt's auch immer Krach: der Vater will besser leben, hat 'nen 62er Porsche, ist aber arbeitslos, trinkt und rastet ständig aus. Die Eltern lassen sich scheiden. Christianes Schwester zieht zu ihrem Vater.

Als Christiane in die Gesamtschule umgeschult wird, kommt sie in der Schule nicht mehr mit, findet aber bald durch Kessi, eine Freundin, in eine ganz coole Clique, in der Haschisch geraucht wird und wo man von dem Streß zu Hause und in der Schule total abschalten kann. Von den anderen lernt sie, daß es nicht nur blöde Hauswarte gibt, sondern daß die Hauptfeinde die Scheißbullen sind; und die ganze Scheißgesellschaft. Sie schmeißt bald ihren ersten Trip. Die Clique wird ihre richtige Familie, aber auf die Dauer ist es immer dasselbe.

Das nächste Ziel wird das „Sound", eine Discothek, in der die Scene ist und man alles kriegen kann. Sie kommt auch da in eine Clique, in der aber einer nach dem anderen, dann auch Christiane, auf Heroin umsteigt. Ihre Mutter merkt zunächst nichts. Das Heroin kostet Geld und mit dem „Schlauchen" kommt bald nicht mehr genug zusammen. Christiane geht mit ihrem Freund Detlef, der auch auf „H" ist, auf den Kinderstrich am Bahnhof Zoo. In der Schule klappt nichts mehr, zu Hause auch nicht. Auf dem Strich kriegt sie Ärger mit den Bullen. Mit Detlef, Babsi und Stella, zwei 14jährigen Mädchen aus dem „Sound", kommt sie noch gut klar. Aber je mehr alle vier zu echten kaputten Fixern werden, umso mieser wird ihre Freundschaft. Es geht nur noch um das Geld für den nächsten Schuß.

Als die Mutter alles erfährt, ist Christiane schon völlig runtergekommen, will aber zusammen mit Detlef entziehen. Beide landen immer wieder auf der Scene und auf dem Strich. Wieder Krach mit den Bullen, Festnahmen, Vorladungen zur Kripo, wo sie von der Bullen-Braut Frau Schipke auf die mütterliche Tour ausgequetscht wird. Aber ordentliche Therapie-Plätze gibt's nicht. Christiane landet schließlich bei Narkonon, einer miesen Anstalt, die vor allem 'ne Menge Geld kostet, aber ansonsten purer Drill ist und die eigentlichen Probleme nicht löst. Sie haut wieder ab, wieder zum Heroin und auf den Strich. Dann wieder zum Entzug nach Bonnies Ranch, einer Irrenanstalt, die noch schlimmer als Knast ist. Detlef sitzt inzwischen auch im Knast. Christiane packt die Gelegenheit, als sie in ein Krankenhaus muß, um wieder abzuhauen.

Schließlich wird sie von ihrer Mutter nach Norddeutschland zu Verwandten gebracht, wo sie zwar vom H loskommt, aber wegen ihrer Vergangenheit durch den Rektor von der Realschule geschmissen wird. Nach dem Rausschmiß hat sie auch keine Lust mehr zum Lernen. Auch ihre Verwandten, besonders die Oma, nerven, weil jedes zehnte Wort „Anpassen" ist. Aber sie kommt wieder in eine astreine Clique. Sie brauchen keinen Sound und urig laute Musik, sind auf dem Natur-Trip, haschen und schmeißen Trips. Nur einer ist nicht frustriert von seinem Job, und braucht auch keinen Joint. Er ist in der Gewerkschaft und Jugendvertrauensmann, setzt sich für die anderen Jugendlichen ein und will die Gesellschaft verändern.

Realistisch wird aus der subjektiven Sicht von Christiane F. dargestellt, wie sie sich den erdrückenden Verhältnissen zu Hause, in der Schule und später in Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat – Bullen, Knast und Irrenanstalt – durch Drogen zu entziehen versucht. Die spontane Ablehnung der Verhältnisse ist auch ein Grund dafür, warum so viele Jugendliche dieses Buch lesen. Deutlich wird auch die Ausweglosigkeit so einer Flucht mit Drogen. Eine Schwäche ist, daß am Schluß eine richtige Alternative fehlt. Einmal wird angedeutet, daß statt Flucht Auseinandersetzung mit den Verhältnissen besser ist. Nahegelegt wird aber auch, daß Flucht mit leichten Drogen und viel Natur ganz gut ist.

Kampf gegen Einführung von Studiengebühren

Landesweite Demonstration am 4.12. in München

anh. In diesem Semester haben sich die Fachschaftsinitiativen und unabhängigen Fachschaften an den bayerischen Hochschulen den Kampf gegen die Verordnung zur Einführung von Studiengebühren zu einem Schwerpunkt gemacht. Die Verordnung, auf Grundlage einer Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes vom 14. April im Juni vom Kultusministerium durchgepeitscht, sieht vor, daß derjenige pro Semester 600 Mark an Studiengebühren bezahlen soll, der

- die Regelstudienzeit um mehr als zwei Semester überschreitet;
- das Studienfach nach dem 5. Semester wechselt;
- den Studiengang mehrmals ohne Abschluß wechselt oder
- ein Zweitstudium, welches kein Aufbaustudium ist, aufnimmt.

Eingezogen werden die Gebühren jeweils bei Rückmeldung.

Die Verordnung konnte durchgesetzt werden, obwohl in ganz Bayern Aktionen der Studenten, geführt von den Fachschaftsinitiativen und unabhängigen Fachschaften, stattgefunden haben. Am 25. Juni haben in ganz Bayern fast 10000 Studenten demonstriert, davon über 2000 in Würzburg. In Erlangen/Nürnberg ist eine Woche voll gestreikt worden. Landauf, landab wurden CSU-Politiker von Studenten wegen der Verordnung zur Rede gestellt.

Die Aktionen haben Wirkung gezeigt. Zunächst konnte die Verordnung nicht wie geplant am 1. Juni in Kraft treten, da sich die Uni-Leitungen nicht zur Höhe der Gebühren zu äußern getrauten. Im Landtag stellte sich die SPD quer. Mit CSU-Mehrheit hat der Landtag die Verordnung am 15. Juli bestätigt, allerdings die Übergangsvorschriften dahingehend ändern müssen, daß Studenten, die bereits das Fach gewechselt haben oder ein Zweitstudium aufgenommen haben, nicht rückwirkend unter die Verordnung fallen. Das ist ein gewisser Erfolg, bedeutet aber auch, daß der Beginn der Zahlungspflicht weiter aufgesplittert wird.

Der RCDS hat eine Klage gegen die Verordnung zu den Semstergeldern eingereicht. Er behauptet, dies sei erfolgreicher als alle selbständigen Kampfmaßnahmen der Studenten und ihrer Vertretungsorgane. Bei der Debatte des Gesetzes über die Studiengebühren führte ein CSU-Abgeordneter des Landtages aus: „Nun, ich kenne nicht nur die Kläger, ich kenne sogar die Klage. Ich kann ihnen sagen: Die Klage ist jetzt natürlich Makulatur; die geschätzten Damen und Herren, die das gemacht haben, können es wieder wegstecken." Die Klage richtete sich nur gegen die Höhe der Semestergebühren. Seither ist der RCDS auch ruhig.

Die Verordnung bedeutet Zwangsexmatrikulationen auf der Grundlage unzureichender Studienbedingungen. Wird die genehmigte Studienzeit überschritten, ist es eine Frage des Geldes, ob ein Abschluß erreicht werden kann. Die Regelung trifft vor allem die Studenten aus den bezitzlosen Klassen und wirkt zusammen mit der Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen. Die Fachschaftsinitiativen und unabhängigen Fachschaften bereiten in ganz Bayern für Ende November/Anfang Dezember Aktionswochen vor, einige Fachschaftsinitiativen in Würzburg bereiten Alternativ-Veranstaltungen zum Lehrbetrieb vor. An einigen Universitäten wird Streik erwogen.

Die Landesastenkonferenz hat jetzt eine landesweite Demonstration am 4. 12. in München beschlossen.



bag. Aarhus. In Dänemark ist heute jeder Zehnte im erwerbsfähigen Alter arbeitslos; unter den Jugendlichen ist es jeder Siebente. Mit einer Kürzung des Arbeitslosengeldes soll jetzt der Staatsapparat seine Finanzen sanieren und die Arbeitslosen schärfer gängeln: Recht auf Arbeitslosengeld soll man erst nach 52 (bisher 26) Wochen Arbeit haben und die Zumutbarkeit einer angewiesenen Arbeit soll erweitert werden. Am 9.10. demonstrierten jugendliche Arbeitslose dagegen, am 23.10. streikten 800 Jugendliche in Arbeitsbeschaffungsprojekten.

Wem nützt der Kassensturz?

Possers Ankündigungen zum NRW-Haushaltsplan 1981

erk. Am 24. Oktober tagte der nordrhein-westfälische Kapitalistenverband in Düsseldorf. Verbandschef Esser forderte die Sanierung der Staatsfinanzen. Sein verbundener A. Neumann erläuterte die Vorstellung der Kapitalisten landesspezifisch. Die Ausgaben für die Einführung eines gesetzlichen Bildungsurlaubs in NRW würden 1,77 Mrd. DM ausmachen, für die Ruhrgebietsförderung würden ,,nur 1,4 Mrd. unter größten Anstrengungen aufgebracht''. Kürzung aller Ausgaben, die in irgendeiner Weise in die Reproduktion der Arbeiterklasse eingehen, zugunsten der Reproduktionsbedingungen des Kapitals: diese Marschrichtung den Weg gegeben. Bereits zwei Wochen vorher hatte Finanzminister Posser sich zum Landeshaushalt für 1981 geäußert: keine Stellenvermehrung, scharfe Restriktion bei den gesetzlich nicht festgelegten Ausgaben und Einbeziehung der Gemeinden in die Politik der knappen Ausgaben.

53,9 Milliarden beträgt das Ausgabevolumen im Entwurf des Finanzministers. Dies ist eine Steigerung um 4,6%. Die Nettoneuverschuldung beträgt 7,69 Milliarden; einschließlich der zu erwartenden Ausgaben für die Schuldentilgung an die Banken von weit über 2 Milliarden DM sind das fast 20% des Haushaltsvolumens. Insgesamt beträgt die Verschuldung der Landesregierung gegenüber den Banken 38 Milliarden DM. Soweit bis jetzt bekannt, sind Kürzungen – jedenfalls keine Steigerungen, was bei Inflation real auch Kürzungen bedeutet – für den Krankenhausbau, Schulbau und den Bau von Landstraßen vorgesehen. Weiter soll gekürzt werden bei den zweckgebundenen Zuweisungen an die Gemeinden. Was die Investitionsförderung betrifft, so bedarf es für die Finanzbourgeosie gar keines ausdrücklichen Hinweises auf ihre Gläubigerposition. Posser: ,,Wir müssen den Strukturwandel im Ruhrgebiet weiter mit staatlichen Förderungsmaßnahmen unterstützen.'' Im Nachtragshaushält für 1980 geht der größte Betrag auf das Konto der Investitionsförderung.

Neben dem Ruhrgebietsförderungsprogramm werden ,, der Bergbau und die Energiewirtschaft'' sowie ,,die Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand'', die ,,Luftfahrt'' und die Schifffahrt gefördert. Nach dem vehementen Einsatz der Regierung und Opposition in der letzten Woche für die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Stahlkonzerne im Landtag, steht einer speziellen Förderung der Stahlindustrie eigentlich auch nichts mehr im Weg.

Der bürgerliche Staat ist eine Maschinerie der herrschenden Klasse zum Schutze ihres Privateigentums und zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und des Volkes. In dem Maß, wie sich die Klassenwidersprüche verschärfen, wächst der Teil des Staates, der der gewaltsamen Niederhaltung des Volkes dient. Bisher sind noch keine Zahlen für die Ausgaben, die der Polizei- und Justizapparat im nächsten Jahr verschlingen wird, heraus. Auf jeden Fall sollen 70 Mill. DM für den Erweiterungsbau des Bielefelder Landgerichts locker gemacht werden. Inge Donnepp, Justizministerin, begründete den Neubau pädagogisch: ,,Auch im Gerichtsgebäude soll der Bürger das Gefühl haben, daß Menschen um ihn sind und nicht irgend welche dunklen Mächte mit ihm ein böses Spiel treiben.'' Vielleicht fällt der Ministerin auch noch was zur Anschaffung von über 20 neuen Wachtürmen für die Gefängnisse ein. Die Bielefelder Polizei bekommt ihr neues Hochhaus. Dafür werden die Kinder in Schulkellern unterrichtet.

Die Deckung der Defizite in den Gemeindehaushalten soll durch Gebührenerhöhungen durchgesetzt werden. Kostendeckend – wie der Stadtkämmerer von Bielefeld meint. Bürgermeister Schwikert erklärte letzte Woche gegenüber seinem Amtskollegen aus Osnabrück: ,,Wenn wir Glück haben und unsere Planungen sich realisieren lassen, werden wir durch den Bau der neuen Müllverbrennungsanlage nicht um 150 – sondern nur um 70 Prozent anheben müssen.''



Eltern einer Bielefelder Hauptschule protestieren beim Schuldezernenten dagegen, daß ihre Kinder in Kellerräumen unterrichtet werden.

gen, daß ihre Kinder in Kellerräumen unterrichtet werden.

Aufruf zur Demonstration gegen das Rekrutengelöbnis am 11.11.

Folgende Organisationen rufen zur Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis in Hannover im Niedersachsenstadion um 16.30 ab Kröpcke auf: Bürgerinitiative Oststadt/List gegen Atomanlagen, Lindener Unabhängige Initiative, Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Unabhängige Schülergruppe Georg-Büchner-Gymnasium Letter, Schülerzeitung ,,Kritisch'', Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD), Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Internationalismus-Buchladen, Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden, die Mitarbeiter vom Pavillon, Club Voltaire, SJD-die Falken, Mitarbeiter des UJZ Glocksee, 55. studentische Kammer und der illegale aber legitime ASTA der Uni Hannover, TAZ Hannover, Fachschaftsräte Soziologie, Erziehungswissenschaften, Germanistik (PH), Friedensgruppe Lutherschule

Der gemeinsame Aufruf lautet: ,,Am 11.11. soll in Hannover im Niedersachsenstadion ein öffentliches Gelöbnis von 1200 Rekruten aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr stattfinden. Solche öffentlichen Gelöbnisse sollen in diesen Tagen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik veranstaltet werden. In Hannover unterstützen in trauter Eintracht Albrecht (CDU) und Schmalstieg (SPD) durch ihr Auftreten die Militärpropaganda.

Kaum zehn Jahre nach dem millionenfachen Mord des 2. Weltkrieges begann die BRD mit der Wiederbewaffnung und wurde Mitglied in der NATO. Damals traf diese Politik auf den Widerstand einer breiten Friedensbewegung. So demonstrierten im Februar 1955 in Hannover mehrere Tausend Menschen bei einer Kundgebung des DGB auf dem Klagesmarkt gegen die Remilitarisierung. Verhindert werden konnte die permanente Aufrüstung nicht.

Heute nach 25 Jahren ständiger Aufrüstung ist die BRD wieder die dominierende Militärmacht in Westeuropa und die wichtigste Stütze der US-amerikanischen Außenpolitik. In den letzten 30 ,,Friedensjahren'' beteiligten sich die USA ständig direkt oder indirekt an Kriegen, nicht etwa, weil sie angegriffen wurden, sondern aus ökonomischen Gründen (Rohstoffsicherung, Wachstumskrisen) oder zur Sicherung strategisch wichtiger Punkte. Inzwischen führt auch die Sowjetunion in Afghanistan Krieg gegen ein Land der Dritten Welt. Durch den berechtigten Kampf von Völkern der Dritten Welt um Unabhängigkeit ist die Herrschaft der USA über die Rohstoffquellen und Absatzmärkte in diesen Ländern zunehmend gefährdet. Gleichzeitig ist durch die Weiterentwicklung der Waffentechnik, besonders die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Westeuropa, auch ein atomarer Krieg wieder wahrscheinlicher geworden. Ein solcher Krieg bedeutet in Mitteleuropa Massenvernichtung.

In dieser Situation betreibt die Bundesregierung eine Politik, die entgegen ihrem Gerede von Frieden und Entspannung die Militarisierung auf allen Ebenen vorantreibt.

– Mit der Einrichtung und ständigen Verstärkung des Territorialheeres (der Einheiten, die im Kriegsfall hinter der Front Aufstandsbekämpfung betreiben) wurde ein Apparat geschaffen, der jeglichen antimilitaristischen Widerstand, mit dem Polizei und Bundesgrenzschutz nicht mehr fertig werden, unterdrücken soll.
– Bundeswehreinheiten üben den Einsatz gegen streikende Arbeiter
– Mit dem Nachrüstungsbeschluß werden der Bundeswehr weitere Mittel (ca. 50 Mrd. DM) aus Steuergeldern zur Verfügung gestellt.
– Nukleare Mittelstreckenraketen werden auf dem Gebiet der BRD stationiert
– Deutsche Werften dürfen wieder Kriegsschiffe in jeder Größe bauen, die Beschränkungen werden aufgehoben
– Das letzte Nato-Herbstmanöver war die größte Truppenbewegung seit Ende des 2.Weltkrieges in Europa.
– Der Wehrdienst soll von 15 auf 18, vielleicht sogar noch mehr Monate verlängert werden

Zur reibungslosen Durchsetzung dieser und vieler anderen Maßnahmen ist es notwendig, die Bevölkerung auf die Bundeswehr einzuschwören. Genau deshalb hört man in letzter Zeit wieder verstärkt Bekenntnisse aller bürgerlichen Parteien zur Bundeswehr. Deshalb braucht die Bundeswehr wieder Orden, Truppenparaden und öffentliche Vereidigungen.

Gegen diese Politik wehren wir uns, wenn wir am 11.11. gegen das öffentliche Gelöbnis demonstrieren.

Gegen die Militarisierung der Gesellschaft – gegen Kriegsvorbereitungen – Weg mit dem ,,Nach''rüstungsbeschluß der NATO – keine Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland! – Keine Wehrdienstverlängerung – keine Frauen zum Bund – uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung! – Keine Übung von Bundeswehreinsätzen gegen streikende Arbeiter! – Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen!

Die Grünen und der Arbeitskreis Rüstung und Umweltschutz (BIU) unterstützen die Demonstration.

die Demonstration.

Strompreiserhöhungen bis zu 12,5%

sbe. Die zum Veba-Konzern gehörende Preußische Elektrizitäts AG (Preußenelektra) hat für Anfang 1981 Strompreiserhöhungen um die 12,5% angekündigt. Begründet wird dies mit ,,rasant gestiegenen Preisen vor allem für Erdgas und Kohle'' (Braunschweiger Zeitung, 22.10.) Die Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs AG (Hastra) will nachziehen mit Erhöhungen um die 9,5%. Die Hastra ist der größte Stromverteiler Niedersachsens. In der Braunschweiger Zeitung vom 22.10.80 heißt es hierzu: ,,Von den Sondervertragskunden aus der Industrie und den weiterverteilenden Vertragskunden will die Hastra 12,5% mehr. ... Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Hastra die Preise für die Sondervertragskunden in den letzten Jahren ,,nur'' um 4,5 bis 5,5 Prozent angehoben hat.'' Hier werden gleich Bedenken gezeigt: ,,Schließlich sind die Strompreise ein wesentlicher Faktor bei der Industrieansiedlung.'' Die Strompreise der Tarifabnehmer sind für Niedersachsen genehmigungspflichtig vom Wirtschaftsministerium. Birgit Breul will sie in Kürze im Rahmen ihres Energieprogramms verhandeln.

Maulkorb für Lehrer-Kollegien

anm. Ab sofort will die Bezirksregierung Braunschweig den Lehrern verbieten, auf Konferenzen eine gemeinsame Haltung gegen Maßnahmen des Dienstherrn einzunehmen. Im Wortlaut:''...weise ich darauf hin, daß Beschlußfassungen von Konferenzen bzw. sogenannte Resolutionen gegen dienstliche Weisungen der Schulbehörden unzulässig sind.'' Bisher haben sich zahlreiche Kollegien auf diesem Wege z.B. gegen das neue Schulgesetz zusammengeschlossen, was auch günstige Wirkung für den Kampf der Schüler entwickeln konnte. Mittels Beamtenrecht soll nun diese Möglichkeit des Zusammenschlusses zertrümmert werden: der Beamte stehe nämlich in einem *individuellen* Treueverhältnis zu seinem Dienstherrn, deshalb habe er das Recht und die Pflicht, sich *individuell* an den Dienstherrn zu wenden, falls Zweifel beständen an der Rechtmäßigkeit oder der Zweckmäßigkeit einer Weisung. Eine ,,mehrheitliche Beschlussfassung durch das Kollektiv'' würde sich verbieten, ,,weil hierbei der einzelne Beamte zurücktritt'' – also z.B. nicht individuell dafür von der Bezirksregierung gemaßregelt werden kann.

Referendare wählen Sprecherrat

hac. Die am 1.9.80 neu eingestellten

hac. Die am 1.9.80 neu eingestellten 116 Studienreferendare für das Lehramt an Gymnasien wählten am 6.10. ihre Interessenvertretung, den Sprecherrat. Es kandidierten 26 Kollegen als ,,Liste GEW-orientierter Studienreferendare''. Sie kandidierten auf einem Programm, das – grundsätzlich die Neue Ausbildungsordnung (OVP) ablehnt, – fordert die Abschaffung der Examenszensuren, zugunsten der Regelung: ,,bestanden – nicht bestanden'', – fordert die Öffentlichkeit der Prüfungen, – fordert die Beendigung aller laufenden Anhörungsverfahren und die Vernichtung der Akten, sowie – die Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses von 1972 und aller Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, schließlich – die Einstellung aller vom Radikalenerlaß betroffenen und bedrohten Kollegen, – lehnt Teilzeitverträge (soweit nicht vom Lehrer gewünscht) ab und fordert Arbeitszeitverkürzung, kleinere Klassen und die nahtlose Übernahme aller Lehramtsanwärter in den Schuldienst nach dem 2. Examen. Die Liste wurde ohne Gegenstimmen bei 6 Enthaltungen gewählt, sie arbeitet eng mit dem "alten" Sprecherrat zusammen.

Neue Prüfungsordnung für Lehrerstudenten – ein Instrument zur Durchsetzung reaktionärer Bildungspolitik

juh. Seit Beginn des Wintersemesters sind die neuen Prüfungsordnungen für das Lehramt an Grund-und Hauptschulen (LPO) und für das Lehramt an Realschulen (RLPO) offiziell in Kraft. Die für das Lehramt an Gymnasien wird in Kürze folgen. Damit ist die langjährige Forderung der Gewerkschaft nach einheitlicher Ausbildung für Lehrer aller Schularten, die eine wichtige Voraussetzung in Richtung Einheitsschule darstellt und die auch auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag wieder von der GEW erhoben wird, erstmal vom Tisch. Nach Durchsetzung der Niedersächsischen Schulgesetznovelle versucht Remmers nun auch über die Prüfungsordnungen, das dreigliedrige Schulsystem zu zementieren und zugleich den staatlichen Zugriff auf die Inhalte zu festigen. Mit der ihm eigenen schlichten Unverfrorenheit hat der Kultusminister sich auch diesmal sowohl über den eher zaghaften Einspruch der Hochschullehrer wie über die entschiedene Ablehnung von Studenten und GEW hinweggesetzt. Brüskiert sind durch diese Prüfungsordnungen auch die vom Wissenschaftsministerium eingesetzten zahllosen Studienreformkommissionen, deren noch nicht fertiggestellte Studienordnungen damit praktisch hinfällig, zumindest aber entscheidend vorprogrammiert sind.

Remmers will mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Studenten für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, die schon bisher durch die Fächerhäufung (Pädagogik, Psychologie, ein sogenanntes C-Fach neben den zwei Unterrichtsfächern) in dem nur 6-semestrigen Studium überlastet waren, setzt er unter unerhört verschärften Leistungsdruck durch – die Einführung eines 3. Unterrichtsfaches, – die Einführung von weiteren Klausuren, von ,,praktisch-methodischen'' Zusatzprüfungen, – von Leistungsnachweisen ,,unter prüfungsähnlichen Bedingungen'' im sogenannten Erstunterricht, Pflicht auch für Studenten, die den Schwerpunkt Hauptschule wählen.

Zukünftige Realschullehrer müssen ab sofort ebenfalls ein 3. Unterrichtsfach studieren. Gleichzeitig wird die Regelstudienszeit (also auch die Zeit, in der BAFöG gezahlt wird) um ein Semester (Fachdidaktik und Erziehungswissenschaften) von 9 auf 8 gekürzt. Remmers schafft mit diesem Viel-Fächer-Ausgebildeten eine mobile Einsatzmannschaft, mit der sich die geplanten massiven Stellenstreichungen an den Schulen besser verschleiern lassen. Die Fülle der Vorschriften (die fächerspezifischen inhaltlichen Ausführungen werden als Teil B der PO nachgereicht) hat nicht nur ein vollkommen verschultes Studium zur Folge, sondern verkehrt auch den Grundsatz ,,es muß geprüft werden, was gelehrt worden ist und was gelehrt wird, liegt in der Verantwortung freier Hochschulen'' in sein Gegenteil: ,,Es muß gelehrt werden, was geprüft werden soll – und was geprüft wird, bestimmen Minister und Schulaufsicht'' (aus Entschlußantrag für den Gewerkschaftstag der GEW 1980).

Die Gängelung wird noch verschärft durch den neuverordneten Zwang zur Wahl bestimmter Fächerkombinationen, die jedoch nicht an allen Hochschulen studiert werden können und denen sich jetzt schon die Tendenz ablesen läßt: mehr Religion, mehr ,,musischer'' Unterricht und weniger Naturwissenschaften für die Grund- und Hauptschüler.

Der staatliche Zugriff auf die Inhalte und die, die sie lehren und lernen sollen, wird abgesichert durch die Einrichtung des zentralen Prüfungsamtes mit hauptamtlichen Leitern außerhalb der Hochschulen. Das Mißtrauen gegenüber zu studentenfreundlichen Lehrenden wird beruhigt durch weitgehende Ersetzung der Assistenten durch externe Prüfer und durch ein gegenseitiges Kontrollsystem beim Beurteilen von Klausuren und Hausarbeiten. Die Wahl der Prüfer ist eingeschränkt, und der Prüfungsvorsitzende kann jederzeit die Öffentlichkeit ausschließen.

Ein Rundum-Erfolg für die Reaktion? Ganz so glatt, wie Remmers sich das gedacht hat, wird es wohl doch nicht ablaufen. An den Fachbereichen für Lehrerausbildung in den verschiedenen Hochschulen des Landes sammelt sich der Widerstand. Zwar bemüht sich ein Teil der Professoren eifrig darum, die erforderlichen Studienbedingungen zur Umsetzung der PO zu schaffen und die Mißstände vor den Erstsemestern zu verbergen, aber die Tatsachen sprechen allzu laut für sich: durch das Zusatzfach übervolle (z.T. über 100) Einführungsseminare, keine Angebote für das 3. Fach und für den Erstunterricht, das Nichtvorhandensein von in der PO vorgesehenen Fächern wie Arbeit/Wirtschaft, Sachkunde, Sozialkunde, Gestaltendes Werken; Mehrarbeit auch für die Lehrenden – gegen so sichtbare Mißstände kommt es überall zu spontanen Protestaktionen. Wichtig ist jetzt die Vereinheitlichung unter richtigen Forderungen auf Landesebene. Am 24.10. hat die Braunschweiger GKL (Gemeinsame Kommission für Lehramtsstudiengänge) die Aussetzung der LPO für eine Übergangszeit von 2 Semestern, bessere personelle Ausstattung für die jetzt mehr belasteten Fächer und die freie Wahl des 3. Faches bei bestimmten Kombinationen gefordert. Die am 4.11. in Hannover tagende KNS (Konferenz Niedersächsischer Studenten) wird unter anderem über folgende Forderungen beraten: Aussetzung der LPO für mindestens 2 Semester, 40-Stunden-Woche auch für Stundenten, keine Erhöhung der Fächerzahl, keine vorgeschriebene Fächerkombination, keine Fächerkonzentration, keine Schließung der PH Göttingen, Garantie eines ausreichenden Lehrangebots, keine zusätzlichen Klausuren und Leistungsnachweise, freie Wahl der Prüfer, Prüfungsrecht für alle Lehrenden. In Hildesheim wurde dem Leiter des Prüfungsamtes schon die Aussage abgezwungen, daß das 3. Fach möglicherweise vorerst weggelassen werden könne. Dort werden zur Durchsetzung der Forderungen Boykottveranstaltungen und Aktionstage durchgeführt, die bei gutem Zusammenschluß zu landesweiten Streiks und Demonstrationen ausgeweitet werden können.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 130 80 kuell d, Telefon 0611/730231, Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer, Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt am Main 2, Tel.0611/730231; Regionalredaktion: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1–10, 14–16: Bernhard Peters, für die Seiten 11-13: Johannes Keizer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH&Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt am Main 2

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11.- DM pro Vierteljahr oder 44.-DM pro Jahr.





Über 100 Einwohner Brakels (Kreis Höxter) waren bei der Ratssitzung am 30.10. soviel wie seit 10 Jahren nicht mehr. Gekommen waren sie, weil sie gegen die Einführung von neuen Müllkontainern sind. Sie wollen nicht für Leerraum bezahlen, der in den für die meisten Haushalte zu großen Müllbehälter entsteht. Sie haben ihre alten Müllbehälter selbst bezahlt und wollen dieses Geld nicht zum Fenster rausschmeißen. 2 Stadträte der CDU-Mehrheitsfraktion konnten gegen den Beschluß gewonnen werden, 3 enthielten sich, mit 20 ja, 15 nein, 3 Enthaltungen wurden die neuen Mülltonnen durch den Rat angenommen.

Straffe Zentralisierung des Busse-Kapitals

Betriebsversammlungen gegen Rationalisierungen

thf. Drei Wochen nach der Betriebsversammlung im Verlag „Herforder Kreisblatt" fand nun auch eine in der Druckerei Busse statt. Damit sind in den beiden größten Herforder Betrieben die geplanten umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen in den Busseschen Betrieben auf Belegschaftsversammlungen bekanntgegeben worden. Während auf der Verlagsversammlung der Vertreter der C.W. Busse-Verwaltungsgesellschaft unverfroren als General auftrat und die Entscheidungen als Kommandos bekanntgab, operierte der Vertreter auf der Druckerei-Versammlung vorsichtig.

Selten war eine Betriebsversammlung so gut besucht. Daß die Schaffung der Verwaltungsgesellschaft eine Zentralisierung des Kommandos zwecks Durchrationalisierung aller Betriebe auf das gleiche Niveau bedeutet, wurde von dem Kapitalistenvertreter abgestritten. Die Verwaltungsgesellschaft solle den verschiedenen Busseschen Betrieben nur Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung, der Finanzverwaltung (weshalb sie bei größeren Investitionen mitentscheiden müsse) und der Abrechnung/EDV zur Verfügung stellen. Wobei er noch verschwieg, daß er ab Anfang nächsten Jahres nicht mehr nur Gesamtprokurist der Verwaltungsgesellschaft ist, sondern auch noch oberster Prokurist der Druckerei in Herford. Außerdem solle die Verwaltungsgesellschaft als Ausgleichsinstrument zwischen den Betrieben genutzt werden, bei ungleichem Auftragsbestand etwa. Wie sich dieses Dementi als glasklare Bestätigung der Enthüllung entpuppt, so kann der vereinbarte Sozialplan sich noch leicht als vorläufige Spitze eines Eisberges entpuppen.

In der Druckerei sollen sieben Arbeiter über einen Sozialplan entlassen werden, einer wird entlassen bei Angebot einer Stelle in einem anderen Betrieb von Busse. Auf Fragen von Arbeitern, wer für die Pläne verantwortlich sei, die ursprünglich ausgeheckt waren, und wer die Liste der zu Entlassenden zusammengestellt hatte, antwortete der Kapitalistenvertreter nicht konkret. Scharf angegriffen wurde er für diese ursprünglichen Pläne auch von dem Betriebsratsvorsitzenden, wobei dieser allerdings den Inhalt am Anspruch der Sozialpartnerschaft maß.

In der Verlagsversammlung war die Auflösung ganzer Abteilungen und ihre Übernahme durch das Westfalenblatt in Bielefeld bekanntgegeben worden. In Herford werden neue Leiter eingesetzt. Mit dieser Zentralisierung sind auf jeden Fall mögliche Entlassungen erleichtert. Außerdem sind Löhne und Arbeitsbedingungen in Bielefeld bedeutend schlechter. Daß ein Angriff auf die übertariflichen Zulagen zu erwarten ist, kann man leicht aus der Stimmungsmache gegen den kommenden Lohnkampf entnehmen, wie sie eifrig von den Kapitalistenvertretern betrieben worden ist. Hier sind ihnen aber vom Betriebsrat der Druckerei bezüglich außertariflicher Gelder zu verschiedenen Anlässen gegenteilige Forderungen präsentiert worden.

Kampf gegen Rationalisierungen bei Oltmanns

olh. Seit Freitag, mit Beginn der Nachtschicht, ist im Werk Neustadt des Ziegeleikapitalisten Heinrich Oltmanns eine Unterschriftensammlung eingeleitet worden. Nichtversetzung von Schlossern und Elektrikern zur Bedienung von Maschinenanlagen, keine Entlassungen! wird gefordert. 14 Tage schon versucht die Werksleitung, mit Entlassungsdrohungen, Versprechung auf eine Anhebung der Prämiensätze von 75 auf 120 Prozentpunkte sowie Erpressung („wenn sie das nicht machen, läuft ihr Zeitvertrag eben ab".) die Reparaturhandwerker als Maschinenführer einzusetzen. Ganze zwei Handwerker fahren zur Zeit die Setzmaschine bzw. die Presse, in einer Schicht; unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ihre Arbeitsverträge als Facharbeiter nicht aufgekündigt werden und sie jederzeit als Reparaturhandwerker wieder arbeiten können. Die anderen 7 vorgesehenen Handwerker weigern sich strikt, als Maschinenpersonal zu arbeiten. Praktisch alle Anlagen (95) werden von dafür angelernten Produktionsarbeitern gefahren.

Am 23.10., zwei Tage nach Ankündigung des Vorhabens der Werksleitung, hat der Betriebsrat gegen das Vorhaben der Rationalisierung Beschluß gefaßt und am schwarzen Brett ausgehängt: „1. Der Betriebsrat lehnt den Plan, Handwerker als Maschinenführer einzusetzen, ab. 2. Eventuelle Rationalisierungsentlassungen lehnt der Betriebsrat ebenfalls ab 3. Der BR fordert die Werksleitung auf, die, zuletzt auf der Betriebsversammlung zugesagte, Umwandlung von Zeitarbeitsverträgen in Dauerarbeitsverträge umgehend vorzunehmen". In der Begründung heißt es unter anderem: „Weiter ist zu befürchten, daß durch Besetzung der Maschinenführerfunktion nicht nur der bisherige Maschinenführer seine Position verliert, sondern pro ersetztem Maschinenführer durch einen Handwerker jeweils ein Arbeiter entlassen wird. Ein dem BR vorgelegter Stellenbesetzungsplan...liefe in diesem Zusammenhang auf Kündigungen hinaus." Der eigens mit dem Auftrag der radikalen Belegschaftsreduzierung in das Neustädter Werk beorderte Manager zeterte daraufhin, es hätten sich jetzt alle Handwerker zu einem Block zusammengeschlossen. Auf einer, am Mittwoch dem 29.10. von der IG-Chemie durchgeführten Versammlung wurde die Festigung des Blocks beraten und beschlossen.

Die vor gut einem Jahr in Betrieb genommene „größte und modernste Ziegelei Europas", 60 Mio. DM Investitionskosten, wirft bereits jetzt lohnende Geschäfte ab." So hat denn auch Oltmanns seinen Umsatz bei Verblendziegeln im 1. Halbjahr um sage und schreibe 55,7% am deutlichsten steigern können.....die Unternehmensleitung sieht hierin auch eine Bestätigung für den Bau des vor einem Jahr in Betrieb genommenen zusätzlichen Ziegelwerks..."(FAZ, 23.10.) Zustande kommt diese enorme Umsatzsteigerung für Oltmanns durch schärfste Auspressung seiner Arbeiter; 50, 60, ja 70 Stunden Arbeitszeit in der Woche, Samstags- und Sonntagsarbeit sind bis vor kurzem vor allem den Handwerkern abverlangt worden, die etliche technische Verbesserungen (u.a. Greifer Setzmaschine) in Überstunden vollbrachten. Oltmanns belohnte diese Leistung, indem er 13 Arbeitern mit Begründung der technischen Verbesserungen zum 1.10. kündigte. Die Produktion liegt trotz reduzierter Belegschaft bei täglich 170000 Verblendziegeln. Erklärtes Ziel um „die Holländer und Süddeutschen als Konkurrenten zu schlagen" sind aber 200000.

Handwerker und Maschinenführer in einer Person, statt wie bisher in zweien ist die Voraussetzung, um Entlassungen bei den Produktionsarbeitern einzuleiten, und mit fachlich qualifizierten Maschinenführern die Ausbeutung bei erneuter Verringerung der Arbeitskräfte zu steigern. Diese Voraussetzungen zu schaffen, stehen die Aussichten des Rationalisierungsmanagers Flucke äußerst schlecht da.

Denn: Kein Elektriker und kein Schlosser ist bereit seine Arbeitskraft auf Dauer zu dequalifizieren; zudem die versprochene Prämienanhebung (ca. 100 DM brutto mehr) nirgends abgesichert ist und der Effektivlohn gleichfalls nicht. Kein derzeitiger Maschinenführer will seine angelernte Funktion aufgeben, kein Maschinenarbeiter ist für seine eigene Entlassung. Entlassungsdrohungen gegen einzelne Handwerker hat man den Boden entzogen, indem diese sich als Kandidaten für den, am 24.11. in vorgezogenen Neuwahlen, zu wählenden Betriebsrat aufstellen lassen haben und daher 6 Monate besonderen Kündigungsschutz genießen. Solange die Arbeitsverträge auf Facharbeiter lauten, hat der Betriebsrat das Recht und mit Sicherheit die Pflicht, gegen die Verletzung des Mitbestimmungsrechts bei Versetzungen vorzugehen, ebenso gegen Tarifvertragsverletzungen (Beschäftigung nach LG III, statt V). Heute, am Montag kommen Werksleiter Dethlefs und Manager Flucke aus einem einwöchigen Urlaub zurück. Am schwarzen Brett wird sie ein Wahlprogramm, bisher von 6 Kandidaten unterzeichnet, empfangen. Der 1. Punkt dort: „Keine Handwerker als Maschinenführer, keine Entlassungen!" Die Unterschriftensammlung zu diesen Forderungen wird bis Mittwoch wohl abgeschlossen sein.



Conti verschärft die Meldepflicht bei Krankheit

mah. Der Conti-Vorstand nutzt die gegenwärtige Kurzarbeit und den Auftragsmangel, um den Druck auf die Belegschaft zu verstärken. Auf Grund der hohen Arbeitsintensität und der schlechten Arbeitsbedingungen ist der Krankenstand ziemlich hoch (im 2. Vierteljahr 1980 11,9%). Laut Conti-Arbeitsordnung muß „am ersten Tag der Abwesenheit, in Ausnahmefällen spätestens innerhalb von 3 Tagen" die Krankheit dem Vorgesetzten mitgeteilt werden. Vor ein paar Wochen hat der Vorstand per Aushang mitgeteilt, daß nun möglichst bereits am ersten Tag *vor Arbeitsbeginn* die Krankheit gemeldet werden muß, und zwar dem unmittelbaren Vorgesetzten, also dem Meister. Dank der neuen Regelung ist schon vorgefallen, daß Arbeiter, die sich mittags krank gemeldet hatten, aber erst am Tag danach zum Arzt konnten und dafür den Attest bekamen, für den ersten Tag kein Geld bekommen haben. Sowieso hatte der Vorstand per längerer Zeit wissen lassen, bei leichter Erkrankung bräuchte man nicht zu Hause zu bleiben, es stünden „Schonarbeitsplätze" zur Verfügung.

Protest gegen Badehausschließung

gah. Der Bäder-und Sportausschuß der Stadt Hannover hat beschlossen, zum 1. Januar 1981 das Badehaus am Küchengarten zu schließen. Dieses Badehaus ist für viele Bewohner Lindens die einzige Möglichkeit zu duschen oder zu baden, denn in diesem Stadtteil sind immer noch ca. 50% der Wohnungen ohne Bad. Begründung der Stadt für die Einsparungsmaßnahme: die Benutzung sei von 1967 bis 1979 von 70000 auf 30000 pro Jahr zurückgegangen, den Betriebskosten von 290000 DM ständen nur Einnahmen von 50000 DM gegenüber und eine Sanierung sei zu teuer. Die Betroffenen haben eine Unterschriftensammlung gegen die Schließung gemacht; sie weisen auch darauf hin, daß eine Sanierung gar nicht unmittelbar notwendig ist, da das Badehaus 1966 an die Fernheizung angeschlossen wurde und 1974 die Gasheizungsanlage erneuert wurde. Außerdem sei der festgelegte Subventionsbetrag nicht einmal voll in Anspruch genommen worden. Die Bürgerinitiativen Linden Nord und Linden Süd unterstützen die Forderung der Betroffenen nach Rücknahme des Schließungsbeschlusses.

Fernsprechauskunft Bielefeld: Warnstreik

mal. Rund 70 Angestellte der Fernsprechauskunft im Bielefelder Fernemeldeamt 1 bekräftigten mit einem dreistündigen Warnstreik die Forderung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) nach einer neuen Regelung des Schichtdienstes. Die DPG fordert die eineinhalbfache Abgeltung in Freizeit für den Dienst zwischen 22 und 6 Uhr. Acht Dienststunden würden dann als zwölf Stunden gerechnet. Das Angebot des Ministeriums, drei weitere Freischichten im Jahr zu gewähren, wurde als „unannehmbar" zurückgewiesen. Gewerkschaftssekretär Basten (Münster) kündigte weitere Schwerpunktstreiks im Brief- und Paketdienst an für den Fall, daß bis zum 3. November kein besseres Angebot vorliegt. Die Angestellten griffen in der Aktion auch die erschwerten Arbeitsbedingungen an. Die Einführung von neuen Mikrolesekarten führe zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen, insbesondere der Augen. Die Bielefelder Fernsprechauskunft bedient die Ortsnetze in den Bereichen Bielefeld, Gütersloh, Herford, Lemgo, Detmold, Paderborn, Höxter und Bad Pyrmont. 80 Prozent der Angestellten sind in der DPG organisiert.

10. Pflichtschuljahr in NRW – Ausnahmen eingeplant

frd. In der KVZ Nr. 43 hatten wir geschrieben, daß sich ein nordrheinwestfälischer Baukapitalistenverband in einem Rundschreiben an die Schulen auf einen Erlaß des Kultusministers beziehe, der gar nicht bekannt sei. Es gibt aber doch eine solche „Verordnung", in der das 10. Pflichtschuljahr bzw. das 11. Pflichtschuljahr bei Sonderschülern für Auszubildende in der Bauwirtschaft erlassen ist, mit Datum vom 20.8.80. Girgensohn kann sich dabei stützen auf den §21 (2) des Schulpflichtgesetzes vom 2.2.1980, in dem solche Ausnahmen „im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr" ermöglicht sind. Als Bedingung ist in dem Paragraphen bloß eine „berufsfeldbreite Grundbildung" genannt. Solche Ausnahmen waren wohl schon bei Verabschiedung des Gesetzes fest eingeplant.

Veranstaltungskalender

Agitationsstände des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Montag, 3.November

Bielefeld: Jahnplatz, 16.30 bis 18.00 Uhr
Herford: 16.30 bis 18.00 Uhr
Detmold: Markt, 16.30 bis 18.00 Uhr
Hannover: Kröpcke, 17.00 bis 18.00 Uhr, Listermeile/Listerplatz, 17.00 bis 18.00 Uhr Schwarzer Bär, 17.00 bis 18.00 Uhr
Göttingen: Markt, 16.30 bis 18.00 Uhr
Hann.Münden: Lange Str.,16.30 bis 18.00 Uhr
Northeim: Münster, 16.00 bis 18.00 Uhr
Osterode: Kornmarkt, 16.00 bis 18.00 Uhr
Braunschweig: Hutfiltern, 16.30 bis 18.00 Uhr

Dienstag, 4.November

Höxter: Markt, 16.30 bis 18.00 Uhr
Peine: Jakobikirche, 16.30 bis 18.00 Uhr
Göttingen: 16.30 bis 18.00 Uhr
Gifhorn: Fußgängerzone, 16.30 bis 18.00 Uhr

Mittwoch, 5. November

Bielefeld: KVZ-Lesekreis, Bürgerwache am Siegfriedsplatz, 17.30 Uhr

Donnerstag, 6. November

Kreismitgliederversammlungen der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung
Göttingen: 19.30 Uhr, Afro-Asiatenheim
Braunschweig: 20.00 Uhr, Gaußstuben, Bültenweg

Freitag, 7. November

Hannover: Diskussion: Lenin „Über Krieg und Frieden" (3 Artikel) 19.00 Uhr, Freizeitheim Lister Turm

Samstag, 8. November

Agitationsstände des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Bielefeld: Jahnplatz, 10.30 bis 12.30 Uhr
Paderborn: Westernstr. (vor Kaufhof), 10.30 bis 12.30 Uhr
Minden: 10.30 bis 12.30 Uhr
Hann.Münden: Lange Str., 10.00 bis 12.00 Uhr
Northeim: Münster, 10.00 bis 12.00 Uhr
Osterode: Kornmarkt, 10.00 bis 12.00 Uhr
Göttingen: Markt, 10.30 bis 12.30 Uhr
Braunschweig: Hutfiltern, 10.00 bis 12.00 Uhr
Salzgitter: Fußgängerzone Blumentrift, 11.00 bis 12.00 Uhr
Gifhorn: Fußgängerzone, 10.00 bis 12.00 Uhr

Vorankündigung

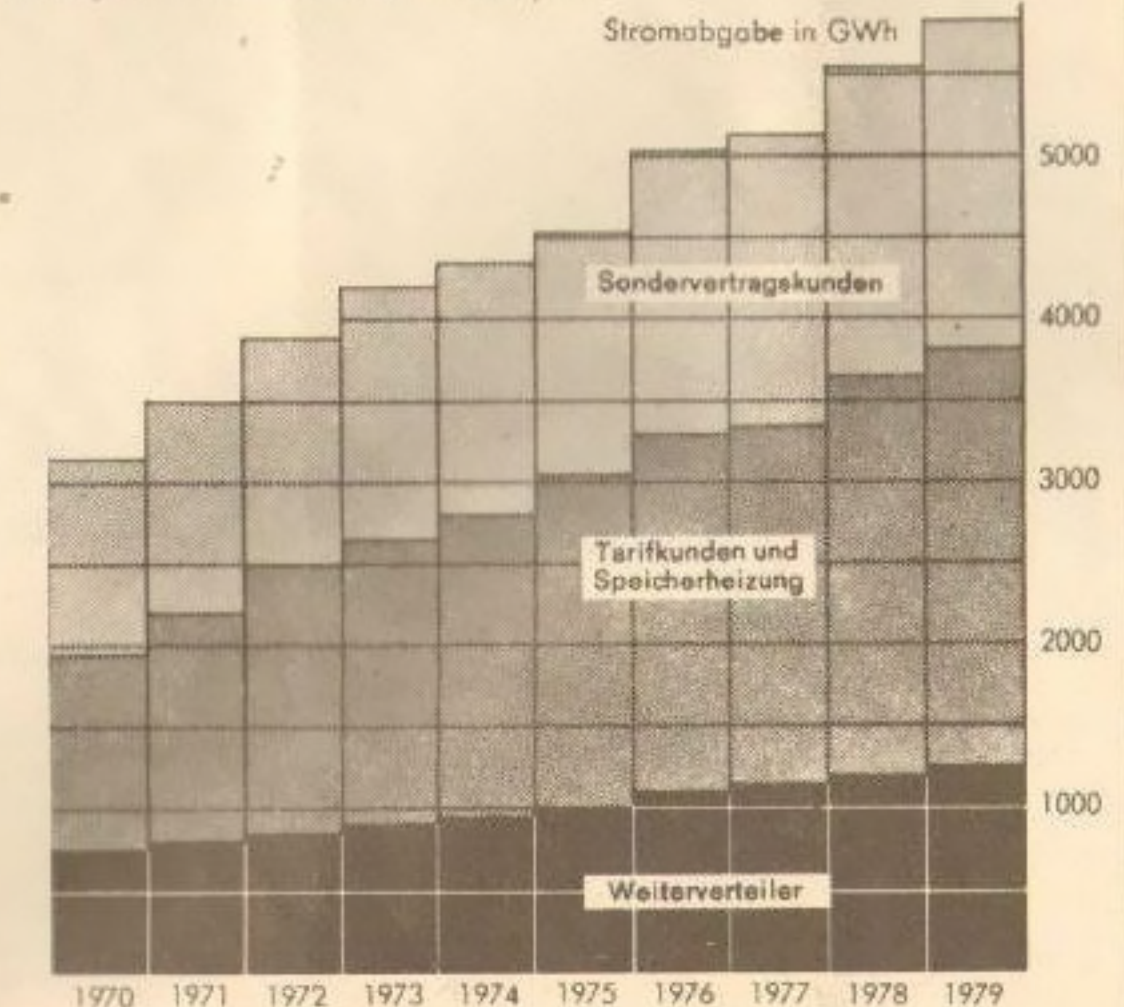
Veranstaltung: „25 Jahre Bundeswehr – 25 Jahre imperialistische Allianzpolitik der Finanzbourgeoisie"
Bielefeld: Montag, 10.11.80, 19.30 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben
Braunschweig: Montag, 10.11.80, 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Wiesental", Stöckheim, Alter Weg 8
Göttingen: Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben
Hannover: Diskussionsveranstaltung der Aktionseinheit gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis, Montag, 10.11.80, 19.30 Uhr, Raschplatz-Pavillon

Drastische Strompreiserhöhungen durch die EAM

ulr. Die Elektrizitäts Aktiengesellschaft Mitteldeutschland, die in Südniedersachsen, Nordhessen und Ostwestfalen dreizehn Landkreise und die Stadt Göttingen mit Strom versorgt, hat für den 11.1.80 Strompreiserhöhungen von 9,5% angekündigt. Die Stadtwerke verschiedener Städte in diesem Gebiet, die ebenfalls mit Strom versorgen, wollen sich den Erhöhungen anschließen.

Eine Rechtfertigungs- und Beschwichtigungskampagne in der bürgerlichen Presse ist deshalb notwendig geworden. Machen kann man dagegen sowieso nichts: „Wir müssen halt mitmachen. Der einzelne Bürger hat ja überhaupt keine Chance, sich gegen solche Preiserhöhungen zu wehren", heißt es in einer Umfrage des Göttinger Tageblatts. Aber das Ganze hat natürlich auch seine gute Seite: Es regt zum „Energiesparen" an. Richtig ist daran, daß die EAM das Monopol auf die Stromversogung hat und der einzelne Haushalt selbst den willkürlichsten Preisfestsetzungen nicht ausweichen könnte. Das erregt natürlich Wut, aber eine Rechtfertigung ist schon parat: Die EAM verteilt nur den Strom, sie produziert ihn nicht, sondern die Preussische Elektrizitäts AG (PREAG), die hat eben die Preise wegen gestiegener Kosten erhöht und die EAM würde sie nur weitergeben.

Keinesfalls stehen sich EAM und PREAG als unabhängige Verkäufer und Käufer gegenüber. Der Aktienbesitz der EAM ist zu 54% im Besitz von 12 Landkreisen und der Stadt Göttingen (der Oberstadtdirektor sitzt im Aufsichtsrat), die restlichen 46% sind jedoch im Besitz der PREAG, die selbst wieder im Mehrheitsbesitz der öffentlichen Hand ist, aber über die Banken dirigiert wird. Um die Verflechtung völlig undurchsichtig zu machen, hat auch die EAM wiederum Aktienbesitz bei der PREAG. Und nun das wichtigste: Die jetzt angepeilten Preiserhöhungen sind zwar Erhöhungen der „Allgemeinen Tarife", aber deshalb noch längst keine allgemeinen Erhöhungen. Wie man aus dem unten abgedruckten Schaubild ersehen kann, geht rund ein Drittel der Stromabgabe an „Tarifkunden", das sind Haushalte und kleine Unternehmen. Ein ebenso großer Bestandteil sind Sondervertragskunden, Kapitalisten, die zu individuell ausgehandelten Tarifen Strom beziehen. Weder über die Preise für diesen „billigen" Strom war etwas von der EAM zu erfahren, noch darüber, ob diese Preise jetzt auch erhöht würden.



Stromabgabe der EAM an die verschiedenen Kundengruppen

Privat-Berufsschule für Nixdorf Computer AG?

jow. Auf einer kürzlichen Vollversammlung der Auszubildenden der Nixdorf-Computer AG in Paderborn wurde bekannt: Ab August 1981 soll die Nixdorf-Berufsschule Wirklichkeit werden. Verhandlungen mit dem Kultusminister von NRW laufen über offizielle Anerkennung und vor allem finanzielle Bezuschussung dieses Pilotprojektes. Eine Berufsschule befindet sich bereits im Nixdorf-Gebäude, aber sie bildet derzeit, nach Nixdorfs Meinung, noch zu allgemein für elektrotechnische Berufe aus. Die Anforderungen sowie Ausbildungsziele und -inhalte für den Beruf des Informationselektronikers, wie sie von der Industrie-und Handelskammer formuliert sind, sind nicht genau genug für die spezifischen Bedürfnisse der Nixdorf-Produktion zugeschnitten. Was soll, so fragt er sinngemäß, derjenige, der für den Technischen Kundendienst bei Nixdorf ausgebildet wird, lange Zeit mit Ausbildung in mechanischen Tätigkeiten verplempern? Etwa sogar feilen oder Kabel verlegen lernen?

Produktion und Ausbildung sollen enger gekoppelt werden. Schon jetzt gibt es in der Berufsschule 28 Wochenstunden in zeitlichen Blöcken. Dieser Blockunterricht soll noch intensiviert werden, indem die Wochenstundenzahl auf 35 heraufgesetzt wird. Die „praktische Ausbildung", worunter auch ein großer Anteil Produktionsarbeit zu verstehen ist, soll nicht leiden.

Die weitere Komprimierung der Ausbildung soll den allgemeinen Teil der Berufsausbildung um ein halbes Jahr verkürzen, und dieses halbe Jahr soll genutzt werden, um in den jeweiligen Teilbereich des Berufs einzuführen.

Nach dieser Spezialausbildung wären die Auszubildenden dann auf Nixdorf beschränkt. Die Berufsausbildung in eine Nixdorf-Ausbildung umgewandelt. Der Lohnsklave, der seine Arbeitskraft frei verkaufen kann, würde faktisch zum privaten Lohnsklaven des Nixdorf-Imperiums.

Aber auch Schranken gegen zu lange Arbeitszeit, wie sie die Arbeiterklasse errichtet hat, gedenkt Nixdorf mit seiner Berufsschule über den Haufen zu rennen. Die Arbeitszeit für Nixdorf-Lehrer soll 40 Stunden betragen: für Unterricht und Produktion. Der Lehrer soll also neben seiner Unterrichtstätigkeit noch in der „Produktion – wahrscheinlich im Ausbildungsbereich an Stelle der Ausbilder – eingesetzt werden. Vorbereitung und Nachbereitung des Unterrichts bleiben für die Freizeit. Wo hofft Nixdorf solche Lehrer zu finden? Er denkt an Lehramtsstudenten mit 1. Staatsexamen oder an solche, die keine Stelle finden. Die staatliche Lehrerausbildungspolitik, die viele arbeitslos macht oder an den Prüfungshürden scheitern läßt, treibt sie ihm in die Arme.

Gegen diese „Fortschrittsideen" des Nixdorf-Kapitals formiert sich die Front von Auszubildenden und Gewerkschaften. Jugendvertreter und die GEW haben sich offen gegen Nixdorfs Privat-Berufsschule ausgesprochen. Vor allem die Ausweitung des Unterrichts und die Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche für Lehrer treffen auf Widerstand.

Kämpfe in den Gefängnissen

soll genutzt werden, um in den jeweili- | Widerstand.

Kämpfe in den Gefängnissen

Die Arbeiterbewegung muß die Gefangenen unterstützen

kej. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen Bedienstete der Frauenhaftanstalt in Vechta eingestellt. (HAZ vom 29.10.). Zwar ist die Gefangene Astrid Diels „in drei aufeinanderfolgenden Nächten gefesselt und in eine Absonderungs- oder Beruhigungszelle gebracht worden." Zwar seien „Schläge auf die Wangen natürliche Therapie" und „im Beisein der männlichen Bediensteten sei ihr nur ein T-Shirt und eine Cordhose ausgezogen worden", gefesselt worden sei sie „schulmässig", aber nicht ein einziger Bediensteter der JVA Vechta habe sich strafbar gemacht.

Die Vorwürfe der Gefangenen Diels werden also vom sachlichen Gehalt her gar nicht bestritten. Die angegriffenen Praktiken werden für rechtmässig erklärt. Es ist erlaubt, Gefangene zu fesseln, zu schlagen, einzusperren, wenn sie nur „Schreikrämpfe bekommen" wie im Falle Diels. Jeden Widerstandsgeist brechen, abhängig machen von Willkür und Wohlwollen, das ist ein Ziel dieses Strafvollzuges. Ob dann zum Zwecke der „Resozialisation" zum willigen und billigen Lohnarbeiter oder zum Zwecke der Vernichtung des Betreffenden auf Raten, diese Art der Behandlung muß von den Gefangenen bekämpft werden.

Wo die Gefangenen sich zur Wehr setzen, verlangen sie nicht einfach „bessere Resozialisierung," sondern Rechte. Um Rechte der Gefangenen ging es auch der Gefangenenmitverantwortung in Vechta, deren Vorsitzende die Genossin Rosenbaum war. Die GMV hatte durchgesetzt, daß zumindest die rechtlichen Bestimmungen den Gefangenen mitgeteilt werden mußten, daß die Gefängnisleitung bindende Zusicherungen bei Vereinbarungen machen mußte, daß willkürliche Pensumserhöhungen bei der Zwangsarbeit nicht durchgesetzt werden konnten.

Den Gefangenen sind die Rechte eines freien Lohnarbeiters genommen und sie werden zu Zwangsarbeit gepreßt. Dagegen richtet sich oft der Widerstand. 13 Gefangene der JVA Lingen II stellten im vergangenen September in einem Brief an die Bundesregierung fest: „Viele von uns arbeiten in der Produktion als vollwertige Arbeiter. Wir wollen den gleichen Lohn wie die „zivilen" Arbeiter auch. Wir wollen auch das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Vertretung. Wenn wir keine Arbeit haben, was in den Gefängnissen auch oft der Fall ist, da fordern wir Arbeitslosengeld in Höhe von mindestens 80% des letzten Nettolohnes. – zu den Versicherungen: Gegenwärtig zahlen die Unternehmen keine Kranken- und Rentenversicherung. Wir sind über die Anstalt zwangsversicher und haben nicht das Recht auf z.B. freie Arztwahl.... Wir meinen, daß die Anstalt bzw. die Unternehmen, bei denen wir arbeiten müssen, vollständig die Kranken und Rentenversicherungsbeiträge zahlen sollen, die Gefangenen also in diese Versicherungen umgehend einbezogen werden und das sie zusammen mit den übrigen Versicherten die Versicherungen verwalten.

Der Strafverteidigertag im Mai dieses Jahres in München hat u.a. die Forderung aufgestellt, daß „die Gefangenenmitverantwortungen durch Gefangenräte mit gleichen Rechten wie Betriebsräte und Personalräte zu ersetzen sind. Die Gefangenen haben das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Betätigung." Die Arbeiterbewegung hat schon von daher ein Interesse die Kämpfe der Gefangenen zu unterstützen, weil es Teile der Arbeiterbevölkerung sind, die ohne Rechte und als Manövriermasse der Bourgeoisie auch immer schon gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt wurden.



Titel: *Knastrealität* Haftanstalt Bielefeld-Brackwede I. Der Kreis 74, ein Verein zur Betreuung Strafgefangener und Entlassener, veranstaltete in der Bielefelder Kunsthalle eine Bilder- und Skulpturenausstellung. Zu sehen waren Werke von Strafgefangenen aus nordrhein-westfälischen Haftanstalten.

Zum Gesundheitswesen / Korrespondenz eines Gefangenen aus Vechta

Mein Name ist Friedrich Löhrengel und ich bin 65 Jahre alt. Zur Zeit befinde ich mich in der JVA Celle II.

Ich habe z.Zt. einen rechtsseitigen Hoden- und Leistenbruch. Diese beiden Brüche wurden vor gut drei Wochen von einem Facharzt in Celle festgestellt. Der Bericht des Urologen wurde an den Anstaltsarzt D. Stefan weitergeleitet. Nachdem der Bericht da war, suchte ich Dr. Stefan auf, um zu erfahren, was unternommen werden sollte. Wir haben noch Zeit, das ist nicht so schlimm, gab mir Dr. Stefan Bescheid. Wie schlimm meine Erkrankung ist, das zeigte sich dann am Samstag, den 2. August 1980. Also gut zwei Wochen nach Dr. Stefans Bagatellisierung.

An dem Samstag hatte ich dann starke Schmerzen, so daß mir der Stationsbeamte der Spätschicht ein paar schmerzstillende Tropfen gab. Die Tropfen halfen nicht, ganz im Gegenteil, ich brach zusammen.

Durch meine Bewußtlosigkeit bei dem Zusammenbruch kann ich mich an Einzelheiten nicht mehr erinnern. Ich kann mich auf die Aussagen einiger meiner Mitgefangenen stützen, die auf dem Flur waren, weil am Samstag um 15.00 Uhr Aufschluß war, die folgendes dazu sagen können, daß ich unter Erstickungsanfällen und Brechreiz litt. Zu dem Stationsbeamten wurde noch ein zweiter Beamter hinzugezogen. Die Beamten kamen, um sich über den Ernst der Lage zu informieren, standen danach ratlos herum.

Auf Drängen von Mitgefangenen wurde nach einer gewissen Zeit der Krankenwagen bestellt. Um ca. 17.00 Uhr kam der Krankenwagen und brachte mich nach Celle ins Krankenhaus. Der Arzt, der mich gleich zur Operation dabehalten wollte, bekam von dem mich begleitenden Beamten den Wink, daß ich ein Strafgefangener aus Salinenmoor sei. Darauf der Arzt: da können wir ihn nicht hier behalten, da brauchen wir eine Bewachung. Mir wurde lediglich ein Katheder gelegt, und ich kam wieder zurück in die JVA Celle II. Der Arzt verordnete mir Bettruhe und heiße Umschläge, die mir von meinen Mitgefangenen gemacht wurden, weil ich nicht aufstehen konnte. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde ich dann eingeschlossen, und das in der Gefahr, nochmals zusammenzubrechen. Allerdings ist es nicht so weit gekommen, weil der Nachtdienst des Sanitätsbereiches stündlich nach mir gesehen hat. Die Folge meiner Bettlägerigkeit bekam ich dann am Sonntagmorgen zu spüren, nämlich beim Frühstück. Dem Mitgefangenen, der mich während meiner Bettlägerigkeit versorgte und der auch die Erste Hilfe geleistet hat, sagte ich am Sonntagmittag, daß ich kein Frühstück bekommen habe. „Ich habe geglaubt, der Mann schläft", war des Beamten Antwort auf eine diesbezügliche Frage. „Aber Sie haben doch vorne eine Notiz darüber, daß Herr Löhrengel bettlägrig krank ist?" fragte mein Mitgefangener. Beamter: „Ja." Darauf der Mitgefangene: „Wenn das so ist, dann hätten Sie die Pflicht gehabt, danach zu sehen, ob Herr Löhrengel lebt und das Frühstück reinstellen zu lassen."

Diesen Disput zwischen Gefangenem und Beamten bekamen ausser mir noch andere Gefangene mit. Den Sonntag bekam ich mit Ach und Krach rum und jetzt ist Montagabend. Heute war ich beim Anstaltsarzt, damit mein Tranport in das Krankenhaus Lingen geregelt werden würde. Der Arzt hatte den Bericht des Krankenhauses Celle vor sich, sah von ihm auf und sagte: „Ach, Sie sind das. Hier steht, daß Sie am 7. August Anhörungstermin haben, dann können Sie am 8. August nach Lingen fahren" sagte er. – „Nein Herr Doktor, ich will das jetzt in Ordnung gemacht haben und sofort nach Lingen," sagte ich. „Dann haben Sie somit die Anhörung abgelehnt," entgegnete Dr. Stefan. „Ich lehne die Anhörung nicht ab, diese kann auch in meiner Abwesenheit verhandelt werden", war meine Antwort.

(aus Zellenspiegel, Zeitung der Gefangenen der JVA Celle)

thk. „Dieser Zustand kann nicht länger zugelassen werden!" urteilte das Bundesverfassungsgericht 1972 und entschied, daß für den Strafvollzug ein Gesetz hergehöre. 100 Jahre nach erstmaliger Forderung nach einem Gesetz trat 1977 das Strafvollzugsgesetz (StVollzG) in Kraft, und noch nicht einmal vollständig, denn viele Paragrafen traten und treten noch später in Kraft. §2 StVollzG, die „Magna Charta des Strafvollzuges", lautet: „Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel). Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten."

Hofften anfangs viele nach Lektüre dieser Vorschrift, daß nun mit der kleinlichsten Unterdrückung in den Gefängnissen Schluß sei, so zeigte die Praxis, daß aus der Anpassung der Gefangenen an die sittlichen Werte der kapitalistischen Gesellschaft durch reine Unterdrückung Anpassung durch Vergünstigung im Verbund mit kleinlichster Unterdrückung wurde: §10 StVollzG: Offener Vollzug, wenn nicht zu befürchten ist, daß dies zur Flucht oder zu neuen Straftaten mißbraucht wird. §11 StVollzG: Lockerung des Vollzugs, wenn nicht zu befürchten ist ...usw. Getragen von dem neuen Wind des StVollzG heißt es seitdem in der Hausordnung einer Haftanstalt in NRW: „Verkleben Sie bitte im eigenen Interesse nicht das Schauglas in der Tür; der Einblick in den Haftraum ist nämlich wichtig, wenn Ihnen dort etwas zustoßen sollte."

Zwei Beispiele sollen zeigen, auf welchem juristischen Weg die Rechte der Gefangenen aus dem StVollzG eingeschränkt werden: Nach §13 I StVollzG kann ein Gefangener 21 Tage Urlaub haben. Die Bundesverwaltungsvorschrift (VV) Nr. 3 und 4 zu § 13 StVollzG schließt von diesem Recht politische Häftlinge und regelmäßig u.a. Rauschgifttäter und Sexualtäter aus. Ist nach dieser VV in der Regel kein Urlaub zu gewähren im geschlossenen Vollzug, so bestimmt die Urlaubsordnung des Justizministers NRW, daß der Urlaubsanspruch nur für die Gefangenen des geschlossenen Vollzugs gilt, die nur aus organisatorischen Gründen nicht im offenen Vollzug sind. Andere Gefangene des geschlossenen Vollzugs können nur bis zu 12 Tagen Urlaub haben. Nach § 11 I StVollzG kann der Vollzug gelockert werden, Freigang und Ausgang. Die VV zu § 11 StVollzG konkretisiert dies und schränkt es dabei weiter ein. Nur wenn nur noch eine festgelegte Reststrafe zu verbüßen ist, darf dann nach Landesverordnung überhaupt Lockerung gewährt werden.

thk. Staub wirbelte die Veröffentlichung der Haftbedingungen der als Terroristin in Bielefeld-Brackwede im Hochsicherheitstrakt einsitzenden Brigitte Asdonk auf. Verlautbarte Anstaltsleiter Wegener die Integration Asdonks in den Normalvollzug, so war er sorgsam darauf bedacht, eine Verständigung zwischen ihr und anderen Häftlingen unmöglich zu machen. Gefangene, die mit Asdonk zusammenarbeiten, wechseln aus diesem Grund regelmäßig. Trotz ihres Augenleidens, bedingt durch 10 Jahre Knast-Neonlicht, schrieb der einzige Anstaltsarzt für ca. 600 Gefangene, der nur mittwochs und samstags überhaupt da ist, sie arbeitsfähig. Als sie dagegen protestierte und bessere Arbeitsbedingungen für alle Gefangenen forderte, steckte man sie für 7 Tage in den Bunker.

Kim Il-sung: Bericht an den VI. Kongreß der Partei der Arbeit Koreas (Auszüge)

Laßt uns die ganze Gesellschaft auf Basis der Dschutsche-Idee formen

Genossen,
um die ganze Gesellschaft auf Basis der Idee der Selbständigkeit (Dschutsche) zu formen, müssen wir einen energischen Kampf aufnehmen, um alle Mitglieder der Gesellschaft zu revolutionieren, sie zur Arbeiterklasse zu formen und zu intellektualisieren.

Dieser Kampf bedeutet, den Menschen so zu verändern, daß jedes Mitglied der Gesellschaft zu einem unabhängigen und schöpferischen sozialen Wesen entwickelt wird, ausgerüstet mit revolutionärem, schöpferischem Bewußtsein und hohen kulturellen Fähigkeiten; es ist eine soziale Reform, durch die alle gesellschaftlichen Beziehungen nach dem Muster der Arbeiterklasse umgeformt werden ... Um die gesamte Gesellschaft zu revolutionieren und zur Arbeiterklasse umzuformen, ist es notwendig, zuerst die Arbeiterklasse gründlich zu revolutionieren ... Die Arbeiterklasse ist die fortgeschrittenste Klasse in unserer Gesellschaft und die führende Klasse in unserer Revolution. Nur wenn ihre führende Rolle und ihr revolutionärer Einfluß durch eine umfassende Revolutionierung gesteigert werden, können wir mit Erfolg die ganze Gesellschaft revolutionieren und zur Arbeiterklasse formieren.

Ein Generationswechsel hat in den Reihen unserer Arbeiterklasse stattgefunden, und die neue Generation, die nach der Befreiung aufgewachsen ist, bildet deren Kern. Am wichtigsten bei der Revolutionierung der Arbeiterklas-

bildet deren Kern. Am wichtigsten bei der Revolutionierung der Arbeiterklas-

se heute ist, das Klassenbewußtsein und den revolutionären Geist der neuen Generation der Arbeiterklasse zu heben. Wir müssen stetig die ideologische Integrität, Organisation und den revolutionären Geist der Arbeiterklasse durch verstärkte ideologische Erziehung und organisatorische Festigung erhöhen, so daß sie ihre Avantgarde-Rolle in der Aufgabe der Formung der gesamten Gesellschaft auf Basis der Dschutsche-Idee übernehmen und ihre große Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Revolution ausüben kann.

Fortschritte in der ideologischen, technischen und kulturellen Revolution

In unserem Staat versorgt der Staat verantwortlich das ganze Volk mit allen materiellen Bedingungen für Nahrung, Kleidung und Wohnung. Unsere gesamte arbeitende Bevölkerung hat Arbeitsplätze entsprechend ihren Fähigkeiten und ist in der Lage, unter sicheren Arbeitsbedingungen zu arbeiten und sich ausreichend zu erholen. In unserem Land sind die Steuern, eine historische Erbschaft, vollständig abgeschafft, und somit die Bevölkerung erfreulicherweise von den Steuerlasten befreit. In dem Maße, wie der soziale Reichtum wächst, steigt auch ihr materieller und kultureller Standard. Unsere gesamte Bevölkerung erfreut sich unentgeltlicher medizinischer Versorgung und eines unentgeltlichen Erziehungswesens.

Laßt uns das Land unabhängig und friedlich wiedervereinen

Genossen,
Es ist die wichtigste revolutionäre Aufgabe unserer Partei, in der Sache der nationalen Wiedervereinigung, des größten Wunsches des ganzen koreanischen Volkes, zu siegen ... Unsere Partei ist der Auffassung, daß das Land wiedervereinigt werden sollte, indem man eine konföderative Republik durch Bildung einer vereinten nationalen Regierung errichtet, unter der Bedingung, daß der Norden und der Süden jeweils Ideen und Gesellschaftssystem des andern anerkennen und tolerieren – eine Regierung, in der beide Seiten auf gleicher Basis repräsentiert sind und in der sie regionale Autonomie ausüben mit jeweils gleichen Rechten und Pflichten (...)

1. Die DKRK (Demokratische Konföderative Republik Koryo) sollte in allen ihren staatlichen Aktivitäten an der Unabhängigkeit festhalten und einer unabhängigen Politik folgen ... Sie sollte ein vollständig unabhängiger und souveräner Staat und eine blockfreie Nation sein, die kein Satellit irgendeiner anderen Nation ist und nicht von irgendwelchen ausländischen Kräften abhängt. Die DKRK sollte sich allen Formen ausländischer Einmischung widersetzen, vollständige Souveränität in ihren inneren und äußeren Aktivitäten ausüben (...)

2. Die DKRK sollte Demokratie im ganzen Land erreichen sowie in allen Gesellschaftsbereichen, und große nationale Einheit fördern. ... Der konföderative Staat sollte die Freiheit schützen, politische Parteien und soziale Organisationen zu bilden, sowie deren freie Aktivitäten, die Freiheiten des religiösen Glaubens, der Rede, der Presse, der Versammlung und Demonstration, sowie das Recht des Volkes im Norden und Süden garantieren, frei durch das Land zu reisen und politische, ökonomische und kulturelle Aktivitäten frei in jedem Gebiet durchzuführen. ... Die konföderative Regierung sollte nicht nach den vergangenen Taten einer Organisation oder eines Einzelnen im Norden und im Süden, die für die Entwicklung des vereinten Staates arbeiten, fragen, sondern sich mit ihnen verbinden; sie sollte keinerlei Form von politischer Vergeltung und Verfolgung erlauben. (...)

3. Die DKRK sollte wirtschaftliche Kooperation und Austausch zwischen Nord und Süd zustandebringen und die Entwicklung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft sichern (...)

4. Die DKRK sollte einen Nord-Süd-
nationalen Wirtschaft sichern (...)

4. Die DKRK sollte einen Nord-Süd-Austausch und -Kooperation in den Bereichen von Wissenschaft, Kultur und Erziehung verwirklichen sowie einheitlichen Fortschritt in Wissenschaft und Technologie wie auch in nationaler Kultur, Kunst und Erziehung gewährleisten (...)

5. Die DKRK sollte den eingestellten Verkehr und die Verbindungswege zwischen Nord und Süd wieder eröffnen und freien Gebrauch der Verkehrs- und Kommunikationsmittel in allen Teilen des Landes sichern (...)

6. Die DKRK sollte auf die Stabilität der Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter, Bauern und anderer arbeitender Massen achten, und ihre Wohlfahrt systematisch fördern (...)

7. Die DKRK sollte die militärische Konfrontation zwischen Nord und Süd beseitigen, eine vereinte nationale Armee bilden und die Nation gegen Invasion von außen verteidigen. – Die militärische Konfrontation zwischen Nord und Süd mit riesigen bewaffneten Streitkräften gibt Anlaß für gegenseitiges Mißverstehen und Mißtrauen, Zwietracht und Bedrohung des Friedens. – Der konföderative Staat sollte die militärische Stärke auf beiden Seiten auf 100 – 150000 Mann verringern, um die militärische Konfrontation zwischen Nord und Süd zu beenden und die brudermörderischen Auseinandersetzungen einzustellen. (...)

8. Die DKRK sollte die nationalen Rechte und Interessen aller Überseekoreaner verteidigen und schützen (...)

9. Die DKRK sollte die auswärtigen Beziehungen, die vom Norden und vom Süden vor der Wiedervereinigung aufgenommen worden sind, in angemessener Weise behandeln, und die auswärtigen Aktivitäten der beiden Regionalregierungen in einer auf Einheit abzielenden Weise koordinieren. (...)

10. Die DKRK sollte – als ein vereinter Staat, der die gesamte Nation repräsentiert – freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern der Welt entwickeln und eine friedliche Außenpolitik verfolgen.

Laßt uns die Einheit der antiimperialistischen, unabhängigen Kräfte stärken

Die gegenwärtige internationale Lage ist sehr kompliziert und gespannt, was den Manövern der Großmächte geschuldet ist, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und auszudehnen. ... Heute besteht eine wachsende Gefahr eines neuen Weltkrieges wegen der Rivalitäten unter den herrschenden Kräften, die neuen unabhängigen Länder wiederum zu unterjochen und sich großer Gebiete mit natürlichen Reichtümern und Zonen von strategischer Bedeutung zu bemächtigen. Die gegenwärtige Situation verlangt, daß alle friedliebenden Völker der Welt einen aktiven Kampf aufnehmen, um einen weiteren Weltkrieg zu verhindern.

Es ist die wichtigste Pflicht für sie, die Gefahr eines Weltkriegs zu beseitigen und Frieden und Sicherheit der Welt zu verteidigen. Die revolutionären Völker der Welt dürfen keine Schritte der Großmächte hin auf Aggression und Krieg erlauben und müssen sie zwingen, alle ihre Militärstützpunkte und Aggressionstruppen aus fremden Ländern abzuziehen, sowie kernwaffenfreie Zonen überall in der Welt zu schaffen, um auf diese Weise Frieden und Sicherheit dauerhaft zu garantieren.

Um der imperialistischen und hegemonistischen (im Englischen „dominationist", d. Übers.) Aggresions- und Kriegspolitik zu widerstehen und Frieden und Sicherheit zu verteidigen, müssen wir die Einheit der antiimperialistischen, unabhängigen Kräfte stärken.

Alle Nationen der neu aufstrebenden Kräfte müssen in ihrer außenpolitischen Aktivität an Unabhängigkeit festhalten, dürfen keine der herrschenden Kräfte umschmeicheln oder sich ihnen anhängen. Sie müssen kategorisch jegliche ausländische Einmischung zurückweisen, und dürfen nicht nach der Pfeife anderer tanzen oder ihre Agenten werden. Sie sollen die Unabhängigkeit anderer Länder respektieren und sollten sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer einmischen oder deren Interessen verletzen (...)

Wir dürfen nicht die geringsten Illusionen über den Imperialismus haben. Seine aggressive Natur wird sich niemals ändern. Sie kann sich nicht ändern oder abschwächen, solange eben das kapitalistische System, wo Monopolkapital vorherrscht, nicht untergeht. Falls sich im Imperialismus irgend etwas ändert, so nicht seine aggressive Natur, sondern die Methoden der Aggression ... Gegenwärtig ist es die Erweiterung und Entwicklung der Blockfreienbewegung, die für den Widerstand gegen den Imperialismus und alle herrschenden Kräfte, sowie für den Aufbau einer unabhängigen, neuen Welt wichtig ist.



Rede Nicolae Ceaucescus auf dem ZK-Plenum der KP Rumäniens am 14./15. Oktober (Auszüge)

Über Planerfüllung, Demokratie und Parteidisziplin, und über Polen

„Während des Planjahrfünfts 1976 bis 1980 wurde erfolgreich eine bedeutsame Etappe des Programms für die Schaffung der vielseitig entwickelten Gesellschaft und des Voranschreitens zum Kommunismus durchmessen. (...) Aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte der Industrie, der Landwirtschaft und der anderen Wirtschaftssektoren wuchs das Sozialprodukt jährlich um mehr als 7% und das Nationaleinkommen um 8% ... In den Jahren 1976 bis 1980 wurden 943 Mrd. Lei für die Entwicklung (Investitionen, d. Verf.) bereitgestellt, mit einer Jahreszuwachsrate von 11,3%, wobei der Anteil der Ausgaben für die Entwicklung ungefähr ein Drittel des Nationaleinkommens ausmachte, in einigen Jahren sogar mehr. 2437 Industrie- und Landwirtschaftseinheiten nahmen die Produktion auf, rund 800 000 ha Boden wurden bewässert und auf 1 Mio. ha Meliorationsarbeiten durchgeführt."

Rumänien sei nunmehr zu „einem Land mit moderner Industrie und mit fortgeschrittener sozialistischer Landwirtschaft" geworden.

„Aufgrund der allgemeinen Entwicklung der Produktivkräfte und der Steigerung des Nationalreichtums wurde die Durchführung des Programms zur steten Hebung des materiellen und geistigen Lebensstandards des Volkes gewährleistet. (...) In Anbetracht der Erhöhung der Retribution (Rückverteilung des Nationaleinkommens an die Werktätigen, d. Verf.) und der Einkünfte sowie der Steigerung der Konsumgüterpreise, auf die ich mich bezog (9% im Jahrfünft, d. Verf.), wurde eine reale Retributionserhöhung um rund 30% gesichert, gegenüber den 20%, die der Plan vorgesehen hatte. Gleichzeitig wuchsen auch die Realeinkünfte der Genossenschaftsbauern um rund 30%. Die Einkünfte der Bevölkerung aus dem sozialen Konsumfonds stiegen während des ganzen Planjahrfünfts um rund 40%."

Genosse Ceaucescu weist darauf hin, daß diese Steigerung der Konsumtion nur durch eine Erhöhung der Importe über die Exporte hinaus möglich war, so daß die Handelsbilanz ins Defizit geraten ist. Es sei daher ein absolutes Gebot, in den nächsten 5 Jahren die Exporte zu steigern und so die Auslandsschulden bis auf einige langfristige Kredite ganz abzutragen.

Weiter hob Ceaucescu die Ausdehnung des Systems von Generalversammlungen der Werktätigen bei der Beratung des Plans hervor. „Dies ist ein untrennbarer Teil sowohl der Selbstleitung und Selbstverwaltung, des neuen Wirtschaftsmechanismus als auch der Arbeiterdemokratie, der Teilnahme der Massen an der Beschlußfassung, an der Leitung aller Tätigkeitsbereiche. – Gleichzeitig ist es notwendig, daß wir für die Festigung des Verantwortungsgeistes, der Ordnung und Disziplin in allen Bereichen eintreten. Wir müssen mit größerer Entschiedenheit für die Beseitigung der Erscheinungen von Bürokratie und Gleichgültigkeit wirken, ... wir müssen die direkte Verantwortlichkeit und Teilnahme der Leitungskader aus Wirtschaft und Partei an der konkreten Tätigkeit an Ort und Stelle, in den Betrieben, in den Einheiten, dort, wo die sozialökonomische Entwicklung des Landes entschieden wird, festigen."

In diesem Zusamenhang hebt Ceaucescu noch einmal ausdrücklich hervor, „daß die Parteiorgane, die Kommunisten, keine Sonderrechte und Privilegien haben und haben dürfen. ... Die Kommunisten haben aber größere Pflichten. ... In diesem Geist haben wir auch das Gesetz bezüglich der Erklärung der Güter ausgearbeitet, das Sie kennen und das von der Notwendigkeit ausgeht, die Eigenschaften eines Partei- und Staatsfunktionärs unantastbar zu bewahren, dem Versuch verschiedener Mißbräuche vorzubeugen und jedwede Diskussion oder ungerechte Verleumdung von Parteifunktionären auszuschalten." – Nach diesem Gesetz sind alle Staats- und Parteifunktionäre verpflichtet, ihren persönlichen Besitz und seine Herkunft offenzulegen.

Nachdem Ceaucescu erneut die außenpolitischen Prinzipien der Sozialistischen Republik Rumänien dargelegt hat – „die Prinzipien der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, des Verzichts auf Gewalt und Gewaltdrohung" – kommt er auf Polen zu sprechen:

„Wie das Plenum des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei kürzlich einschätzte, ist es in der Gesellschaft zu ernsten Verletzungen der Normen der sozialistischen Ethik und Rechtlichkeit gekommen. Es sind Tendenzen der Bereicherung und der Raffgier, der Mißachtung der Interessen der breiten Volksmassen, der Arbeiterklasse aufgetreten. Es ist offensichtlich, daß sich unter solchen Umständen Widersprüche entwickelten, die – wie ich nicht nur einmal sagte –, auch im Sozialismus vorhanden sind. ... Es kam zu Erscheinungen des Klassenkampfes, verschiedene antisozialistische Elemente und Kräfte sind aktiv geworden. – Wir möchten uns in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Polens einmischen, aber ich muß zur Informierung unserer Partei sagen, daß es nicht zu den bekannten Ereignissen hätte kommen können, wenn man die Fragen der Entwicklung des Landes zusammen mit der Arbeiterklasse, mit den Volksmassen gelöst hätte, ... und wenn man den antisozialistischen Elementen und Kräften gegenüber entschieden Stellung genommen hätte." – „Die Losung der sogenannten unabhängigen Gewerkschaften ist nicht neu. Wir hatten mit ihr schon in der Zeit der Bourgeoisie zu kämpfen. Unabhängig von wem? Von der revolutionären Auffassung? Vom Kampf gegen die Unterdrückung und für soziale Gerechtigkeit? Diese Losung diente seit jeher für die Spaltung der Arbeiterklasse, sie diente den Interessen der Bourgeoisie und des Imperialismus. Die Einheit der Arbeiterklasse, der Gewerkschaftsbewegung war und ist die erstrangige Forderung des revolutionären Kampfes, des Sieges der sozialistischen Revolution, des sozialistischen Aufbaus, der Festigung der Unabhängigkeit und Souveränität eines jeden sozialistischen Landes. (...) Wir sind überzeugt, daß die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, die Arbeiterklasse und das polnische Volk in enger Einheit handeln werden und imstande sein werden, die Probleme entsprechend zu lösen. Wir wünschen ihnen vollen Erfolg in dieser Richtung, beim Aufbau des Sozialismus, bei der Behauptung der Kraft und Macht des Sozialismus in Polen!"

Bemühungen der Sozialimperialisten, „Progressive" in der 3. Welt für ihre Aggressionspolitik zu gewinnen

Internationale Konferenz „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung" in Berlin (DDR), 21.—25. Oktober

gek. Mit der „Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz" zum Thema „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt", die vom 21.–25. Oktober in Berlin (DDR) stattfand, hat der sowjetische Sozialimperialismus den Versuch unternommen, die nationalen Befreiungsbewegungen wie auch verschiedene Regierungs- und Oppositionsparteien aus Ländern der 2. und 3. Welt direkt für seine Expansionspolitik zu gewinnen oder jedenfalls zur Duldung zu bewegen. Veranstalter der Konferenz waren das ZK der SED und die Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus". Teilgenommen haben 116 Delegationen, zur einen Hälfte Vertreter revisionistischer KP's, vielfach Schattengebilde von Gnaden der Sowjetunion, die sie sich in vielen Ländern als Agenturen hält; aber auch ein beachtliches Kontingent regierender oder oppositioneller Parteien aus der



Konferenzplenum

3. Welt, vor allem aus arabischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten; sowie die Mehrzahl der Befreiungsbewegungen, die noch im direkten Kampf gegen Überreste des Kolonialismus stehen, die PLO, der ANC von Südafrika, die SWAPO (Namibia), die F.Polisario (West-Sahara). Die Veranstalter waren opportunistisch genug, eine Delegation der ZANU aus Zimbabwe einzuladen, und ihre langjährigen Klienten von der ZAPU in die Röhre sehen zu lassen.

Viele Delegationen haben nur teilgenommen, weil die Konferenz keinerlei Erklärungen abgeben oder Resolutionen beschließen, sondern ausschließlich der Diskussion dienen sollte. Viele Redner aus der 3. Welt beschränkten sich infolgedessen auch ausdrücklich darauf, über die Situation ihres Landes im Kampf gegen verschiedene Machenschaften der US-Imperialisten zu berichten. Vertreter der KP Italiens und der KP Spaniens legten im übrigen auch „hinsichtlich der Hilfeleistungen Vietnams für Kampuchea bzw. der Sowjetunion für Afghanistan ... ihren bekannten Standpunkt dar", wie das Neue Deutschland säuerlich vermerken mußte.

Dennoch wäre es bestimmt falsch, den ideologischen Einfluß des modernen Revisionismus wie die Faszination der gewaltigen Machtentfaltung der Sowjetunion, die – gerade seit sie zur offenen Aggression übergegangen ist – sich verstärkt auf den Sozialismus und Kommunismus beruft, vor allem in einigen Ländern der 3. Welt zu unterschätzen. Man muß vielmehr genauer untersuchen, worauf sich dieser Einfluß stützt.

Die Hautpreferate hielten – abgesehen von dem wenig originellen Eingangsreferat Honeckers – der Sekretär des ZK der KPdSU für internationale Beziehungen, Boris Ponomarjow; weiter das Mitglied des ZK und Leiter der Parteischule der FRELIMO, Sergio Vieira; sowie der Sekretär des ZK der KP Frankreichs, Maxime Gremetz. Das heißt, neben einem ideologischen Vertreter des Sozialimperialismus sprachen Vertreter solcher Kräfte, die mit dem Sozialimperialismus – und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen – nur *verbündet* sind. Das machte die Spannbreite der Konferenz aus; und um die Ausdehnung des Einflußfeldes ging es den Sozialimperialisten eben dabei.

Ponomarjows Referat war direkt darauf zugespitzt, die gegenwärtigen Aggressionen des Sozialimperialismus zu rechtfertigen und zu propagieren. Seine Hauptaussagen kurz gefaßt:

Das Weltsystem des Imperialismus habe „den *entscheidenden* Schlag" zuerst von der Oktoberrevolution, dann von der „Zerschlagung des Blocks der faschistischen und militaristischen Staaten im zweiten Weltkrieg" erhalten – die Formulierung legt nahe: nicht durch die Umwandlung des Krieges in die Revolution, sondern den Vormarsch der Sowjetarmeen. Dies habe das Kräfteverhältnis von Sozialismus und Kapitalismus im Weltmaßstab verändert, und *dies* erst habe es den Kolonialvölkern ermöglicht, sich nach und nach zu befreien.

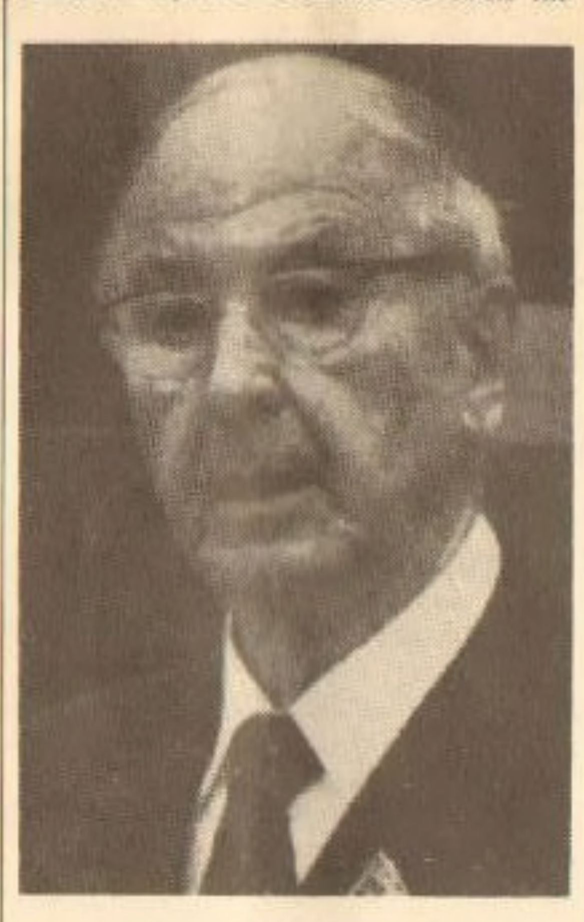
Seither flössen „die *drei revolutionären Hauptströmungen* in der Welt" immer enger zusammen: die sozialistischen Staaten, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung. Die entscheidende Kraft ist immer „das System des Weltsozialismus", d.h. der um die Sowjetunion gruppierte Block von Staaten. Eine bedeutende neue Entwicklung sei nun, daß seit den 70er Jahren einige der unabhängig gewordenen Entwicklungsländer – Angola, Guinea-Bissau, Mozambique, Äthiopien, die DVR Jemen, Afghanistan, Vietnam, Laos und (seit der Okkupation durch Vietnam) Kampuchea, seit neuestem auch Nicaragua und Grenada, seit längerem Kuba – direkt zu „Staaten mit sozialistischer Entwicklung" geworden seien, das Weltsystem des Sozialismus sich somit direkt in die 3. Welt hinein ausdehne. – Ponomarjow vergibt aber auch Noten von gut bis befriedigend: „Einen schwerwiegenden Faktor gegen die Strategie des Imperialismus bilden Indien, Nigeria und andere Länder dieses Typs." Deutlich genug ist, das „Länder dieses Typs", überhaupt die Fortschrittlichkeit sich stets mißt an der Stellung zur Sowjetunion.

Von diesem Vormarsch des Weltsozialismus angeschlagen, gehe der Imperialismus nun, „an der Wende der 70er und 80er Jahre, ... zur Gegenoffensive über". Dabei stütze sich der Imperialismus „auf Peking": „Es war gerade dieser Block Pekings mit dem Imperialismus, der den mit der Entspannung unzufriedenen Kräften der Aggression neuen Mut eingab."

Angesichts dieser Gegenoffensive des Imperialismus sei die Sowjetunion „unvermeidlich gezwungen ..., sich um die Belange ihrer Verteidigung zu kümmern" bzw. direkt brüderliche Hilfe zu geben, wie zuletzt für die „Volksrevolution in Afghanistan". Da diese Aggressionen gerade in der Dritten Welt auf Widerstand stoßen, ruft Ponomarjow die „fortschrittlichen" unter den Entwicklungsländern auf, sich umso enger an die Sowjetunion anzuschließen: „In letzter Zeit sind wir Zeugen verstärkter Versuche der internationalen Reaktion, die antiimperialistische Ausrichtung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu verwässern, ... sie gegen die sozialistische Gemeinschaft, gegen die anderen friedliebenden Fortschrittskräfte auszuspielen. Zu einem Instrument, das diesen Versuchen dienen soll, ist die sogenannte Konzeption des ‚gleichen Abstands' geworden." Ponomarjow rief demgegenüber zum „gemeinsamen Vorgehen und Einvernehmen der Kräfte des Sozialismus, der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und der nationalen Befreiung" auf. „Die Solidarität der drei Hauptströme des gegenwärtigen revolutionären Prozesses wird auch weiterhin die Lokomotive der weltweiten Entwicklung sein."

Worauf beruht der Einfluß, den der moderne Revisionismus und Sozialimperialismus in verschiedenen Ländern der Dritten Welt hat? Zunächst materiell in der militärischen und ökonomischen Macht, die er repräsentiert. Nationalbürgerlichen, kleinbürgerlichen, auch Kräften der noch schwachen Arbeiterbewegung in vielen Entwicklungsländern, die sich gegen die ständigen Einmischungen oder direkten Interventionen der westlichen Imperialisten zur Wehr setzen müssen, insbesondere gegen den übermächtigen US-Imperialismus, sehen es als einen leichteren oder vielleicht den einzig realistischen Weg an, den US-Imperialismus mit dem Sozialimperialismus in Schach zu halten, bzw. sich von ihm direkt unterstützen zu lassen. So sagte z.B. ein Vertreter der Partei des Unabhängigkeitskongresses von Madagaskar: „Ohne die Sozialisten hätten die Imperialisten die Dritte Welt zerstückelt und unter sich aufgeteilt." Teils sind das kleinbürgerliche Kräfte, die in die revolutionäre Kraft der Arbeiter und Bauern ihres Landes kein Vertrauen haben, sich von ihnen isoliert haben, oder sie sogar direkt schon in Schach halten wollen; teils sind es beliebige Fraktionen der schwachen Nationalbourgeoisie eines solchen Landes, vorzugsweise bestimmte Militärcliquen, die sich direkt mit Hilfe des Sozialimperialismus an die Macht bringen oder an der Macht halten. Man kann sagen, daß – abgesehen vom Einfluß auf bestimmte Befreiungsbewegungen – der Militärputsch zur regelmäßigen Form geworden ist, wie der Anschluß an das „sozialistische Weltsystem" vollzogen wird.

Diese Erklärung wäre aber nicht ausreichend, insbesondere nicht für den Einfluß der Sozialimperialisten auf einige Befreiungsbewegungen oder andere revolutionäre Kräfte der 3. Welt. Tatsache ist, daß diese die Unterstützung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern schmerzhaft entbehren; und oft sind es eben tat-



Boris Ponomarjow

sächlich revisionistische Gewerkschaftsführer und Parteien, an die sie sich halten müssen. Der ganze Druck des Sozialimperialismus auf die Länder der 2. und 3. Welt tarnt sich nach wie vor als Vormarsch der sozialistischen Weltrevolution, der „internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung", um die es sich historisch auch einmal gehandelt hat. Und es ist nicht unbedingt Sache von Revolutionären aus den Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas, hierüber ein definitives Urteil zu fällen, bedenkt man, daß selbst in der alterfahrenen Arbeiterbewegung Europas die Marxisten-Leninisten den modernen Revisionismus keineswegs einer gründlichen Kritik unterzogen, geschweige denn geschlagen haben. Solange sich die neuen Zaren im Kreise von Arbeiterparteien aus aller Herren Länder präsentieren können, muß das auf etliche Revolutionäre in der 3. Welt Eindruck machen. Solange hat die Sowjetunion selbst bei einem Akt der nackten Aggression wie in Afghanistan noch nicht allen Kredit verspielt; nur wenige Konferenzteilnehmer haben (wie z.B. ein Vertreter der KP Israels) in sklavischer Weise Beifall geklatscht; einige meinten, sie gegenüber „Unterstellungen" der westlichen Imperialisten in Schutz nehmen zu müssen (so der Vertreter der PLO); die meisten schwiegen darüber, was jedenfalls eine Unterschätzung der Gefährlichkeit des Sozialimperialismus ausdrückt.

Angesichts der großen Perspektiven gerät Ponomarjow ins Schwärmen: „Heute bietet die Welt der Staaten, die die Unabhängigkeit erkämpft haben, einen beeindruckenden und vielseitigen Anblick." Die sozialimperialistische Doktrin der Befreiung der Dritten Welt ist ein marxistisch-leninistischer Verschnitt, der auf alle praktischen Expansionsbedürfnisse zugeschnitten ist. So wird an der Etappenbestimmung der nationaldemokratischen Revolution festgehalten; dies ermöglicht, auch mit äußerst blutrünstigen Regimes, wie dem der argentinischen Generäle, intime Beziehungen zu pflegen, und sie als angebliche „Patrioten" dem Regime der chilenischen Generäle gegenüberzustellen, die es eben mit den US-Imperialisten haben. Zweitens wird die Theorie vom „nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg" gepflegt: sie ermöglicht es, in den Beziehungen mit nationalbürgerlichen Regierungen den Ausbau des staatlichen Sektors mit einer höheren Weihe zu umgeben; denn hauptsächlich nur über den staatlichen Sektor kann sich der Sozialimperialismus einnisten. Drittens aber wird der unmittelbare Übergang zum Sozialismus in den Entwicklungsländern propagiert; und hier treffen sich die Vorstellungen der Sozialimperialisten häufig mit denen bürgerlich und kleinbürgerlich revolutionärer Kräfte in den Ländern der 3. Welt, für die „Sozialismus" in allererster Linie eine gewaltsam beschleunigte Kapitalakkumulation in den Händen der Inhaber der Staatsmacht ist, insbesondere auf Kosten der Masse der Bevölkerung, der Bauern.

Dafür lieferte das Referat Sergio Vieiras von der FRELIMO-Partei einige Anhaltspunkte. Vieira – wie viele der mit dem Sozialimperialismus besonders eng verknüpften Kräfte in den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika, der Herkunft nach europäischer Abstammung bzw. „Assimilado" – stellt die These auf, schon der Befreiungskrieg unter Führung der FRELIMO sei „Verschmelzung von nationalem und sozialem Befreiungskampf" gewesen; in den befreiten Gebieten sei bereits mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begonnen worden. „Der revolutionäre Volkskrieg war außerdem der bestimmende Faktor bei der Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei ... Die Hauptstütze der nationalen Befreiungsbewegung angesichts der militärischen Aggressivität des Imperialismus sind in erster Linie die sozialistischen Staaten." Der Sieg im nationalen Befreiungskampf sei bereits der Sieg der proletarischen Revolution gewesen: „die Organe der Volksmacht tragen in unserem Land den Charakter von Machtinstrumenten des Proletariats ..." Die jetzige Etappe der „demokratischen Volksrevolution ... ist ein integraler Bestandteil des sozialistischen Aufbaus". Das erweise sich daran, daß auf dem Land Grund und Boden zu Staatseigentum erklärt und mittels staatlicher Kooperativen und Unternehmen vergesellschaftet sei. „Die entstehenden Gemeinschaftsdörfer besieren auf sozialistischem Eigentum." – „Die wichtigsten Produktionsmittel sind in der Industrie, im Bankwesen und in anderen Sektoren bereits sozialistisches Eigentum." – „Unser Außenhandel ist ein staatliches Monopol und hat sich auf eine Entwicklung der Beziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern orientiert ..." Damit sei Mozambique ein Teil der Welt „des realen Sozialismus" geworden.



„Es kam zu einer herzlichen Begegnung" — Honecker und O. Tambo (ANC)



Sergio Vieira

Ohne über die Politik der FRELIMO im einzelnen urteilen zu wollen – klar ist, daß ein solcher Weg eines „Sozialismus", der sich vollständig vom Grad der tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktion löst – was eine Frage des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte, insbesondere der lebendigen Produktivkräfte, ist –, in einer Art Akkumulationsdiktatur über die Masse der Bauern und Kleinproduzenten münden muß. Den Sozialimperialisten ist das recht: mit gewaltsam zurechtgezimmerten Staatsmonopolen kommen sie am besten ins Geschäft, und je labiler die Stellung einer ihnen verbündeten Regierung, je weiter entfernt ihre Praxis vom proklamierten „Sozialismus", (als Muster nehme man Mengistus Äthiopien), umso notwendiger dann ihre Einbindung in das „Weltsystem des Sozialismus", umso größer die Waffenlieferungen und die Schulden. Und Waffen sind das Hauptexportprodukt der Sowjetunion.

Das Referat Gremetz' von der KPF war auf seine Art ebenfalls eine Ergänzung der Thesen Ponomarjows. Auch Gremetz sieht „die Haupttendenz der Zeit darin, daß „der Sozialismus auf vier Kontinenten aufgebaut (wird)". Gremetz tritt als Vertreter einer Arbeiterbewegung auf, die die imperialistische Politik ihrer Regierung kritisiert. Aber wie? Es sei eine „Politik der Gleichschaltung mit der BRD und der Unterwürfigkeit gegenüber der Carter-Regierung". „Die französische Regierung kehrt der entschlossenen Unabhängigkeitspolitik den Rücken, sie verweigert unserem Land die Rolle, die es in der Welt im Interesse des Friedens, der Gerechtigkeit und internationalen Zusammenarbeit spielen könnte." Usw. – Um es kurz zu machen: in Wahrheit tritt Gremetz als Vertreter einer imperialistischen Macht auf, für die er das *Bündnis* mit dem Sozialimperialismus und die Herstellung vielseitiger Wirtschaftsbeziehungen mit den „progressiven" Staaten der 3. Welt propagiert, als einen Weg, um „Frankreichs Rolle in der Welt" wieder zu beleben. Daß die KPF, die selbst ein bedeutender Machtfaktor in der europäischen Politik ist, sich – mit durchaus eigenen Interessen – dem Sozialimperialismus nach einer kurzen „Euro"-phase wieder verstärkt annähert, muß als eines der Ergebnisse der Ost-Berliner Konferenz vermerkt werden.

Die Poesie wird nicht vergeblich gesungen haben

Pablo Neruda: Um geboren zu werden

bew. Am 23. September 1973, zwölf Tage nach dem Sturz der chilenischen Volksfrontregierung Allendes durch die US-Imperialistischen Konzerne Anaconda, ITT, US-Steel u.a., starb der bekannteste chilenische Dichter, Pablo Neruda. Es waren die gleichen Konzerne, die seit Jahrzehnten das chilenische Volk ausbeuteten und in deren Auftrag nach einem anderen Putsch 25 Jahre zuvor auf den kommunistischen Senator Neruda ein Kopfgeld ausgesetzt worden war und er ins Ausland fliehen mußte. Damals, im Exil, in der Sowjetunion, in der Volksrepublik China, und später wieder zu Hause in Chile, setzte er seinen Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung fort. 1973, siebzigjährig, fehlte ihm, schon zuvor erkrankt, die Kraft. Er starb aus Gram, hilflos Pinochet und seinen vom US-Imperialismus ausgehaltenen Mörderbanden ausgeliefert zu sein, nachdem das Volk hingemordet und in Ketten geworfen war. Seinè Beerdigung war noch einmal eine Manifestation der Verbundenheit des Dichters mit seinem Volk und des Widerstandswillen des chilenischen Volkes. Es war für lange Zeit das letzte Mal, daß, unter den Augen der Polizeischergen, die „Internationale" in einer großen Öffentlichkeit gesungen werden konnte. Jene, die vor keinem noch so blutigen Terror zurückschreckten, wagten es nicht die Beerdigungsfeier selbst aufzulösen.

Heute ist in einer unscheinbaren Meldung bekanntgemacht worden, daß der Bildungsminister des Nachbarlandes Argentinien, das erst kürzlich den Putsch in Bolivien tatkräftig unterstützt hatte, die Benutzung von Büchern Pablo Nerudas in den argentinischen Schulen verboten hat.

„Um geboren zu werden", heißt eine Sammlung von Prosaschriften Nerudas, die dieser Tage in Westdeutschland veröffentlicht wurde.* Sie umfaßt, mit Ausnahme der Autobiographie „Ich bekenne, ich habe gelebt"**, alle Prosaschriften dieses großen Lyrikers Lateinamerikas, thematisch gegliedert in sieben Abschnitten.

Der erste Abschnitt „Es ist sehr früh" enthält kurze Prosagedichte aus den 20er Jahren. Es sind Stücke über Alltags- und Naturerfahrungen des zwanzigjährigen Dichters, melancholische, nach Innen gewandte, teilweise pessimistische Betrachtungen. In „Rei-
sche, nach Innen gewandte, teilweise pessimistische Betrachtungen. In „Rei-
sebilder" von 1927, dem zweiten Teil, Neruda war zu dieser Zeit chilenischer Konsul in Birma und Ceylon und bereiste den Nahen und Fernen Osten, vermittelt er anhand kurzer, lebendiger Beschreibungen ein charakteristisches Bild einzelner Städte. Skizzierungen des Baustils oder einzelner Sitten der Völker in einer bildlichen Sprache ermöglichen einen Eindruck des Dargestellten.

Kernstück des Buches sind die Erinnerungen an andere Dichter vor allem in „Feuer und Freundschaft" und „Segel im Rauch" (Kap. 3 u. 4). Sie sind aus der Zeit zwischen der Mitte der 30er Jahre und seinem Tod. Als in Spanien 1936 die Militärs gegen die gewählte Regierung putschten und das Land in einen blutigen Bürgerkrieg stürzten, war Neruda als Ehrenkonsul in Madrid. Für den Sohn eines Eisenbahners aus Araukanien, einem der ärmsten Teile Chiles, war dies ein einschneidendes Erlebnis. War seine Dichtung zuvor geprägt vom Surrealismus und thematisierte den Weltschmerz eines Dichters, der sich in der Welt nicht zurechtfand und immer wieder in der Natur Zuflucht suchte,so wurde sie von nun an Ausdruck der Verpflichtung des Dichters, den Kampf seines Volkes und den Kampf aller Völker um Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung zu unterstützen.

„Ihr fragt, warum seine Dichtung
uns nichts vom Traum erzählt, von den Blättern,
den großen Vulkanen seines Heimatlandes?
Kommt, seht das Blut in den Straßen,
kommt, seht
das Blut in den Straßen,
kommt, seht doch das Blut
in den Straßen!"'

Dieser Aufruf, dieses Bekenntnis aus dem Epos „Spanien im Herzen" schlägt sich auch in allen Zeilen dieser Prosaschrift nieder, in seinem Nachruf und den Erinnerungen an seinen Freund Federico Garcia Lorca, dem berühmtesten volkstümlichen Dichter Spaniens, den die Faschisten als einen der Ersten ermordeten. „Angesichts dieses Todes sind die zwei unversöhnlichen Spanien zutage getreten: das grün-schwarze Spanien der fürchterlichen Teufelsklaue, das unterirdische und verdammte Spanien, das kreuzigende und giftmischende Spanien der großen dynastischen und kirchlichen Verbrechen, und ihm gegenüber das strahlende Spanien des lebensvollen Stolzes und des Geistes, das meteorische Spanien der Intuition, des Fortsetzens und Entdeckens, das Spanien Federico Garcia Lorcas... Aber wir werden dieses Verbrechen weder vergessen noch verzeihen können. Wir werden es nie vergessen und verzeihen. Niemals." Diese Portraits, immer wieder tauchen hier Walt Whitman, der nordamerikanische Lyriker und vehemente Verfechter der Sklavenbefreiung im nordamerikanischen Bürgerkrieg, und Wladimir Majakowski, der Poet der russischen Revolution und der ersten Stunden des Aufbaus des Sozialismus, als Vorbilder und Genossen auf, sind Bekenntnisse zu einer Lyrik, die in der „Verteidigung des Volks, der armen und ausgebeuteten Menschen" ihre Aufgabe sieht und deren Dichter gemeinsam mit ihnen kämpften.

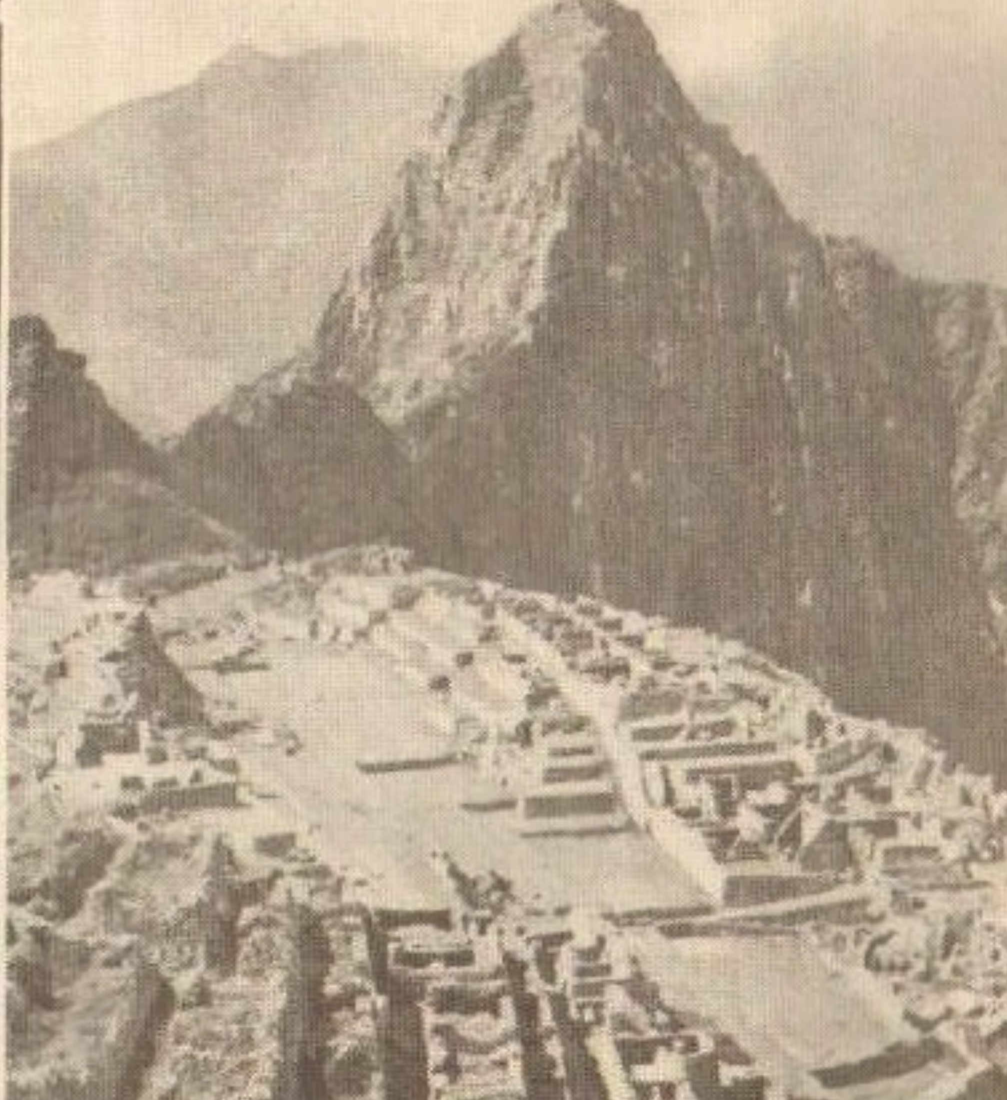
„zu kämpfen neben jedem meiner Brüder,
zu siegen,
damit mein Sieg ausgedehnt sei und dein
sei, wie unsere
weite Erde, voll Friede und Duft,
und damit dort eines Tages, auf einem
neuen Flußschiff,
einer Maschine, einer Bibliothek, einem
neuen Traktor
(denn sie werden unsere Kathedralen sein,
neuen Traktor
(denn sie werden unsere Kathedralen sein,
unsere Siege
werden diese großen Siege sein) ..."

Und Neruda hat diesen Kampf nicht nur in seinen Gedichten besungen, sondern ihn praktisch geführt; wo er während des Spanischen Bürgerkrieges 2000 spanischen Flüchtlingen in die Freiheit verhalf; wo er als Senator und Mitglied der Kommunistischen Partei die elenden Arbeitsbedingungen in den Erz- und Kohlebergwerken und den Salpeterminen angriff und den Kampf der Arbeiter unterstützte; wo er in einem Offenen Brief und der Senatsrede „Ich klage an!" 1947 das diktatorische Regime Videlas attackierte, das die Gewerkschaftsbewegung, die Bauern und Arbeiter blutig unterdrückte, nachdem es durch dieses Volk auf Grund eines nationaldemokratischen Programms an die Macht gekommen war, und das nun das Land an die amerikanischen Konzerne auslieferte; wo er in seinen öffentlichen Anklagen die Verbrechen des US-Imperialismus in Indochina geißelte. „Wenn das gegebene Wort nicht eingehalten wird; wenn nur für einige wenige regiert wird; wenn das Volk ausgehungert wird; wenn die Freiheit unterdrückt, die Presse zensiert wird ... wenn Konzentrationslager geschaffen werden und das Land Stück für Stück an das Ausland ausgeliefert wird; wenn man das unbehelligte und stets wachsende Eindringen technischer Berater, GNS und Agenten des FBI duldet, die sich immer mehr in unsere inneren Angelegenheiten einmischen: dann wird das Wort Vaterland entstellt, und es ist nötig, mannhaft und ohne Furcht aufzustehen, um die Dinge dahin zu stellen, wohin sie gehören, und diesem Wort seine wahre Bedeutung zurückzugeben." (aus: Ich klage an!) Mit dieser Rede hatte er sich endgültig den Haß der ganzen Ausbeuterklasse zugezogen. Vom Volk beschützt flüchtete Neruda ein Jahr durch Chile, und ging danach ins Exil und setzte von dort seinen Kampf fort. Auf seiner einjährigen Flucht vollendete er sein größtes Werk, den „Großen Gesang". Die Dokumente dieses Kampfes Nerudas bilden den 6. und 7. Teil des Buches.

Pablo Nerudas Dichtung und seine Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes, mögen darin gerade in den letzten Jahren durch seine Mitgliedschaft in der revisionischtisch Kommunistischen Partei und der Unterstützung der Volksfrontregierung Allendes manche Fehler enthalten sein, die den Weg in die erneute Niederlage des chilenischen Volkes mit geebnet haben, so kann man seine subjektive Integrität, die Aufrichtigkeit seiner Unterstützung des Vokes von Chile wie der gesamten Völker Lateinamerikas, letztlich aller unterdrückten Völker nicht in Frage stellen. Diese Aufrichtigkeit und die Schönheit seiner Dichtung, die die Natur, den Mensch in der Natur und in seinem Kampf besingt, haben ihn wohl zu dem bekanntesten und beliebtesten Dichter in der Dritten Welt gemacht. Seine Dichtung hat mit dazu beigetragen zu verwirklichen, was er bei der Verleihung des Literaturnobelpreises 1971 am Ende seiner Dankrede als Hoffnung formulierte: „So wird die Poesie nicht vergebens gesungen haben."

*Darmstadt/Neuwied (Luchterhand) 1980 (36,00 DM)
**Darmstadt/Neuwied (Sammlung Luchterhand 220) 1977 (14,80 DM)





Pablo Neruda / Macchu Picchu, die alte Inkafestung in den Anden – Sinnbild des Befreiungskampfes Lateinamerikas

Pablo Neruda: Der große Gesang (Canto General)

bew. 342 Gedichte, über 10000 Zeilen, umfaßt dieser Große Gesang. Es ist ein einziges Liebesbekenntnis Nerudas an seine Heimat Lateinamerika und an seine um Befreiung kämpfenden Völker, ein einziger Haßgesang auf die Tyrannei. Ein Epos, das unter der Gegenwartsliteratur kein Gegenstück hat. Es ist die Geschichte der amerikanischen Völker, ein Heldengedicht auf den Widerstand, eine Huldigung an die Natur. Beginnend mit der Kultur der Mayas, Azeteken und Inkas, dem Einfallen der Conquistadoren und dem Widerstand im indianischen Freiheitskampf wird die Geschichte des Kontinents erzählt; die Befreiung vom spanischen Joch, die Lateinamerika die Unabhängigkeit, den Völkern aber nicht die Freiheit brachte, die Unabhängigkeit, die neuen Conquistadoren, die britischen und nordamerikanischen Konzerne, die Kämpfe der Bauernheere Sandinos und Zappatas, die Ausbeutung in den Bergwerken und Fabriken und die immer wieder aufbrechende Empörung und den ständigen Kampf bis zur endgültigen Befreiung.

„Aufständisches Amerika (1800)

„Aufständisches Amerika (1800)

Unsere Erde, endlose Erde, Einsamkeiten,
bevölkerte sich mit Geraun, Armen und Mündern,
Eine verschwiegene Silbe begann zu lohen,
die geheime Rose zusammenrufend,
bis die Grassteppen bebten,
von Metallen überzogen und Pferdegalopp.

*

Wie eine Pflugschar war die Wahrheit.

*

Aufbrach sie die Erde, gründete das Verlangen,
versenkte ihre keimträchtigen Lehren
und trat im heimlichen Frühling ans Licht.
Zum Schweigen gebracht ward ihr Blühen, zurückgewisen,
ihr Bund der Helle, bekämpft
der gemeinschaftliche Gärstoff, der Kuß
der verborgenen Banner,
doch, die Wände zerbrechend, brach sie hervor,
den Boden von Kerkern befreiend.

*

Das dunkelhäutige Volk war ihr Gefäß,
es empfing die zurückgewiesene Lebenssubstanz,
verbreitete sie an den Meeresgrenzen,
stieß sie in unbändigen Mörsern klein.
Und es trat mit den gehämmerten Seiten
und mit dem Frühling hinaus auf den Weg.

*

Stunde des Gestern, Mittagsstunde,
heutige Stunde wieder, Stunde zwischen der toten
Minute und der, die ersteht, erwartet
in der stachlichten Ära der Lüge.
Vaterland, du wurdest von Holzfällern erschaffen,
von unbenannten Söhnen, von Tischlern,
von ihnen, die, gleich einem seltsamen Vogel,
einen Tropfen beflügelten Bluts dir gaben,
und heute erstehst du von neuem in Härte,
von dorther, wo Verräter und Kerkermeister
versunken dich wähnen für immer.

*

Heut wie damals gehst du aus dem Volk hervor.

*

Heut kommst du aus der Kohle und dem Tau der Nacht.

*

Heute wirst du aufrütteln die Tore
mit mißhandelten Händen, mit Splittern
überlebender Seele, mit Bündeln
von Blicken, die nicht ausreottete der Tod,
mit zornigem Werkezug
bewehrt unter den Lumpen."